

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

**Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten  
zur aktuellen Entwicklung der Bayerischen Landesbank**

hierzu:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung**

**Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2007/2008 (2.**

**Nachtragshaushaltsgesetz - NHG - 2008) (Drs. 16/95)**

**- Erste Lesung -**

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

**Ministerpräsident Horst Seehofer:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zu allererst möchte ich mich bedanken. An und für sich wäre heute die reguläre Regierungserklärung über die Arbeit der Staatsregierung in den nächsten fünf Jahren angestanden. Mein Dank gilt dem gesamten Plenum für das Verständnis und die Bereitschaft, diese Regierungserklärung um eine Woche zu verschieben und sich heute mit der Krise der Bayerischen Landesbank zu beschäftigen.

Ich möchte mich mit drei Fragen auseinandersetzen. Erstens. Wie ist die Lage? Zweitens. Was ist zu tun? Drittens. Wie ist die Perspektive?

Meine Damen und Herren, wir stehen ohne Zweifel weltweit in der größten Finanzmarktkrise seit 1929. Diese weltweite Finanzmarktkrise wird zunehmend begleitet von einer weltweiten Rezession. Das Bankensystem ist in seinen Grundfesten schwer erschüttert. Viele Banken in aller Welt kämpfen ums Überleben. Viele Banken benötigen staatliche Hilfen in Milliardenhöhe. Die Liste prominenter Namen reicht von der Citi-Bank über die Royal Bank of Scotland bis zur UBS AG, umfasst aber auch deutsche Banken wie die Landesbank Baden-Württemberg und die Commerzbank. Meine Damen und Herren, der Hauptgrund für diese Entwicklung ist, dass die Prinzipien einer wertgebundenen Wirt-

schaftsordnung wie der sozialen Marktwirtschaft von vielen mit Füßen getreten worden sind.

Die Raffgier, die Gier nach dem schnellen Geld, die ausschließliche Orientierung am Gewinn und an Renditen sind der Hauptgrund für diese weltweite Finanzmarktkrise. Deshalb haben wir es nicht nur mit einer Finanzmarktkrise zu tun, sondern - das sage ich an die Adressen vieler theoretischer Ökonomen, die ungeachtet der Krise in allen Fernsehanstalten beinahe täglich auftreten -: Wir haben es auch mit der Krise der theoretischen Ökonomie zu tun. Das Weltbild der letzten Jahre des absoluten Marktradikalismus und des absoluten Neoliberalismus ist zusammengebrochen. Das ist der Hauptgrund.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Harald Güller (SPD) - Harald Güller (SPD): Kein Beifall bei der FDP!)

Das ist der Hauptgrund, und die Bayerische Landesbank ist ein Betroffener dieser weltweiten Entwicklung. Neben dieser globalen Begründung gibt es auch bei uns in der Landesbank und im Umfeld Fehlentwicklungen und Fehleinschätzungen.

Meine Damen und Herren, ich habe vom früheren Finanzminister Professor Kurt Faltlhauser einen Brief erhalten, den ich Ihnen wegen der Fehlentwicklungen und Fehleinschätzungen auszugsweise zur Kenntnis geben möchte.

Professor Faltlhauser schreibt mir:

Ich stehe zu meiner Verantwortung für die Zeit, in der ich Vorsitzender des Verwaltungsrates oder stellvertretender Vorsitzender der BayernLB war. Dass in der Zeit meiner Mitverantwortung im Verwaltungsrat die Bank Geschäfte gemacht hat, die zum heutigen desaströsen Zustand des Instituts geführt haben, macht mich in hohem Maße betroffen. Dabei denke ich sowohl an die Steuerzahler als auch an die vielen Mitarbeiter, die die Bank verlassen müssen.

Erwin Huber hatte ebenso wie ich keine persönliche Schuld an dieser Entwicklung. Er hat aber gleichwohl die politische Verantwortung übernommen und persönliche Konsequenzen gezogen.

(Christa Naaß (SPD): Na ja!)

Da ich als politischer Pensionist keine Konsequenzen mehr aus meinem Bekenntnis zur Verantwortung ziehen kann, bleibt mir nur die Möglichkeit, mich zu entschuldigen, vor allem bei den nun ausscheidenden Mitarbeitern der Bank. Und dies tue ich hiermit: Ich entschuldige mich.

Meine Damen und Herren, ich nehme diese Erklärung des ehemaligen Finanzministers und Verwaltungsratsmitgliedes mit Dankbarkeit und Respekt zur Kenntnis.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die neue Staatsregierung steht in der Verantwortung, mit diesen Dingen jetzt richtig umzugehen. Wir nehmen diese Verantwortung an. Ich möchte mich für die gesamte Staatsregierung bei der Bevölkerung und auch bei den Mitarbeitern entschuldigen für die Fehler, die in der Bank, im Vorstand, im Verwaltungsrat und bei beiden Eigentümern - den Kommunen und Sparkassen und dem Freistaat Bayern - gemacht worden sind. Wir werden als Staatsregierung - das kann ich der Bevölkerung versprechen - alles in unserer Macht stehende tun, damit die Mängel unverzüglich abgestellt werden und damit weiterer Schaden von der bayerischen Bevölkerung abgewendet wird. Das möchte ich diesem Hohen Hause versprechen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Was ist zu tun? Wir haben sofort, immer unter meiner Federführung, nach Bekanntwerden der neuen Zahlen - das möchte ich der Öffentlichkeit mitteilen - die Fraktionen des Bayerischen Landtages vertraulich unterrichtet. Ich bin dankbar dafür, dass diese Vertraulichkeit sehr professionell gehandhabt wurde, weil bei der Sensibilität der Finanzmärkte möglicherweise sonst daraus weitere Bedrängnis entstanden wäre. Ich habe

sofort nach Bekanntwerden der neuen Zahlen, die signifikant von den Zahlen Ende Oktober abweichen, alles veranlasst, um ein Paket zu schnüren, das der Bank und ihrem Auftrag gerecht wird und so schnell wie möglich Sicherheit und Stabilität schafft.

Unser Hilfspaket umfasst drei wichtige Säulen. Erstens Eigenkapital. Die Landesbank benötigt Eigenkapital in Höhe von 10 Milliarden Euro. Diesen Betrag wird der Freistaat Bayern jetzt alleine aufbringen. Ich werde zum Schluss noch etwas sagen zur Funktion dieses Bundesrettungsschirmes und all den Schwierigkeiten, die ich auch persönlich erleben durfte. Der Freistaat Bayern wird die 10 Milliarden Euro Aufstockung des Eigenkapitals alleine aufnehmen. Die Bedingung der Bundeshilfe wäre gewesen, sämtliche Risiken der Bank in die Obhut des Freistaates Bayern zu übernehmen und als Bund nur in eine sanierte Bank für die Zukunft einzutreten. Ich habe den Verantwortlichen zusammen mit dem bayerischen Finanzminister sehr deutlich gesagt: So haben wir uns den Rettungsschirm eigentlich nicht vorgestellt. Wir haben uns den Rettungsschirm so vorgestellt, dass bei der Bewältigung von Risiken und Problemen geholfen wird und nicht eine gesunde Bank unterstützt wird. Das kann es nicht sein. Deshalb stemmen wir die 10 Milliarden Euro zur Erhöhung der Eigenkapitalquote selbst.

Wir haben eine Differenz zu der Ende Oktober genannten Zahl von 6,4 Milliarden Euro. Diese Differenz resultiert vor allem aus zwei Gesichtspunkten. Der größere Betrag mit 2,1 Milliarden Euro ist notwendig für die Kerneigenkapitalquote, nämlich die Aufstockung auf 8 %. Diese 8 % sind in den letzten Wochen als internationaler Standard entwickelt worden. Der internationale Kapitalmarkt verlangt in der derzeitigen Lage von allen Banken eine Kernkapitalquote von 8 %. Unterhalb dieser Größenordnung hat eine Bank nicht mehr das Vertrauen der Finanzmärkte. Deshalb gibt es zu diesem Punkt, nämlich die Eigenkapitalquote auf 8 % aufzustocken, überhaupt keine Alternative. Und das kostet uns zusätzlich 2,1 Milliarden Euro. Wenn die Bank nicht mehr das Vertrauen der Finanzmärkte haben würde, dann würde sie vom Geschäftsverkehr vollständig abgeschnitten. Die Kernkapitalquote der BayernLB ist zuletzt unter 6 % gesunken.

Zu den 2,1 Milliarden Euro kommen 1,5 Milliarden Euro, ausgelöst durch die fortschreitende Finanzkrise und den weltweiten Konjunkturunbruch. Das ist die erste wichtige Säule für die Funktionsfähigkeit der Bank: Erhöhung der Eigenkapitalquote auf 8 % und Abdeckung der Verluste aus Geschäftstätigkeit in Höhe von 10 Milliarden Euro.

Die zweite Säule ist die notwendige Abschirmung der risikobehafteten Papiere im Portfolio der bayerischen Landesbank. Das heißt, die Schwankungsrisiken werden der Bank abgenommen und gesondert verbürgt. Diese Abschirmung hat ein Volumen von 6 Milliarden Euro. Sie setzt sich wie folgt zusammen: Die Bank wird Verluste, die aus diesen Papieren entstehen, bis zu einer Höhe von 1,2 Milliarden Euro zuerst selbst tragen. Dazu ist sie in der Lage. Für weitere mögliche Verluste gibt der Freistaat eine Garantie in Höhe von 4,8 Milliarden Euro. Anders als vom Vorgängerkabinett am 23. Oktober noch erhofft, brauchen wir diese Garantie als Vorsorge. Diese Garantie ist im April unter Beteiligung der Sparkassen beschlossen worden. Sie ist am 23. Oktober vom Vorgängerkabinett aufgehoben worden, und sie wird jetzt wieder in Kraft gesetzt. Die Garantie teilen sich die bayerische Landesbank mit 1,2 Milliarden Euro und der Freistaat Bayern mit 4,8 Milliarden Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen damit rechnen, dass diese Garantie in Anspruch genommen wird. Das Gesamtvolumen dieser Papiere beträgt nach der derzeitigen Währungsbewertung 21 Milliarden Euro. Dieses Volumen schwankt und liegt, je nach Währungsrelation, manchmal bei 24, manchmal unter 20 Milliarden Euro. Die BayernLB erwartet aus diesen Papieren derzeit Verluste in Höhe von 2,5 bis 3 Milliarden Euro. Im Moment haben wir Verluste in Höhe von unter 100 Millionen Euro. Wie hoch die Verluste genau sein werden, kann erst am Ende der Laufzeit der Wertpapiere gesagt werden. Die Wertentwicklung hängt nämlich vor allem davon ab, ob der Immobilienmarkt in den USA wieder Tritt fasst. Dies ist von uns bekanntlich nicht zu beeinflussen und derzeit auch seriös nicht einschätzbar. Je besser die Amerikaner die Sanierung ihres Immobilienmarktes bewältigen, desto niedriger werden die Verluste der BayernLB aus-

fallen. Das ist die zweite Säule: der Schirm des Freistaats Bayern mit einem Gesamtvolumen von 6 Milliarden Euro.

Es gibt eine dritte Säule aus dem Rettungsschirm von Bund und Ländern, an dessen Finanzierung wir uns als Land Bayern bekanntlich auch beteiligen müssen: Die Bayern-LB erhält eine Garantie in Höhe von 15 Milliarden Euro als Vertrauen schaffende Maßnahme für den Interbankenhandel. Diese Garantie versetzt die Landesbank in die Lage, den mittelständischen Kunden auch wieder längerfristige Mittel zur Verfügung zu stellen. Sie müssen sich das so vorstellen, dass im Moment in Deutschland der Kapitalmarkt nur sehr schleppend, wenn überhaupt funktioniert. Der Interbankenhandel ist mehr oder weniger zum Erliegen gekommen. Man bekommt selbst als Bank nur sehr schwer, sehr kurzfristig und zu vergleichsweise schlechten Konditionen Kredite. Deshalb ist es wichtig, dass die Bayerische Landesbank im Interesse der bayerischen Wirtschaft den Rettungsschirm von Bund und Ländern in Anspruch nehmen und so Kapital beschaffen kann. Deshalb ist dies eine sehr wichtige dritte Säule des Gesamtkonzepts für die Stabilisierung der Bayerischen Landesbank.

Ich weiß, dass solche Summen viele Menschen fassungslos machen. Wir - vor allem Sie hier im Landtag - haben um Millionen, oft um kleine Beträge und Zuschüsse, um die Realisierung wichtiger Infrastrukturmaßnahmen und um Hilfen für die Menschen gestritten. Jetzt müssen im Schnellverfahren ganz andere Summen mobilisiert werden. Deshalb habe ich für die Einschätzung der Bevölkerung - wie passt das zusammen? - sehr großes Verständnis.

Darum liegt mir sehr daran, einige Punkte über die Fakten hinaus anzumerken. Wir helfen hier nicht einer anonymen Institution. Wir helfen hier nicht Bankmanagern, sondern es geht um die Wirtschaft in Bayern, es geht um die Sparer, und es geht auch um die Kommunen. Wir müssen sehen, was hinter der Bayerischen Landesbank steckt. Die Bayerische Landesbank wird zur Hälfte von den Sparkassen, also den Kommunen, mitgetragen. Es war eine Leitentscheidung der Bayerischen Staatsregierung, obwohl die Kommunen und Sparkassen zur Hälfte Eigentümer der Bayerischen Landesbank sind,

sie finanziell nicht an dieser Rettungsaktion zu beteiligen, weil dies die Sparkassen als Rückgrat unserer lokalen und regionalen Wirtschaft selbst in Schwierigkeiten gebracht hätte. Das ist eine wichtige und gute Entscheidung zugunsten der Kommunen und Sparkassen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir entlassen also - nicht politisch, aber was die Beteiligung an diesem Rettungsschirm betrifft - die Sparkassen aus ihrer Verantwortung, obwohl die Sparkassen und die Kommunen die Entwicklung der letzten Jahre und Jahrzehnte gleichrangig mit dem Freistaat Bayern mit zu verantworten haben.

Die Landesbank engagiert sich sehr stark für die Kommunen, für die Großkunden und für den Mittelstand. Deshalb ist die Hilfe gegenüber der Bayerischen Landesbank keine Hilfe gegenüber einer anonymen Institution, sondern diese Hilfe gegenüber der Bayerischen Landesbank liegt im gesamtstaatlichen Interesse, im Interesse Gesamtbayerns.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich habe es oft gelesen: "Wäre es nicht besser gewesen, einen anderen Weg zu beschreiten?" Ein anderer Weg wäre in der Tat gewesen zu sagen, wir wickeln die Bank ab. Wir haben diese Themen sehr intensiv diskutiert. Aber man muss dazu zwei, drei Dinge wissen: Die BayernLB ist in Deutschland und Europa eine systemrelevante Bank. Sie ist nach der Bilanzsumme die siebtgrößte Bank in Deutschland. Eine Insolvenz hätte neue Schockwellen für die gesamte europäische Finanzwirtschaft bedeutet, und die Vertrauenskrise in die Finanzmärkte wäre erneut dramatisch eskaliert. Zudem übersehen viele - auch viele Theorieökonomien -, dass es für Bayern noch viel, viel teurer gekommen wäre; denn wir haben - die Kolleginnen und Kollegen wissen es - seit Anfang dieses Jahrhunderts aus der nachlaufenden Gewährträgerhaftung hohe Verpflichtungen. Das heißt, eine Abwicklung der Bank würde bedeuten, dass wir die nachlaufende Gewährträgerhaftung in einer Größenordnung von derzeit 100 oder 110 Milliarden Euro gemeinsam mit den Kommunen und Sparkassen zu tragen hätten. Jeder muss wissen,

dass wir natürlich die andere Hälfte, die auf die Kommunen und Sparkassen entfallen wäre, als Land Bayern nach der Gewährträgerhaftung hätten übernehmen müssen, wenn man von dem Grundsatz ausgeht, dass wir das Rückgrat unserer regionalen Wirtschaft, die Sparkassen, durch falsche politische Entscheidungen in München nicht gefährden wollen. Es wäre dann für uns insgesamt teurer geworden.

Ich möchte auch meine persönliche Überzeugung zum Ausdruck bringen, dass ich diese Alternative auch jenseits der Haftungsgründe und der Frage, was dies für die Finanzmärkte in Deutschland und Europa insgesamt bedeutet hätte, weder für notwendig noch für angemessen gehalten hätte.

Ich habe mich ebenso wie die ganze Staatsregierung auch mit dem Gedanken auseinandergesetzt, ob wir sofort hätten privatisieren oder fusionieren sollen. Diese Diskussion, die gelegentlich auch da und dort Ökonomen geführt haben, die uns in den letzten Jahren dieses Weltbild definiert haben, erinnert mich an einen Arzt, der einen Notfallpatienten bekommt und sich vor der Behandlung des Patienten zunächst einmal mit der Ausgestaltung des Krankenversicherungsrechts beschäftigt. Jetzt geht es darum, die Bayerische Landesbank zu stabilisieren und sie auf dem Markt vor allem in Deutschland und Europa wieder geschäftsfähig zu machen. Das muss jetzt das Wichtigste sein.

Wir haben aber nicht mit den weitergehenden Überlegungen abgewartet, etwa wie das Geschäftsmodell aussieht. Wir haben auch mit der Überlegung nicht abgewartet, wie es mit Fusionen aussieht. Nur: Sie können, wenn es um Bankenfusionen oder -privatisierungen geht, die Verhandlungen nicht am offenen Markt führen.

Herr Maget, ich lade Sie gerne ein, mit den Ministerpräsidenten einmal darüber zu reden, wie häufig wir uns in den letzten Wochen über die Frage von Privatisierungen oder Fusionen unterhalten haben. Es gibt die Möglichkeit der Privatisierung, es gibt die Möglichkeit einer Fusion mit funktionaler Aufteilung. Manche Bundesländer meinen, es sei eine Holding der Bank Deutscher Länder notwendig, man würde bei den Landesbanken verschiedene Funktionen aufteilen: Die einen kümmern sich um Immobilien, die näch-

sten um Auslandsmärkte, die Dritten um Großkunden. Eine andere Denkschule in Deutschland favorisiert dagegen das Regionalprinzip, also den Zusammenschluss von Banken unter regionalen Gesichtspunkten. Die Bayerische Staatsregierung hat sich keinem dieser Gespräche verweigert, obwohl hier auch Eitelkeiten und vieles andere unterwegs sind. Für mich gilt ein Maßstab: Es muss der Bayerischen Landesbank helfen; es muss der bayerischen Wirtschaft helfen; es muss den bayerischen Sparern helfen, und es muss den bayerischen Investoren helfen. Ich bin aber nicht dazu bereit, dass wir auch noch bestehende oder künftige Risiken anderer Landesbanken schultern. Dazu bin ich nicht bereit.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden weiterhin Gespräche führen. Wir werden die Gespräche ernsthaft führen und dann an den Bayerischen Landtag mit Lösungen herantreten, wenn die Bayerische Staatsregierung zu der Auffassung kommt, dass wir eine zukunftsfähige Lösung haben. Das gilt für alle drei Modelle.

Ich möchte Ihnen heute aber auch sagen, dass ich bis zur Stunde noch keine Lösung der von mir aufgeworfenen Fragen sehe. Trotzdem muss man im Gespräch bleiben und sich jetzt - nicht erst in zwei, drei Jahren - Gedanken darüber machen, wie es mit der Bank mittel- und langfristig weitergeht. Wir sind also hier im Gespräch, und das ist das, was jetzt zu tun ist: die Bank zu stabilisieren, der Bank wieder Sicherheit zu geben, die Bank im Markt wieder gut zu platzieren und gleichzeitig die Fragen der langfristigen Zukunft der Bank zu überdenken - Privatisierung oder auch Fusion, regional oder funktional. Gleichzeitig haben wir in großem Tempo mit dem Verwaltungsrat und dem Vorstand Grundzüge eines Geschäftsmodells entwickelt. Meine Damen und Herren, hier möchte ich einige Punkte nennen, die mir sehr wichtig sind:

Ich habe mir in der Vergangenheit oft die Frage gestellt, was ist die innere Rechtfertigung dafür, dass eine Landesbank insgesamt fast 20.000 Beschäftigte hat, wovon drei Viertel nicht in Deutschland oder Bayern beschäftigt sind, sondern auf der ganzen Welt. Ich

habe mir oft die Frage gestellt, warum eine Landesbank in allen Winkeln dieser Erde an vielen Konzernen beteiligt sein muss - so das Geschäftsmodell.

(Franz Maget (SPD): Wir haben diese Frage hier oft gestellt, Herr Seehofer!)

Deshalb bin ich froh, dass jetzt die Entscheidung steht: Der Schwerpunkt der Aktivitäten wird wieder in Bayern sein, in Deutschland und in ausgewählten Regionen Europas.

(Franz Maget (SPD): Das ist ja gut!)

Ich füge offen hinzu, ich möchte die Landesbank nicht unter den Druck setzen, dass sie ständig die Nummer eins auf der ganzen Welt sein soll. Mir reicht es auch, wenn sie unter den Ersten ist, sie muss nicht die Erste sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU - Zuruf von den GRÜNEN)

- Irgendwo gibt es da ein Echo links außen, aber das mag an meiner Hörfähigkeit liegen.

Deshalb ist es richtig: Der Schwerpunkt der Aktivitäten liegt in Bayern, Deutschland und ausgewählten Regionen. Und was genauso wichtig ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die Konzentration auf den Mittelstand, auf Großkunden, auf das gewerbliche Immobiliengeschäft sowie auf Privatkunden und keine Engagements mehr im Investmentbanking, losgelöst von jeder Wertordnung, losgelöst von jeder seriösen wirtschaftlichen Überlegung. Meine Unterstützung hat dieses Geschäftsmodell der Landesbank uneingeschränkt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Wie ist nun die Perspektive? - Man wird oft gefragt: Wie lang trägt das jetzt? Meine Damen und Herren, wir haben nach bestem Wissen dieses Hilfspaket geschnürt, nach allen Informationen, die uns zur Verfügung stehen. Wir betreiben eine Politik der großen Offenheit und Transparenz, und wir können mit diesen Maßnahmen ein Höchstmaß an Sicherheit und Stabilität für die Bayerische Landesbank garantieren. Es gehört aber auch zur Ehrlichkeit, zu sagen: Weder jemand aus der Bayerischen Staatsregierung noch

jemand aus der gesamten Ökonomie und der ganzen Bankenwelt kann Ihnen die letzte Sicherheit garantieren. Diese letzte Sicherheit möchte ich auch heute vor diesem Hohen Hause nicht garantieren, aber ich kann garantieren, dass wir nach bestem Wissen das getan haben, was im Höchstmaß zur finanziellen Stabilisierung für die Zukunft dieser Bank notwendig ist - nach bestem Wissen und Gewissen ein Höchstmaß an Sicherheit und Stabilität -, aber die letzte Sicherheit kann ich Ihnen für die Bayerische Staatsregierung auch nicht geben.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Das haben die Vorgänger auch gesagt!)

Ich möchte sagen, dass unser Programm an den Stellen, auf die es auf den Finanzmärkten ankommt, eine positive erste Resonanz gefunden hat. Beim gestrigen Rating ist die Bayerische Landesbank nicht abgewertet worden, und das ist ein Beispiel dafür, dass auf den Finanzmärkten Vertrauen in die von uns ergriffenen Maßnahmen geschaffen wurde.

(Beifall bei der CSU)

Das ist für die Finanzmärkte ganz wichtig. Ich zitiere nicht jeden Tag den Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann, aber wenn er etwas Gutes und Angenehmes sagt, tue ich es.

(Georg Schmid (CSU): Wo er recht hat, hat er recht!)

Er war gestern in der "Münchner Runde" und ist gefragt worden, ob er den Rettungsplan für Erfolg versprechend hält.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Klasse, da können Sie sich drauf verlassen!)

Er hat gesagt: "Ich finde, der Rettungsplan ist ein sehr guter Weg, und ich finde auch gut, was man jetzt beschlossen hat, dass man nämlich versucht, das Geschäftsmodell enger zu fassen." - Nun kann man über die Banker viel sagen, aber wenn sie etwas

Richtiges sagen, meine Damen und Herren, darf man sie zitieren. Ich bin jedenfalls sehr froh darüber, dass auch dort die Dinge positiv gesehen werden.

Nun hat das Rettungspaket natürlich erhebliche finanzielle Auswirkungen auf unser Finanzgebaren, auf unseren Haushalt. Deshalb möchte ich dazu zwei oder drei Dinge sagen. Das Erste: Die Bayerische Staatsregierung und die Koalition werden auf sparsamste Wirtschaftsführung gerade vor dem Hintergrund der Veröffentlichung des Berichts des Obersten Rechnungshofes von gestern größten Wert legen. Jede Resortchefin und jeder Resortchef steht in der persönlichen Verantwortung auch mir gegenüber - Ihnen gegenüber sowieso -, dass sie oder er vorbildlich und gewissenhaft mit den Steuergeldern der bayerischen Bürger umgeht. Das ist das Erste: Bekenntnis zur sparsamsten Wirtschaftsführung.

Meine Damen und Herren, das Zweite ist: Wir werden den Doppelhaushalt 2009/2010 noch vor Weihnachten einbringen. Ich kann Ihnen sagen, wir werden in diesem Doppelhaushalt an den Zukunftsinvestitionen, die wir uns vorgenommen haben, festhalten. Das, was wir an Investitionen insbesondere in die Köpfe der Menschen brauchen - Beispiel: Bildung -, weil das Zukunftsinvestitionen sind, werden wir durchführen. Weil ich schon seit Längerem beklage, dass wir in Deutschland einen viel zu hohen Anteil unserer Wirtschaftskraft verwenden, um gesellschaftspolitische Fehlentwicklungen oder auch politische Fehlentscheidungen zu reparieren, und zu wenig Prävention betreiben, wollen wir in den nächsten zwei Jahren an unseren Zukunftsinvestitionen festhalten, die wir uns von der Bildung über die Universitäten bis hin zu den Kinderbetreuungsprogrammen vorgenommen haben. Das kann ich Ihnen zusagen.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich muss man aber auch offen ansprechen, dass dann, wenn 10 Milliarden Euro aufgenommen werden müssen, dies Auswirkungen auf die mittel- und langfristige Situation im Freistaat Bayern hat.

(Zurufe von der SPD: Aha!)

Das wollen wir nicht einfach vor uns herschieben, sondern wir wollen dazu offene Aussagen machen. Wir werden in den nächsten beiden Jahren, in den Jahren 2009 und 2010, das Sonderkapitel "Bayerische Landesbank, Kreditaufnahme und Kreditbedienung" aus den Reserven und Rücklagen des Freistaates Bayern bewältigen können. Obwohl heute nicht der Tag für ein Selbstlob ist, möchte ich sagen: Das ist möglich, weil in Bayern über viele Jahre hinweg solide und seriöse Haushaltspolitik betrieben worden ist.

(Beifall bei der CSU - Lachen bei der SPD)

Wir werden uns für die Zeit danach noch gehörig anstrengen müssen, im Rahmen der künftigen Geschäftspolitik der Bank, aus Privatisierungserlösen und mit einer an Wachstum orientierten Politik zu versuchen, einen seriösen Plan aufzustellen - das müssen wir innerhalb der nächsten Monate schaffen -, wie nach diesen zwei Jahren die Bedienung der Kredite erfolgen kann. Hier geht es um das, was immer bei der Bank möglich ist an Rückführungen, deren Höhe niemand heute prognostizieren kann, und was immer an zusätzlichen Privatisierungserlösen möglich ist.

Es bleibt der dritte Punkt, und das ist die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Hierzu möchte ich noch einen Satz sagen. Meine Damen und Herren, ich bin enttäuscht darüber, wie der Rettungsschirm im konkreten Beispiel der Bayerischen Landesbank praktiziert wurde, nämlich bürokratisch, wenig transparent und sehr schleppend.

(Zuruf von den GRÜNEN: Seid ihr da nicht dabei?)

Wir haben uns am Sonntagnachmittag zu einem Kraftakt entschlossen, nämlich dass wir sagen, nein, wir wollen diesen Prozess nicht noch einige Wochen fortführen, wir wollen eine klare Entscheidung, damit Stabilität und Sicherheit bei der Landesbank möglich sind.

Zweitens. Meine Damen und Herren, ich bin ein Lebensoptimist und keine Cassandra, aber das, was ich zur Zeit an Informationen zur Entwicklung in der realen Wirtschaft erhalte, und das, was wir nach menschlichem Ermessen in den nächsten Wochen und Monaten zu schultern haben, was die wirtschaftliche Entwicklung, die Arbeitslosigkeit, die Kurzarbeit, die Aufträge und vieles andere mehr betrifft, muss uns alle miteinander zu einer präventiven Politik bringen. Es geht nicht um die Reparatur von Arbeitslosigkeit, sondern darum, stärkere Anstrengungen zu unternehmen, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Dabei bleiben wir als Bayerische Staatsregierung. Wir werden das auch am Freitag im Bundesrat sehr deutlich zum Ausdruck bringen. Wir wollen, dass auch auf Bundesebene gehandelt wird. Wir tun das Unsere. Wir geben etwa 5 Milliarden Euro jährlich für Investitionen aus. Wir haben als Bayerische Staatsregierung ein Beschleunigungsprogramm aufgelegt, damit diese 5 Milliarden Euro Investitionen in Bayern nicht erst im nächsten Sommer oder Herbst wirtschaftswirksam werden, sondern möglichst früh im nächsten Jahr. Ich bin den Koalitionsfraktionen sehr dankbar. Ich bin dem ganzen Parlament dankbar, dass es bereit ist, ein so außergewöhnliches, beschleunigtes Haushaltsverfahren durchzuführen. Der Haushaltsausschuss wird uns Genehmigungen für vorzeitige Ausschreibungen oder Baubeginne geben. Der Finanzminister ist bereit, die Haushaltsreste des Jahres 2008 für Investitionen nicht irgendwann, sondern sofort verfügbar zu machen. Der Bayerische Landtag ist bereit, den Haushalt nicht erst im Sommer, sondern noch vor Ostern abzuschließen. Damit kann das vorher auf den Weg gebrachte Verfahren möglichst schnell für die bayerische Wirtschaft wirksam werden. Wir machen unsere Hausaufgaben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir halten auch auf Bundesebene ein stärkeres Investitionsprogramm für nötig. Das werden wir am Freitag beantragen. Der Bund hat eine gesamtstaatliche und eine gesamtwirtschaftliche Verantwortung. Wir als Bayerische Staatsregierung werden daran festhalten, dass neben den investiven Maßnahmen auch eine Entlastung des Mittel-

stands, des Handwerks und vor allem auch der Bürger bei der Steuer stattfindet. Die nächste Steuerentlastung ist überfällig.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das ist unser Gesamtkonzept. Wir bringen heute den Entwurf des zweiten Nachtragshaushalts 2008 in den Landtag ein. Ich bitte den Bayerischen Landtag heute um Zustimmung zu diesem Rettungsplan und um Zustimmung zum zweiten Nachtragshaushalt, der seinen Grund im Wesentlichen bei der Bayerischen Landesbank hat. Ich bitte weiter um eine zügige parlamentarische Beratung, damit der Nachtragshaushalt für die Landesbank nicht vor Ostern, sondern noch vor Weihnachten verabschiedet werden kann. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Im Einvernehmen mit den Fraktionen wurde hierzu eine Redezeit von 40 Minuten pro Fraktion vereinbart. Das Wort hat zunächst der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Kollege Maget.

**Franz Maget (SPD):** Herr Präsident, sehr verehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist schon ein bitterer Tag für Bayern und - unter finanzpolitischen Gesichtspunkten - sicherlich die schlimmste Stunde in der bayerischen Nachkriegsgeschichte; denn wir erleben eine Katastrophe und ein Debakel bei unserer Landesbank. Wir erleben den Offenbarungseid einer hilflosen Staatsregierung, alt und neu, der die Krise vollständig über den Kopf gewachsen ist.

Noch vor vier Wochen haben Sie den Hilfsbedarf für die Banken mit sechs Milliarden Euro beziffert. Heute sind es schon viel mehr als zehn Milliarden Euro. Einen Teil haben Sie verschwiegen, auf den ich noch zu sprechen kommen werde. Noch vor einer Woche wussten Sie gar nicht, dass Sie einen Nachtragshaushalt einbringen müssen, weil Sie

sonst mit der Bank Weihnachten nicht mehr überstehen könnten. Sie werden nicht glauben, dass man einer solchen Staatsregierung Vertrauen entgegenbringen kann.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Das wird auch nicht dadurch besser, dass Sie Herrn Dr. Ackermann als Kronzeugen berufen. Dadurch wächst das Vertrauen in das Lösungskonzept der Staatsregierung gewiss nicht. Herr Ministerpräsident, das Vertrauen steigt auch nicht dadurch, dass Sie in dem schriftlich vorgelegten Entwurf Ihrer Rede ein klares Ende Ihres Plans formuliert haben. Dort steht nämlich: "Am Ende steht die Privatisierung der Bank." Diese Passage haben Sie jetzt weggelassen. Sie haben stattdessen gesagt, dass Sie sich noch verschiedene Alternativen der Fusion und andere Wege überlegten.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wegen der FDP!)

Davon steht jedoch nichts in Ihrer Rede.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Es gilt das gesprochene Wort! - Thomas Kreuzer (CSU): Es gilt das gesprochene Wort!)

- Sie haben heute Vormittag etwas anderes gedacht als heute Mittag. Sie wissen selbst nicht, wohin die Landesbank gehen soll.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Das ist die Wahrheit. Sie wissen das nicht. Sie suggerieren den Menschen, denen Sie jetzt zehntausend Millionen Euro abverlangen, dass Sie die Sache im Griff hätten und die größtmögliche Sicherheit gewähren würden. In Wahrheit wissen Sie aber überhaupt nicht, wie der weitere Weg sein soll. Sie haben keinen Plan. Das ist eigentlich das Schlimmste, was ich heute vernommen habe.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Das Einzige, was wir gehört haben, war, dass dies eine schwere Hypothek für die Bürgerinnen und Bürger Bayerns und für die Steuerzahler in unserem Land ist. Wir stehen heute am vorläufigen Schlusspunkt. Ich fürchte, wir stehen noch nicht wirklich am Schlusspunkt. Das ist auch ein vorläufiger Schlusspunkt der Chronologie der Versäumnisse und Irrtümer. Ich gestehe Ihnen zu, dass das alles nicht von Anfang an vorhersehbar war. Wer würde das behaupten? Wir stehen aber auch am vorläufigen Schlusspunkt einer Chronologie des Verharmlosens und Verleugnens, des Ignorierens und des Nichtsagens der Wahrheit hier im Hause.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Wir stehen am vorläufigen Schlusspunkt der Chronologie des Schönredens, der Täuschung und der Irreführung. Das alles haben wir in diesem Hause erlebt. Herr Ministerpräsident, Sie waren nicht dabei. Wir haben das erlebt. Ich muss mich wundern: Der bayerische Ministerpräsident stellt sich hierher und sagt, er stünde vor der Frage, warum diese Landesbank überall auf der Welt tätig sein musste. Und die Kollegen aus der CSU klatschen dazu.

(Beifall und Lachen bei der SPD und den Freien Wählern)

Seit einem Jahr diskutiert dieses Haus über das Thema Bayerische Landesbank. Seit einem Jahr haben wir exakt diese Frage gestellt und wurden von der Mehrheitsfraktion zu Idioten erklärt.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Seit einem Jahr bitten wir darum, uns zu erzählen, wie der Stand der Dinge ist. Seit einem Jahr bitten wir darum, dass irgendeiner die Verantwortung übernimmt. Seit einem Jahr bitten wir darum, dass sich irgendeiner dafür entschuldigt, wenn die Bürger schon zur Kasse gebeten werden. Herr Prof. Dr. Falthäuser hat das heute getan. Warum diese neue Offenheit und Ehrlichkeit? - Ich sage Ihnen, warum: Sie wollen nicht ehrlicher sein,

als Ihre Vorgängerregierung, sondern Sie können jetzt nicht mehr anders. Sie können die Wahrheit jetzt nicht mehr verbergen und vertuschen.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Sie kommen nicht mehr mit Ihrer Strategie, alles zu verleugnen und zu verharmlosen, über die Runden. Sie kommen nicht über den 24. Dezember, wenn Ihnen der bayerische Bürger nicht mit seinen Steuergeldern in Höhe von zehn Milliarden Euro zur Seite springt. Der Gesamtschaden des Unfalls, den Sie verursacht haben, beträgt über 30 Milliarden Euro. Das ist der heutige Stand.

(Alexander König (CSU): Was würde denn der Maget machen?)

- Herr König, ich sage Ihnen, was ich anders als Sie gemacht hätte: Ich hätte mich in den letzten Monaten hierher gestellt und hätte die bayerische Öffentlichkeit und die bayerische Opposition wenigstens ehrlich informiert.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Ich hätte nicht wie Sie versucht, die Kommunalwahl zu überstehen. Das haben Sie nur deshalb nicht geschafft, weil der Vorstandsvorsitzende Schmidt Herrn Erwin Huber in den Rücken gefallen ist. Dann wollten Sie die Landtagswahlen überstehen. Ich sage Ihnen Folgendes ganz klar: Wäre das gesamte Ausmaß des Schadens, so wie Sie es heute bekennen müssen, den Bürgerinnen und Bürgern vor der Landtagswahl bekannt gewesen, hätte die CSU keine neue Staatsregierung bilden können. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Jetzt stehen wir vor der Situation, dass die Bayerische Landesbank schlicht und ergreifend am Ende ist. Sie kann ohne Milliarden Geldspritzen kurzfristig nicht überleben. Die Verantwortlichen in Vorstand und Verwaltungsrat haben die Bank zugrunde gerichtet, und der Steuerzahler soll jetzt bluten. Sie wollen die Zustimmung des Hauses zu über

zehn Milliarden Euro - ich wiederhole noch einmal: zehntausend Millionen Euro - innerhalb von zehn Tagen. Respekt! Sie müssen weiter die 4,8 Milliarden Euro Übernahme an Verlustrisiken einplanen. Das haben Sie gesagt. Sie haben aber schon verschwiegen, dass man von diesen 4,8 Milliarden Euro im Nachtragshaushalt sozusagen stillschweigend bereits 1,6 Milliarden Euro in Verpflichtungsermächtigungen umgewandelt hat. Sie haben hier von der Übernahme der Garantie für Verlustrisiken gesprochen. Sie haben aber nicht gesagt, dass Sie den Finanzminister schon ermächtigen, davon 1,6 Milliarden Euro im nächsten Jahr auszugeben oder vielleicht sogar noch heuer, weil das ein Nachtragshaushalt ist. Die zehn Milliarden Euro Nachtragshaushalt sind mit der heutigen Tischvorlage schon wieder um 1,6 Milliarden Euro mehr geworden. Gestern haben Sie noch zehn Milliarden kommuniziert, und in der schriftlichen Vorlage heute stehen schon weitere 1,6 Milliarden Verpflichtungsermächtigungen drin. Sie müssen doch dem Haus wenigstens sagen, wie viel Geld Sie tatsächlich haben wollen, und nicht schon wieder unlauter auftreten und einen solchen Betrag schlichtweg unter den Tisch fallen lassen.

(Beifall bei der SPD, Abgeordneten der Freien Wähler und den GRÜNEN)

Glauben Sie doch nicht, dass wir Papiere nicht lesen können und nicht zumindest ein Minimum dessen verstünden, worum es hier geht!

(Zurufe von der CSU: Ja, ja! - Unruhe)

- Meine Damen und Herren, wenn Sie jetzt noch hochmütig sein wollen, dann sollten Sie sich selbst einmal ernsthaft überprüfen. Herr Seehofer hat zu Recht als eine der ersten Ursachen die internationale Finanzmarktkrise mit ihren Auswirkungen genannt. Wer würde das denn infrage stellen?

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Sie haben auch - dafür bin ich sogar dankbar - Fehler genannt, die hier gemacht wurden. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, bis zum heutigen Tag hat kaum jemand der Verantwortlichen hier Fehler eingestanden. Schauen Sie sich die Berichte des Untersu-

chungsausschusses an, lesen Sie die Protokolle des Untersuchungsausschusses! Da haben wir genau die Fragen gestellt, die Sie hier vorgetragen haben. Lesen Sie die Antworten aus den Reihen der damals Verantwortlichen aus der Bayerischen Staatsregierung: kein Wort von einem Fehler, alles richtig gemacht, alles überblickt! Glauben Sie bitte nicht, dass Sie mit dem Hinweis davonkommen, das sei die alte Regierung gewesen.

(Zurufe von der SPD: Ja, ja!)

Herr Herrmann sitzt da; er war damals auch dabei. Kollege Schmid war jahrelang Verwaltungsrat. Herr Huber sitzt da unten, und weil ich das Thema Hochmut angesprochen habe, möchte ich darauf hinweisen: Wissen Sie, was der neue wirtschaftspolitische Vordenker der CSU, Erwin Huber, macht? Statt dass er Fehler zugibt, muss ich im "Bayernkurier"

(Der Redner hält die Kopie eines Artikels aus dem "Bayernkurier" hoch)

lesen:

(Zurufe von der SPD und der CSU - Unruhe)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Kollege Maget, Sie können daraus zitieren, aber lassen Sie das bitte auf dem Pult.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

**Franz Maget (SPD):** Das war aber der "Bayernkurier", Frau Präsidentin.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Trotzdem geht das nach Geschäftsordnung nicht.

**Franz Maget (SPD):** Nicht einmal den "Bayernkurier" darf man hier zeigen, um Gottes willen!

(Allgemeine Heiterkeit - Beifall bei der SPD)

Also wenn, dann im Original, das ist okay.

Erwin Huber schreibt in der Ausgabe des "Bayernkurier" Anfang dieser Woche:

Steinbrück agiert planlos, konturlose Finanzpolitik. Ich muss schon darauf hinweisen,

schreibt Erwin Huber,

dass Bayern schon seit drei Jahren einen ausgeglichenen Haushalt vorweist und 500 Millionen Euro Schulden abgebaut hat.

(Zurufe von der SPD - Ulrike Gote (GRÜNE): Das ist ja lächerlich!)

Da lobt er sich, dass er 500 Millionen Schulden in drei Jahren abgebaut hat, und jetzt müssen Sie hier um zehn Milliarden Neuverschuldung betteln. Das ist schon bemerkenswert.

(Beifall bei der SPD, Abgeordneten der Freien Wähler und der GRÜNEN)

Mein lieber Schwan!

(Heiterkeit bei den Freien Wählern und Abgeordneten der FDP)

- Die Neuen haben das bisher noch nicht erlebt -. Ich möchte ausdrücklich anerkennen, wie Sie mit den Sparkassen umgehen. Wir haben immer gesagt: Der Erhalt und die Sicherung der kommunalen Sparkassen ist in dieser Krisensituation das Wichtigste; da stimmen wir völlig überein. Wir sind auch dafür, jetzt sozusagen eine Brandmauer zu errichten, damit das Feuer nicht auf die Sparkassen übergreift. Das halten wir auch für richtig. Man hätte sagen können, die Sparkassen waren im Verwaltungsrat genauso dabei wie die Bayerische Staatsregierung, aber man muss auch sehen, sie wären jetzt schlichtweg nicht in der Lage, Finanzen in dieser Dimension aufzubringen. Darum ist diese Entscheidung meiner Meinung nach an dieser Stelle zwar richtig,

(Alexander König (CSU): Na Gott sei Dank!)

aber man darf nicht ganz Entwarnung geben. Sie hätten vielleicht auch dazusagen müssen, dass die Sparkassen natürlich nicht nur auf die Dividende verzichten müssen - da könnte man sagen, das ist ja wohl auch das Mindeste -, sie sind auch nach wie vor mit Einlagen an der Bayerischen Landesbank mit 1,4 Milliarden Euro beteiligt.

Nun ist es kein Geheimnis, dass im Augenblick ein Gutachten fertiggestellt wird, das den Wert der Landesbank eruieren soll, und es ist gut möglich, dass der Wert bei null liegt. Dann sind die 1,4 Milliarden Euro Einlagen der kommunalen Sparkassen auch weg und müssen in kürzester Zeit abgeschrieben werden, meine Damen und Herren. Tun Sie also nicht so, als wären die bayerischen Sparkassen davon nicht berührt! Das ist auch Teil der Wahrheit. Ich halte es für wahrscheinlich, dass die Sparkassen einen Großteil ihrer Einlagen, vielleicht sogar alle abschreiben müssen. Deshalb gehen auch die Sparkassen hier gewaltig ins Risiko.

Die Staatsregierung schlägt nun vor, den Schuldenstand des Freistaats um zehn Milliarden Euro zu erhöhen; zusätzliche Pro-Kopf-Verschuldung: 800 Euro. Sie tun so, als würden die Belastungen außerhalb des Staatshaushalts stattfinden. Das stimmt nicht. Diese zehn Milliarden Euro sind natürlich integraler Bestandteil des Haushaltsplanes. Sie haben selbst gesagt, jährlich kommen als Minimum 500 Millionen Zinsbelastung auf uns zu zuzüglich der Ausfälle aus den Fonds usw. Wir reden also über 600 Millionen Euro. Das können Sie vielleicht im nächsten und im übernächsten Jahr noch durch Rücklagen auffangen, dann aber nicht mehr. Deswegen, meine Damen und Herren, ist es tatsächlich so: Die Bürgerinnen und Bürger Bayerns werden in den nächsten Jahren dafür bezahlen, dass wir 600 Millionen Euro pro Jahr aus Haushaltsmitteln bestreiten müssen, die wir nicht mehr für Schulen, Universitäten, Kindergärten, Umweltschutz und soziale Infrastruktur übrig haben. So ist das.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Freien Wähler und der GRÜNEN)

Das empört die Menschen zu Recht. Frau Haderthauer hat gestern vom Bund Geld dafür gefordert, dass die Kinder von Hartz-IV-Empfängern ein kostenloses Mittagessen bekommen können. Dafür hat man kein Geld.

(Renate Dodell (CSU): Das ist Sache des Bundes!)

Aber jetzt hat man zehntausend Millionen plötzlich übrig. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen: Das empört die Menschen, von der Empörung über mangelnde Übernahme von Verantwortung gar nicht erst zu reden.

Sie schlagen einen Weg vor - und damit will ich mich jetzt beschäftigen -, von dem Sie sagen, er böte ein Höchstmaß an Sicherheit. Ehrlicherweise sagen Sie: Es bietet keine absolute Sicherheit. Es wäre vermessen, eine solche geben zu wollen. Aber Sie sprechen von einem Höchstmaß an Sicherheit, und ich sage Ihnen: Diese Meinung teile ich in keinsten Weise. Der Weg, den Sie vorschlagen, ist im Gegenteil ein waghalsiger Weg mit enormen Risiken. Sie laufen Gefahr, die Krise mit dem Weg, den Sie vorschlagen, nicht zu dämmen, sondern vielleicht sogar noch zu verstärken. Wie lautet Ihr Vorschlag? Sie sagen: Wir pumpen die Landesbank jetzt mit 10 Milliarden Euro voll, machen dann unsere Hausaufgaben, restrukturieren die Bank und führen sie zurück auf ihren eigentlichen gesetzlichen Auftrag - eine Forderung, die wir hier seit einem Jahr erheben

(Harald Güller (SPD): Seit zehn Jahren!)

und wie an eine Mauer rennen. Sie haben uns immer gefragt: Wovon redest du denn da überhaupt - gesetzlicher Auftrag? Es wurde doch immer behauptet, der gesetzliche Auftrag wird voll erfüllt. Das wurde immer gesagt. Alles, was die Bank getan hat - so wurde gesagt -, sei im gesetzlichen Auftrag. Das ist immer die Meinung dieser Fraktion gewesen. Jetzt sagen Sie, Sie müssten sie zurückführen. Das ist ganz unsere Meinung.

Das machen Sie. Am Ende steht eine kleinere Bank. Die soll dann 2015, wenn die Gewährträgerhaftung endgültig ausläuft, verkauft und privatisiert werden. Der Staat soll, sagt der Finanzminister Herr Fahrenschon, pari rauskommen; das heißt: Sie wollen dann

14 Milliarden Erlösen. Ich sage Ihnen: Das ist nicht nur eine Utopie, das ist Traumtänzerie in allerhöchstem Maße.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dieser Weg kann gar nicht funktionieren. Das kann gar nicht gehen. Das ist schon wieder ein Schritt in Richtung Beschwichtigung der Leute nach dem Motto: Wir müssen jetzt zwar 10 Milliarden Euro Schulden machen, aber wir kriegen das Geld beim Verkauf der Bank im Jahr 2015 - wie sagt Herr Fahrenschon? - "pari" wieder zurück. Ich sage Ihnen: Das ist schlichtweg eine Lüge. Das kann nicht gehen.

Ich sage Ihnen, warum dieses Vabanquespiel unverantwortlich ist und nicht funktionieren wird. Deswegen können wir diesen Weg auch nicht mitgehen.

Erster Punkt. Haben Sie es wirklich gut überlegt, auf die Beteiligung des Bundes zu verzichten? Der Bund schlägt strategisch eine andere Option vor, die ich nahezu für unausweichlich halte, nämlich in Richtung Fusionierung bis hin zu einer Landesbank für Deutschland zu gehen. Oder lassen Sie es eine Nord- und eine Südbank sein. Mit dem Einstieg des Bundes würde diese strategische Option bewusst gewählt oder zumindest offengehalten. Sie schließen diese Option, wie ich meine, in unverantwortlicher Weise jetzt aus, indem Sie sagen: Wir wollen die Landesbank am Ende privatisieren. Das ist Ihre erklärte Absicht, das ist sie immer gewesen. Ich müsste mich täuschen. Der Finanzminister hat gesagt, er will die Landesbank privatisieren und er will mit dem Erlös die Schulden zurückzahlen. Herr Zeil hat gesagt: Die Staatsregierung wird die Landesbank privatisieren. Sie haben es heute Vormittag ja auch in Ihr Manuskript hineinschreiben lassen. Also wird es ja wohl Ihre erklärte Absicht sein. - Lesen kann ich auch.

Also. Warum schließen Sie diese Option eigentlich aus? Dabei gäbe es doch einen eleganten Weg: Wenn wir die LBBW und die Bayerische Landesbank fusionieren und wenn die Bayerische Versicherungskammer gleichzeitig den Versicherungsteil aus der LBBW übernimmt, könnten wir hier in Bayern ein sehr starkes Zentrum der Versicherungslandschaft bilden. Allerdings müssten wir - das gebe ich zu - bestimmte Abbaumaßnahmen

bei der Bayerischen Landesbank in Kauf nehmen, vielleicht würden wir auch den Sitz hier in München verlieren. Aber das ist der weniger riskante Weg gegenüber dem, den Sie vorschlagen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vielleicht noch einen Satz dazu: Ihr ständiges Festhalten an der Stand-alone-Lösung - "Wir wollen das selber machen!" - zeigt die Hybris, die die Landesbank in die Krise geführt hat, in der sie sich jetzt befindet.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir sind sofort bei einer Stand-alone-Lösung dabei, die würde ich auch bevorzugen, sie wäre mir sympathisch, wenn sie ginge. Aber sie geht nicht mehr. Es wäre souverän und klug, jetzt zu bekennen: Stand alone geht jetzt nicht mehr. Wir machen etwas anderes, anstatt wie Sie zu sagen - wörtlich formuliert -: Wir behalten das Zepter in der Hand. Mit dem Zepter in der Hand, meine Damen und Herren, haben Sie die Bayerische Landesbank zugrunde gerichtet.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Das war der große Irrtum, und den setzen Sie jetzt fort.

Der zweite Punkt, der an Ihrem Modell nicht stimmt, ist die Frage: Was ist denn das für eine Bank, die Sie 2014/2015 privatisieren wollen? Dazu haben Sie kein Wort gesagt. Gehört die DKB noch dazu? Gehört die Hypo-Group Alpe Adria noch dazu? Übrigens: Wie hoch ist eigentlich der Verlustanteil, der auf die Hypo Alpe Adria zu verbuchen ist? Sie wurde ja erst vor ein oder zwei Jahren gekauft. War sie ihren Preis wert, Herr Huber? Wie groß ist eigentlich der Anteil der Verluste, die daraus resultieren? - Gehört die Bank in Ungarn noch dazu, die Saar-LB, die Bank in Luxemburg, die Landesbausparkasse? Sind sie alle noch Bestandteil der kleineren Bank, die Sie 2015 verkaufen wollen? Auf diese Fragen habe ich keine Antwort gehört.

Dritte Frage. Die Bank ist dann wie ein gerupftes Huhn ganz klein geworden. Sie ist nur noch auf ihren gesetzlichen Auftrag beschränkt. Besteht denn Hoffnung, dass eine solche Bank 2015 überhaupt noch einen nennenswerten Verkaufserlös erzielen könnte? Ist diese Hoffnung in irgendeiner Weise gerechtfertigt und begründbar?

(Zuruf: Niemals!)

Ich sage Ihnen: Nein. Es ist reine Utopie. Damit streuen Sie den Menschen Sand in die Augen.

(Beifall bei der SPD)

Sie werden diese Bank gar nicht verkaufen können, zumindest nicht zu einem nennenswerten Betrag. Damit sind Sie schon wieder auf dem Weg der letzten Jahre, auf dem Weg des Verteilens der Beruhigungstabletten: "Es wird alles gut". Nichts ist gut, und nichts wird mit Ihrem Weg gut werden.

Der vierte - und das ist vielleicht der entscheidende - Fehler Ihres Wegs ist folgender: Sie verkleinern die Bank auf ihr Kerngeschäft oder auf ihren gesetzlichen Auftrag und wollen sie dann privatisieren. Ich frage Sie: Was soll das denn eigentlich sein? Wenn die letzte verbleibende Aufgabe der Landesbank ihr gesetzlicher Auftrag ist, zum Beispiel der, die Zentralbankenfunktion für die Sparkassen zu übernehmen, wieso privatisieren Sie sie dann? Sie fällt dann aus der S-Gruppe heraus und kann dann den letzten Auftrag, der ihr noch verblieben ist, gar nicht mehr erfüllen.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Ich kann es mir nicht vorstellen. Das Gleiche gilt für die Mittelstandsförderung. Wollen Sie dann die Mittelstandsförderung des Freistaates Bayern über eine privatisierte Bank laufen lassen, obwohl Sie die LfA im Lande haben und jetzt schon über die Regierungen erfolgreich den Mittelstand fördern können? Wo ist also der Sinn, wo ist die Logik bei diesem Modell? - Es ist unsinnig, es ist unlogisch, es ist einfach so dahingeschrieben.

Ich sage Ihnen: Es ist planlos, und deswegen habe ich den sicheren Eindruck: Sie sind dieser Krise in keiner Weise gewachsen.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Sie haben in den letzten Monaten Personal und Posten verteilt, aber die Krise der Landesbank haben Sie ignoriert. Heute legen Sie einen Vorschlag vor, der erstens nicht funktioniert, der zweitens nicht durchdacht ist, der aber drittens die Bürgerinnen und Bürger in empörender Weise Milliarden Euro kosten würde. Dafür - das werden Sie verstehen - wird ein vernünftiger Mensch seine Zustimmung nicht geben. So vernünftig ist meine Fraktion.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Für die Freien Wähler erteile ich das Wort Herrn Kollegen Pohl.

**Bernhard Pohl (FW):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn sich vor zehn oder 15 Jahren, nein, selbst wenn sich vor ein oder zwei Jahren jemand in meiner Gegenwart abfällig über die Finanz- und Haushaltspolitik der CSU in Bayern geäußert hätte, hätte ich ihm heftig widersprochen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Wir nicht!)

Auch als Freier Wähler hätte ich Sie vehement verteidigt.

(Zurufe von der SPD)

- Ich weiß, die Damen und Herren von der SPD hatten schon immer die größere Weisheit, und das auch ohne Aloisius.

(Zurufe von der SPD: Danke schön! - Zurufe von den GRÜNEN: Wir haben doch Recht behalten!)

Wie gesagt, man konnte Manches oder auch Vieles an der Politik der CSU kritisieren. Eines konnte sie aber ohne Zweifel: Sie konnte verantwortungsvoll mit dem Geld unserer Bürger umgehen. Nun muss ich feststellen, dass die Partei, die Bundesfinanzminister wie Franz-Josef Strauß und Theo Waigel hervorgebracht hat, die Zukunft unseres Landes am Roulettetisch verspielt hat.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine Damen von der CSU, ist Ihnen eigentlich bewusst, dass Sie mit Ihrem Handeln den Ruf und das Andenken an diese verdienten Politiker beschmutzt haben? Schämen Sie sich eigentlich gar nicht dafür?

(Georg Schmid (CSU): Ein bisschen mäßigen!)

Was haben Sie den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes in der letzten Legislaturperiode zugemutet, um zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen?

(Georg Schmid (CSU): Das war auch richtig!)

Mit welcher Zähigkeit haben Sie manchmal mit wenig Fingerspitzengefühl und Weitblick die letzten Ecken des Haushalts ausgekratzt, um ein paar Euro Einsparpotential zu finden. Für eine Million Euro jährlich haben Sie das Bayerische Oberste Landesgericht geopfert. Heute sehen wir, wie einem Milliardenbeträge in atemberaubender Geschwindigkeit durch die Finger gleiten.

Herr Ministerpräsident, Sie haben von einer Finanzmarktkrise gesprochen. Mit dem Hinweis auf 1929 haben Sie die richtige Größenordnung gewählt. Wir sprechen aber nicht nur von einer Finanzmarktkrise, meine Damen und Herren, wir müssen das Kind beim Namen nennen. Wir befinden uns inmitten einer Staatskrise, deren Dimension dem einen oder anderen von Ihnen offensichtlich noch gar nicht bewusst ist.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Sonst ist es nicht zu erklären, dass einige von Ihnen über die Frage diskutieren, ob dieses Desaster einen Einfluss auf die Haushaltspolitik der nächsten Jahre hat oder nicht. Von Träumereien und vom Gesundbeten werden Sie sich in den nächsten Jahren jedenfalls verabschieden müssen.

Wir reden von einer Staatskrise. Wir hätten ein Risiko von 100 bis 110 Milliarden Euro, wenn wir dem heute nicht zustimmen würden. Auch wenn es Ihnen ganz angenehm wäre - das verstehe ich ja -, kann es nicht angehen, dass wir ganz einfach zur Tagesordnung übergehen. Nein, so geht es nicht. Wir müssen uns mit Verantwortlichkeiten und Verantwortlichen beschäftigen. Wir dürfen nicht achselzuckend feststellen: Shit happens! Nein, so einfach kann man es sich nicht machen. Deswegen kann es nicht sein, dass Herr Dr. Naser immer noch in der Verantwortung steht.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der FDP)

Es kann auch nicht sein, dass Verwaltungsräte von damals auch heute noch der Staatsregierung angehören.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD - Franz Maget (SPD):  
Herr Herrmann geht schon!)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, es kann auch nicht sein, dass Erwin Huber, der noch vor Wochen alle Schuld auf sich genommen hat, jetzt ein Comeback als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Bayerischen Landtags feiert.

(Beifall bei den Freien Wählern und bei Abgeordneten der SPD)

Damals, 2005, hat die Landesbank gemeinsam mit dem Verwaltungsrat in unglaublicher Gier und bar jeder Vernunft 58 Milliarden Euro aufgenommen. Was wäre eigentlich gewesen, wenn sie 100 oder 150 Milliarden aufgenommen hätte? Damals wurden vierzehn Tage vor Wegfall der Gewährträgerhaftung 58 Milliarden zu Lasten der Sparkassen, zu Lasten der Kommunen und zu Lasten des Freistaates aufgenommen, um mit diesem Geld am internationalen Kapitalmarkt zu zocken. Das Geld unserer Steuerzahler wurde

quasi auf den Roulettetisch gelegt. An diesen Vorgängen waren Sie nicht beteiligt, Herr Ministerpräsident. Dennoch muss ich Ihnen sagen: Es ist nicht nachvollziehbar, dass Sie Erwin Huber als Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses berufen haben. Ich bin eigentlich ganz froh darüber, Herr Zeil, dass die FDP das Wirtschaftsministerium für sich reklamiert hat, sonst wäre der Herr Ministerpräsident am Ende noch auf die Idee gekommen, Herrn Dr. Naser zum Wirtschaftsminister zu machen.

Meine Damen und Herren, vor fünf Wochen haben wir eine klare und detaillierte Aufarbeitung der Vorgänge gefordert. Frau Dr. Pauli hat konkrete Fragen gestellt. Diese Fragen werden nicht beantwortet. Der Antrag ist abgelehnt worden. Dafür habe ich kein Verständnis.

Wir reden hier nicht über irgendeine kleine Affäre. Wir reden von Schuld und Verantwortlichkeit. Wenn wir es nicht tun, werden es andere tun. Das, was damals passiert ist, kann durchaus haftungsrechtliche und strafrechtliche Konsequenzen haben. Das ist die Dimension, in der wir denken müssen. Hier geht es nicht um irgendeine Fehleinschätzung, die man leichterhand korrigieren kann. Hier geht es nicht um eine ideologische Auseinandersetzung über eine politische Frage. Hier geht es um ein Versagen, das zivil- und auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen kann. Daher ist es nicht zu begreifen, dass Verantwortliche von damals auch heute noch in der Verantwortung stehen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Das Mindeste, was wir in dieser Staatskrise, deren Ausmaß wir alle noch nicht abschätzen können, verlangen müssen, ist offene und schonungslose Aufklärung und volle Transparenz. Diese Staatskrise haben Sie, meine Damen und Herren von der CSU, maßgeblich mitzuverantworten. Stellen Sie sich vor - Kollege Maget hat es vorhin gesagt -, diese Vorgänge wären ein paar Wochen vor der Landtagswahl ans Tageslicht gekommen. Ich lasse mich nicht darüber aus, ob man damals bewusst etwas unter der Decke gehalten hat oder nicht. Stellen Sie sich aber vor, es wäre ein paar Wochen vor

der Landtagswahl aufgekommen. Dann würden Sie hier nicht mehr mit 92 Abgeordneten sitzen. Dann wäre diese Fraktion der CSU wahrscheinlich das Häuflein der sieben Aufrechten.

(Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler)

Weil Ihnen die Wählerinnen und Wähler in Bayern wegen der vermeintlichen Kompetenz in Wirtschafts- und Finanzfragen

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

mit 43 % einen - rückblickend betrachtet - ungerechtfertigten Vertrauensvorschuss gegeben haben, den Sie bei Kenntnis der wahren Sachlage niemals erhalten hätten, sollten Sie den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber so fair sein, und den Weg für Neuwahlen freimachen.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD - Alexander König (CSU): Sie sollten mal die Verfassung lesen!)

Die Bayern könnten dann ein Parlament wählen, dem die Bewältigung dieser existenziellen Krise zuzutrauen ist.

(Georg Schmid (CSU): Das seid ihr nun aber wirklich nicht, bei aller Liebe!)

- Lieber Herr Schmid, ich wäre in dieser Debatte äußerst vorsichtig.

(Alexander König (CSU): Lesen Sie doch die Verfassung!)

- Die Verfassung kenne ich, lieber Herr Kollege König, da brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen.

(Alexander König (CSU): Das klingt aber nicht so! Sonst würden Sie nicht so reden!)

Herr Ministerpräsident, wenn Sie sich nun schon als erfolgreicher Krisenmanager und Retter Bayerns feiern lassen, eines dürfen Sie nicht vergessen: Den Grund für dieses

Desaster haben wir Ihnen, der CSU, zu verdanken. Wenn ein Schäfer eine Herde mit 100 Schafen ins Meer treibt und drei Schafe vor dem Ertrinken rettet, dann vollbringt er keine Heldentat, welche die Verleihung von Orden und Ehrenzeichen rechtfertigt.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Sie legen uns einen Gesetzentwurf vor, der uns innerhalb weniger Wochen dazu zwingt, 10 Milliarden Euro als Kredit für den Freistaat aufzunehmen. Sie haben gesagt, wenn wir das Geld nicht geben, ist Weihnachten bei der Landesbank Schluss. Daraus kann man nur den Schluss ziehen, dass die 3-Wochen-Frist des Insolvenzrechts bereits läuft. So dramatisch steht die Landesbank offenbar da. Wir sollen deshalb einer Kreditaufnahme zustimmen, die 25 % eines Jahresbudgets beträgt. Das ist eine Kreditaufnahme in einer Dimension - und darüber muss sich in diesem Hause jeder klar sein -, die uns auf Jahre hin in unseren notwendigen Entscheidungen für die Bürgerinnen und Bürger des Freistaats Bayern einschränkt.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): So ist es!)

Der Sparkurs der alten Regierung zwingt uns eigentlich dazu, mehr Geld als bisher in die Hand zu nehmen. Diese 10 Milliarden Euro, über die wir jetzt reden, bräuchten wir doch dringend für eine bessere Bildungspolitik, für flächendeckende DSL-Anschlüsse, für eine bessere Finanzausstattung unserer Kommunen und für viele andere notwendige und wünschenswerte Projekte, beispielsweise in der Verkehrsinfrastruktur, in der Regionalförderung, für den Wegfall der Studiengebühren oder für eine leistungsgerechte Bezahlung unserer Polizei.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Nun werden wir ganz andere Diskussionen zu führen haben, weil Sie unser Geld leichtfertig verspekuliert haben.

(Beifall bei den Freien Wählern und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben wortreich dargelegt, warum der Weg, den Sie zur Bewältigung der Krise vorschlagen, der richtige sei. Sie hätten das wesentlich kürzer machen können. Sie hätten sagen können: Das ist der einzige Weg. Es hätte ohnehin keine Alternative gegeben. Für diese Erkenntnis braucht es nicht die Erleuchtung eines Ministerpräsidenten, das hätte Ihnen jeder Kämmerer einer mittleren Marktgemeinde sagen können. Er hätte das genauso analysiert, möglicherweise nicht mit den getragenen Worten eines erfahrenen Bundespolitikers, aber ganz sicher mit dem gleichen Inhalt. In der jetzigen Situation finden Sie natürlich keinen vernünftigen Menschen, der ohne Not Kapital in dieses Kreditinstitut steckt. Sie selbst haben gesagt, diese Landesbank ist ohne Staatshilfe Weihnachten am Ende. Warum sollte ein vernünftiger Mensch Geld in ein Unternehmen stecken, dessen Existenz von staatlicher Hilfe abhängig ist? Warum sollte die Landesbank von Baden-Württemberg mit unserer Landesbank fusionieren und damit die Risiken unserer Vergangenheit übernehmen? Gott sei Dank gibt es in diesem Land noch Menschen, die verantwortungsvoll mit Geld umgehen. Deshalb waren diese beiden Wege von vornherein, zumindest zum jetzigen Zeitpunkt, versperrt.

Im Grunde genommen gab es nur zwei Möglichkeiten, über die zu entscheiden war: Sichern wir den Fortbestand der Landesbank oder überlassen wir sie ihrem Schicksal? Diese Frage wurde aber bereits im Jahre 2005 beantwortet, als man vor dem Wegfall der Gewährträgerhaftung investiert hat. Damals wurde die Haftung des Freistaats Bayern, der Sparkassen und der Kommunen über die Gewährträgerhaftung begründet. Wir haben diese Schulden bereits, wir tragen die finanzielle Last bereits, um die es hier geht. Die hier geführte Debatte über die Kreditaufnahme ist deshalb lediglich eine technische Verlagerung bereits existierender Verbindlichkeiten: Eine Eventualverbindlichkeit in Form der Gewährträgerhaftung wird ersetzt, teilweise ersetzt, durch eine echte Verbindlichkeit, die zum Zweck der Kapitalzuführung durch den Freistaat Bayern an die Landesbank aufgenommen wird.

Die zweite Frage lautet: Eigenfinanzierung oder Bundesmittel? - Noch am Freitag haben Sie erwogen, einen Teil über Bundesmittel abzuwickeln. Ich habe in der Sitzung am

Freitagvormittag bereits darauf hingewiesen, dass es für mich wenig Sinn macht, sich unter den derzeitigen Bedingungen, 10 % Zinsen, beim Bund zu refinanzieren. Wenn wir vom Freistaat Kredite in einer Größenordnung von 4 bis 5 % bekommen, der Bund aber 10 % verlangt, sparen wir pro Milliarde der Kreditaufnahme 50 bis 60 Millionen Euro an Zinsen. In der jetzigen Situation haben wir alles, aber sicher kein Geld zu verschenken. Deshalb ist es richtig, die Finanzierung komplett aus dem Haushalt zu tätigen.

Ich bin aber schon enttäuscht, Herr Ministerpräsident, dass Sie als Vorsitzender der CSU und als Bayerischer Ministerpräsident die Vorsitzende Ihrer Schwesterpartei CDU, Bundeskanzlerin Angela Merkel, nicht davon überzeugen konnten, dass sie dem Freistaat Bayern wirklich hilft. Wenn ich das aus Sicht eines Scheidungsanwalts analysiere, dann muss ich sagen: Die Ehe ist offensichtlich schwer zerrüttet. Wenn ich mir den Dringlichkeitsantrag zur Steuersenkung ansehe, dann spricht alles dafür, dass ich mit dieser Auffassung absolut richtig liege.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Ich weiß nicht, ob eine rot-grüne Regierung mit dem Freistaat bössartiger umgegangen wäre, als das in dieser Situation die jetzige, von der CDU geführte Bundesregierung tut.

Die von Ihnen vorgeschlagene Lösung ist somit der einzige Weg, den Sie gehen können, um aus diesem Schlamassel halbwegs wieder herauszukommen. Wenn Sie über die Zukunft der Landesbank nachdenken und dabei eine Fusion oder eine Privatisierung ins Auge fassen, dann müssen wir vorher die Hausaufgaben machen. Das Haus, das man verkaufen oder vermieten will, ist derzeit offensichtlich unbewohnbar.

Wir stimmen ausdrücklich der Auffassung zu, dass wir die Sparkassen und deren Eigentümer - die Kommunen - schützen müssen. Das ist für uns elementar. Gerade in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation in Bayern und in Deutschland sind die Sparkassen ein elementarer und unverzichtbarer Bestandteil wirtschaftlicher Stabilität. Wir brauchen unsere Sparkassen als Finanzinstitute des Mittelstands. Wenn wir hier ein Streichholz an die Lunte legen, fliegt uns möglicherweise das ganze Haus um die Ohren. Wenn wir

in dieser Situation die wirtschaftliche Lage nicht sehenden Auges noch dramatisch verschlimmern wollen, haben wir keine andere Wahl, als unsere Sparkassen zu schützen.

(Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler)

Es kann aber nicht wahr sein, Herr Ministerpräsident, dass Sie versuchen, eine Mitverantwortung der Kommunen zu konstruieren. Es ist wohl wahr, dass Vertreter der Kommunen im Verwaltungsrat saßen. Das waren im Übrigen, ganz am Rande bemerkt, keine Freien Wähler. Daraus aber eine kollektive Verantwortlichkeit aller Oberbürgermeister und Landräte konstruieren zu wollen, ist ein billiges Ablenkungsmanöver. Diesen Vorwurf müssen wir mit Entschiedenheit zurückweisen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wir werden dem Haushaltsgesetz im Ergebnis zustimmen. Allerdings nur unter zwei Bedingungen:

Erstens. Wir verlangen eine verbindliche Zusage zur Abarbeitung des Fragenkatalogs, wie wir es in der Plenarsitzung am 24. Oktober 2008 durch Frau Dr. Pauli beantragt haben.

Zweitens. Im Verwaltungsrat der BayernLB müssen künftig alle Fraktionen des Bayerischen Landtags vertreten sein.

Die Zusage zur Beantwortung unseres Fragenkatalogs, unsere Aufforderung zur vollständigen Transparenz wird zwischenzeitlich, zumindest teilweise, durch einen Dringlichkeitsantrag von CSU und FDP unterstützt. Eine späte Einsicht, liebe Kollegen, aber immerhin. Es sollte Ihnen daher nicht schwer fallen, unseren Bedingungen nach Abarbeitung des Fragenkatalogs zuzustimmen. Auch die zweite Bedingung, die Beteiligung aller Fraktionen durch Entsendung von Mitgliedern in den Verwaltungsrat, ist für uns zwingend. Letztlich steht ab jetzt nicht nur die Regierung in der politischen Verantwortung. Unser Bestreben ist es, dass auch der Bayerische Landtag und damit alle in ihm

vertretenen Parteien in die Lage versetzt werden, dem Auftrag der Wählerinnen und Wähler nachzukommen und Bayern in eine gute Zukunft zu führen.

Wir verschließen uns einer konstruktiven Zusammenarbeit nicht. Wir fordern sie sogar ein. Wir werden Mitverantwortung übernehmen. Dazu brauchen wir aber auch das Mitspracherecht.

Abschließend noch einige Worte zu den Auswirkungen auf unseren Haushalt. Herr Ministerpräsident, Sie haben zwischenzeitlich - heute haben Sie es etwas relativiert - so getan, als ob diese Landesbankkrise keine Auswirkungen auf den Haushalt und den Koalitionsvertrag hat. So kann man es im Redemanuskript nachlesen: keine Auswirkungen auf den Haushalt und den Koalitionsvertrag. - An alle diejenigen, die diesem Traum nachhängen, sage ich: Märchen und Legenden haben wir in letzter Zeit genug gehört.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Die Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Mitglieder des Bayerischen Landtags haben Anspruch auf offene Worte und ungeschminkte Wahrheit. Da bin ich beim Kollegen Maget, der das sehr deutlich eingefordert hat. Verschonen Sie uns mit Schönfärbereien und verbreiten Sie nicht, wie in der Vergangenheit oft geschehen, das Gefühl "Weiter so, es ist ja gar nicht so schlimm".

Jeder Versuch, diese Katastrophe kleinzureden, wird Sie später unweigerlich einholen. Schon die Zinsen für die Kreditaufnahme werden uns bei der nächsten Haushaltsberatung erhebliches Kopfzerbrechen bereiten und einen wichtigen Teil der Mittel künftiger Haushalte binden. Und auch die Geschichten vom ausgeglichenen Haushalt können Sie ganz tief in der Schublade vergraben. Der Haushalt ist schon jetzt nicht mehr ausgeglichen. Diese Regierung startet mit einem Minus in Höhe von 10 Milliarden Euro. Das müssen Sie in den kommenden fünf Jahren, wenn Sie überhaupt so lange durchhalten, erst einmal aufholen, wenn Sie am Ende den ausgeglichenen Haushalt über diese Legislaturperiode verkünden wollen.

Dem Koalitionsvertrag mit allen seinen Investitionsprogrammen ist längst die Geschäftsgrundlage entzogen. Eigentlich sollten Sie ehrlicherweise über einen neuen Vertrag verhandeln und die Einzelpunkte mit allen Gruppierungen dieses Hauses zielorientiert diskutieren. Eigentlich sollten Sie den Menschen reinen Wein einschenken und ihnen sagen, dass wir vom finanzpolitischen Musterland ohne neue Verschuldung auf die Ebene der oftmals von Ihnen belächelten Länder im Norden und Osten unserer Republik abgestürzt sind. Wenn Sie so weitermachen, wird es noch so weit kommen, dass Sie sich in Wowereit'sche Platitüden, wie "Arm, aber sexy", flüchten müssen.

(Heiterkeit bei den Freien Wählern - Georg Schmid (CSU): Sie übertreiben!)

- Ich übertreibe nicht, Herr Kollege Schmid. Ich habe gesagt, wenn Sie so weitermachen.

Ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass sich etwas ändert.

(Georg Schmid (CSU): Nicht den Teufel an die Wand malen!)

- Ich träume? - Okay.

(Georg Schmid (CSU): Nein, ich habe gesagt: Nicht den Teufel an die Wand malen!)

Was die Zukunft unserer Landesbank betrifft, so brauchen wir ein klares Geschäftsmodell. Darüber muss die Landesbank gemeinsam mit den Kapitaleignern - momentan noch den Sparkassen, am Ende mit dem Bayerischen Landtag - diskutieren. Klar ist für uns, dass wir die Landesbank auch künftig für unsere heimische Wirtschaft benötigen - nicht als Konkurrenz, sondern als sinnvolle Ergänzung zu den Sparkassen. Es mag dabei manches für eine Fusion in der Zukunft sprechen; eine Privatisierung ist derzeit für uns aber nicht vorstellbar.

Auch ist es mehr als bitter, dass die Belegschaft - davon war herzlich wenig die Rede - nun das ausbaden muss, was andere zu verantworten haben. Deswegen ist es das Mindeste, dass der Vorstand einer künftigen Landesbank proportional zum Stellenabbau

verkleinert wird und dass dieser Vorstand auch mindestens proportional zum Personalabbau auf Gehalt verzichtet.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Die Schritte für die Zukunft können und müssen wir mit Sorgfalt und Bedacht planen, Schritt für Schritt die Weichen stellen, aber uns momentan vor Festlegungen hüten. Da bin ich bei Ihnen. Momentan geht es nämlich nur um nackte Krisenbewältigung, geht es nur darum, das Schiff vor dem Untergang zu retten. Unter den von mir geschilderten Bedingungen ist die Fraktion der Freien Wähler hierzu bereit.

(Beifall bei den Freien Wählern)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Danke schön, Herr Kollege Pohl. - Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Kollegin Bause das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Margarete Bause (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Herr Seehofer, Sie haben bei Ihrer Wahl zum Ministerpräsidenten von einem Neuanfang gesprochen, den Sie in Bayern gerne machen möchten, - nicht nur das, sondern einen absoluten Neuanfang. Ich meine, wenn man sich dieses Desaster heute anschaut, so ist diese Illusion spätestens jetzt endgültig zerplatzt - genauso wie die Finanzmarktblase und die Immobilienmarktblase.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie und Ihre Regierung sind Gefangene, Gefangene des vergifteten Erbes Ihrer Vorgänger. Sie können sich nicht mehr wegducken, was Sie eine Weile versucht haben. Auch bei dieser angekündigten Regierungserklärung wollten Sie zunächst selbst nicht Stellung nehmen und damit offenbar den Eindruck erwecken, als ginge Sie das alles nichts an. Dann haben Sie sich nach entsprechenden Äußerungen und Bemerkungen in der Öffentlichkeit doch eines Besseren besonnen. Sie können sich nicht mehr wegducken.

Wie sehr die Politik der CSU, die Politik Ihrer Vorgänger, Herr Seehofer, verfehlt ist, zeigt Ihr Handeln heute und die Tatsache, dass Sie Ihre Pläne ändern mussten. Sie können Ihre ursprünglich geplante Regierungserklärung zu den Plänen, was Sie in Zukunft machen wollen, heute nicht geben, sondern Sie müssen sich mit den Fehlern der Misswirtschaft und dem Desaster aus der Vergangenheit auseinandersetzen.

Anders, als Sie die Öffentlichkeit und uns hier wieder einmal glauben machen wollten, fängt die Krise der Landesbank nicht erst mit der Finanzmarktkrise an. Und wie oft haben wir in diesem Landtag über die Landesbank diskutiert? - Nicht erst seit einem Jahr, sondern seit vielen Jahren. Immer wieder stand die Landesbank auf der Tagesordnung. Immer wieder ging es um Pleiten und Probleme, um Affären bei der Landesbank. Sie erinnern sich vielleicht noch an die Kirch-Pleite. Daran war die Landesbank mit 2 Milliarden Euro beteiligt. Sie erinnern sich an die Malaysia-Blamage, wo die Landesbank Kreditbetrügnern auf den Leim gegangen ist. Sie erinnern sich an die Asien-Krise, wo die Landesbank mit dabei war und was sie damals 1,3 Milliarden Mark gekostet hat. Immer wieder, seit mindestens zehn Jahren, stehen Krisen und Pleiten der Landesbank auf der Tagesordnung des Parlaments, und immer wieder war es so, dass Sie intern die Kritik nicht annehmen wollten. Immer waren andere schuld, und Sie waren nie in der Verantwortung. Jetzt endlich ist diese Zeit vorbei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Krise - oder die Krisen - der Bayerischen Landesbank haben ihre eigentliche Wurzel darin, dass Sie von der CSU und von der Regierung die Landesbank immer als Instrument Ihrer Machtpolitik, als Instrument für Ihre Spezl-Wirtschaft begriffen haben, dass Sie sie als Instrument für Ihren Größenwahn missbraucht haben, und heute bekommen wir alle die Quittung dafür.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schon 1999 schreibt der "Spiegel": "Die Bayerische Landesbank ist eine Zockerbude" - aktueller denn je. Die "Süddeutsche Zeitung" schreibt, dass die Geschäfte der Landes-

bank aus Großmannssucht und Gier vorangetrieben wurden und zu dem heutigen Wahnsinn geführt haben. Und Herr Huber - weil ich Sie gerade sehe - und andere CSU-Größen hatten bei all diesen faulen Geschäften immer die Finger drin. Herr Huber, Sie erinnern sich vielleicht an die Kirch-Pleite und den Kirch-Kredit; daran, dass dieser Kredit gegeben wurde, waren Sie maßgeblich beteiligt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD - Erwin Huber (CSU): Da war ich überhaupt nicht beteiligt!)

Das Grundproblem ist, dass es sich um politisch, ja um parteipolitisch begründete Geschäfte gehandelt hat. Und es waren die überzogenen Renditeerwartungen der Staatsregierung, des Finanzministers, die die Landesbank in diese risikoreichen, unverantwortlichen Geschäfte getrieben hat. Für die katastrophalen Folgen dieser Politik wollten dieselben Leute dann allerdings nicht mehr verantwortlich sein.

Ich begrüße es deshalb, Herr Seehofer, dass Sie sich heute hierhergestellt und sich entschuldigt haben, dass auch Herr Faltlhauser ein Schreiben verfasst hat, in dem er sich entschuldigt. Ich muss allerdings auch sagen: Das ist das mindeste, was wir hier mit Fug und Recht erwarten dürfen, nach allem, was Sie sich in der Vergangenheit geleistet haben.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und bei Abgeordneten der Freien Wähler)

Eine Entschuldigung ist sicher notwendig, aber sie ist auch billig im Vergleich zur Entschuldung, und die müssen die Bürgerinnen und Bürger Bayerns ausbaden.

Aber was mich maßlos enttäuscht, ist, dass Sie sich zwar auf der einen Seite entschuldigen, aber auf der anderen Seite immer noch kein Einsehen haben in das Kernproblem der Landesbank und dass Sie die gleichen Fehler, die in der Vergangenheit zu den Krisen geführt haben, zum Desaster und zum Ruin der Landesbank, in Zukunft, wenn auch in verkleinertem Maßstab, fortführen wollen. Sie wollen nach wie vor eine alleinige Bayerische Landesbank, eine Bank, die Sie nach Ihrem Gutdünken gestalten können, wo Sie

das Schalten und Walten haben. Genau das ist der Grundfehler, und genau deshalb werden wir in die nächste Katastrophe hineinstolpern, wenn Sie nicht endlich umdenken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Desaster bei der Landesbank zeigt, wie sehr die CSU Bayern heruntergewirtschaftet hat. Das Desaster bei der Landesbank zeigt, wie teuer die Bürgerinnen und Bürger Bayerns heute den Größenwahn der CSU bezahlen müssen. Herr Stoiber, Herr Beckstein, Herr Huber, Herr Falthäuser, Herr Herrmann, Herr Georg Schmid - Sie alle haben Bayern geschadet und Sie haben damit gegen Ihren Amtseid verstoßen. Ich würde auch von Ihnen erwarten, dass Sie sich hierherstellen und persönlich diese Verantwortung übernehmen, persönlich dafür einstehen und persönlich eingestehen, dass Sie für diesen Schaden Verantwortung tragen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und bei Abgeordneten der Freien Wähler)

Ihre heutige Erklärung, Herr Seehofer, war natürlich das Eingeständnis des Versagens, des Versagens der politisch Verantwortlichen, des Versagens vor allem Ihrer angeblichen Wirtschafts- und Finanzkompetenz. Es war ja die Opposition in den vergangenen Jahren, es waren die GRÜNEN, die immer wieder auf die aktuelle Gefährdung der Bank hingewiesen haben, die gesagt haben: Erzählen Sie uns doch nicht so einen Blödsinn. Wir haben ganz andere Zahlen, da wissen wir etwas anderes. Wir haben Aufklärung eingefordert, wir haben nicht lockergelassen, ein tragfähiges Geschäftsmodell zu fordern für die Zukunft, es kann nicht länger so weitergehen. Sie haben es trotzdem noch länger so weiterlaufen lassen bis zu dem bitteren Ende - und ich befürchte, es ist noch nicht einmal das Ende -, vor dem wir heute stehen.

In beispielloser Arroganz und Aggressivität - und dafür war auch wieder Herr Huber ein Paradebeispiel - haben Sie versucht, in den Debatten im Landtag uns die Kompetenz und die Berechtigung abzuspochen. Es ist Ihre Verantwortunglosigkeit, es ist Ihre Großmannssucht und es ist Ihre Inkompetenz, die dem Land dieses gigantische Milliardenloch beschert hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für die Auswirkungen auf die Arbeitsplätze, auf den Haushalt, auf die Investitionen tragen Sie allein die Verantwortung, sehr geehrte Damen und Herren von der CSU.

Trotzdem - das finde ich peinlich und zynisch - brüsten Sie sich immer noch mit Ihrer Politik des ausgeglichenen Haushalts. Mit dem Dogma: Wir brauchen einen ausgeglichenen Haushalt wurde in den letzten fünf Jahren jeder Einschnitt, jede soziale Gemeinheit, jede Zusatzbelastung: für die Familien, für die Studenten, für die Beamten, für alle Menschen hier in Bayern, für die Jugendarbeit - ich könnte die Maßnahmen ellenlang aufzählen - begründet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Angeblich war das Ziel des ganzen Manövers, man dürfe den zukünftigen Generationen keine Schulden hinterlassen. Ha, ha! Da kann man nur noch bitter lachen. Während Stoiber und Falthäuser sich darum kümmerten, den Blinden das Blindengeld wegzunehmen, die Insolvenzberatungen zu streichen, die Familien beim Büchergeld und bei den Studiengebühren zu belasten, die Arbeitszeit zu erhöhen und das Ganze dann auch noch als alternativlos auszugeben, wurden unter Ihren Augen und in Ihrer Verantwortung in der Landesbank die Milliarden verzockt. All das, was wir in den letzten fünf Jahren durch tiefe Einschnitte eingespart haben, wurde um ein Vielfaches verzockt durch Ihre Verantwortungslosigkeit bei der Landesbank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und heute? Heute werden in beispielloser Weise, mit einem atemberaubenden Tempo und in schwindelerregender Höhe mal eben neue Schulden gemacht, Schulden in einer Höhe von 10 Milliarden Euro. Sie wissen, das Land Bayern hat Schulden in Höhe von 23 Milliarden Euro. 10 Milliarden dazu, nahezu 50 % Erhöhung bei den Schulden. Wir zahlen an Schuldendienst und Zinsbelastungen jährlich circa 1 Milliarde Euro. Dazu kommt - je nachdem, was man alles in die zukünftigen Belastungen einrechnet, eine halbe bis eine

dreiviertel Milliarde Euro neu dazu. Da wollen Sie uns heute noch erzählen, Ihre Politik sei richtig und Sie hätten Ihre Wirtschafts- und Finanzkompetenz zum Tragen gebracht? Heute sehen wir das ganze Ausmaß des Desasters.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayerns Bürgerinnen und Bürger wurden geschröpft. Ihnen wurden tiefe Einschnitte zugemutet. Heute zeigt sich, dass das Ganze offensichtlich nicht nur sinnlos, sondern auch noch wertlos war. Auch dafür - Herr Ministerpräsident, Sie sollten jetzt nicht mit der Europaministerin schäkern, sondern zuhören - sollten Sie sich hier bei den Menschen in Bayern entschuldigen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und bei Abgeordneten der Freien Wähler - Georg Schmid (CSU): Das ist nicht falsch! Das war schon die richtige Politik!)

Jetzt zum Rettungsplan und zum neuen Geschäftsmodell. Seit Ihrem Amtsantritt, Herr Seehofer, ist das Desaster der Landesbank Dauerthema. Sie waren sofort als Krisenmanager gefragt - und wie haben Sie diesen Job bisher gemacht? Welche Linie haben Sie denn vorgegeben? Das war keine Linie, höchstens eine Schlangenlinie, die Sie da vorgegeben haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mal haben Sie die Bundeshilfen eingefordert - und waren damit die ersten, die sie gefordert haben. Dann haben Sie gesagt: Wir schultern das alles aus Landesmitteln. Mal wollten Sie die Fusion mit der Landesbank in Baden-Württemberg. Jetzt ist sie wieder des Teufels. Mal wollten Sie Herrn Kemmer hinauswerfen. Jetzt müssen Sie mit ihm die Bank restrukturieren. Mal wollten Sie privatisieren. Dann wieder nicht. Wie hätten Sie es denn gerne, Herr Seehofer? - Vertrauen werden Sie mit einem derart sprunghaften Verhalten ganz sicherlich nicht hervorrufen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Als Krisenmanager, Herr Seehofer, haben Sie bisher eine denkbar schlechte Figur gemacht.

Was legen Sie uns heute vor? - Ihr Vorschlag, Ihr Plan bedeutet zum Ersten eine gigantische Neuverschuldung in Bayern, zum Zweiten den massiven Abbau von Arbeitsplätzen, zum Dritten eine langjährige Belastung für unseren Haushalt und unsere Handlungsmöglichkeiten und zum Vierten: Er bedeutet kein wirklich tragfähiges und zukunftsfähiges Geschäftsmodell für die Bayerische Landesbank. Das ist fast noch das Schlimmste an dem Ganzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir uns denn zur Rettung so hoch neu verschulden müssen; wenn wir die zusätzlichen Belastungen tragen müssen, frage ich: Macht das, was Sie uns heute vorgelegt haben, wenigstens Sinn? - Die Sinnhaftigkeit erschließt sich uns allerdings nicht. Wir haben große Zweifel. Und nicht nur wir, sondern auch Bankexperten und Fachleute aus diesem Bereich sehen in den Plänen zur Umstrukturierung der BayernLB kein tragfähiges und zukunftsfähiges Geschäftsmodell. Die zentrale Frage ist: Wo ist der Markt für diese zusammengestrichene, verkleinerte, gestutzte Landesbank? Wir haben stets gefordert, die Bank solle sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren. Also: Gibt es in Deutschland für dieses Kerngeschäft überhaupt einen Markt, der es rechtfertigt, dass die BayernLB neben weiteren fünf bis sechs Landesbanken alleine bleibt? Wenn wir die Landesbanken in welchem Modell auch immer erhalten wollen, müssen wir darüber nachdenken, ob wir Fusionen und Kooperationen anstreben und mit dem Bund ein Konzept entwickeln wollen. Wenn Sie Ihre eitle Strategie heute noch fortsetzen wollen, produzieren Sie damit die nächsten Probleme für die Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Präsident der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht - BaFin - Jochen Sanio hat vor ein paar Tagen gesagt, er bezweifle die Stabilität einer spezialisierten

Staats- und Immobilienfinanzierungsbank, wie das Konzept für die BayernLB dies vorsehe. Das sei nicht tragfähig.

Zum Zweiten: Der Krach mit und die Konkurrenz zu den Sparkassen ist schon vorprogrammiert. Sie gehen auf das Geschäftsfeld und den Markt der Sparkassen. Sie haben zwar eine bestimmte Höhe festgelegt. Das ist aber kein Geschäft, das die großen Sparkassen nicht auch machen wollen. Die Sparkassen haben in diesem Geschäft die schlechteren Karten, weil sie sich als Minderheiteneigentümer dagegen nicht mehr wehren können. Sie gehen in die direkte Konkurrenz zu den Sparkassen. Die Folge könnte ein Verdrängungswettbewerb mit den Sparkassen sein, was wir uns wirklich nicht wünschen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sehen es auch an Baden-Württemberg. Die Baden-Württembergische Landesbank geht bereits auf dieses Modell. Der Krach und die Probleme mit den Sparkassen fangen schon an.

Eine Überlebenschance gibt es mittelfristig nur in einem bundesweiten Zusammenschluss, in einer Holding oder einem ähnlichen Modell. Sie haben das abgetan. Das ist in keiner Weise gerechtfertigt. Leiten wir diese Prozesse heute nicht ein, werden wir die Folgen dieser falschen Politik in Zukunft möglicherweise noch teurer zu bezahlen haben.

Wenn Sie immer noch meinen, Sie könnten eine Landesbank als Instrument Ihrer provinziellen Eitelkeit behalten, zeigt das, dass Sie aus den Problemen nichts gelernt haben. Die Zeiten des "mir san mir" und "Wir haben unsere eigene Bank" sind endgültig vorbei. Wir haben gesehen, wohin das führt. Es reicht nicht aus, sich für die Fehler der Vergangenheit zu entschuldigen und mit dem bisherigen Kurs etwas kleiner weiterzumachen.

Schlussendlich haben wir und auch sonst niemand mehr Vertrauen in Ihre Wirtschaftskompetenz, in Ihre Kompetenz, eine Bank wirklich erfolgreich führen zu können. Es darf

nicht sein, dass sich die Brandstifter jetzt zur alleinigen Feuerwehr aufspielen. Das ist uns zu gefährlich. Das ist brandgefährlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen: Unsere Zustimmung zu Ihren Plänen werden Sie nicht bekommen.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Für die FDP-Fraktion darf ich Herrn Kollegen Hacker das Wort erteilen. - Bitte schön, Herr Kollege.

**Thomas Hacker (FDP):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vor gut einem Monat haben CSU und FDP einen Koalitionsvertrag unterzeichnet und damit das Fundament für einen Neuanfang in der bayerischen Politik gelegt. Jetzt müssen wir erleben, wie die Tragfähigkeit dieses Fundamentes gleich zu Beginn der neuen Regierung auf eine harte Belastungsprobe gestellt wird.

(Christine Stahl (GRÜNE): Selbst schuld!)

Die Belastungen kommen nicht von innen. Der Koalitionsvertrag ist wohl überlegt und verbindet Zukunftsperspektive mit der Möglichkeit ihrer Realisierung.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Die Belastungen kommen von außen, aus der Vergangenheit. Der Ausbau einer Landesbank zu einem internationalen Finanzinstitut kommt den Freistaat im Nachhinein teuer zu stehen. Das ist bitter.

Ich hätte mir gewünscht, heute zu einer Regierungserklärung sprechen zu können, in der Sie, Herr Ministerpräsident, schildern können, was wir - CSU und FDP - uns gemeinsam vorgenommen haben, um Bayern freiheitlicher zu gestalten und den Wohlstand seiner Bürger auch in Zukunft zu sichern.

(Beifall bei der FDP)

Anstatt Zukunftspläne zu schmieden, geht es heute darum, die Vergangenheit zu bewältigen. Wir haben erkennen müssen, dass die Strukturen des Staates nicht wie die Systeme eines Computers funktionieren, bei dem man kurz auf die "Neustart-Taste" drückt, und alles beginnt von Neuem. Wer im Staat Verantwortung übernimmt, übernimmt auch die Hypotheken, die seine Vorgänger hinterlassen haben.

Wir als FDP haben bereits während der Koalitionsverhandlungen die Gefahren gesehen, die sich aus den Geschäften der Landesbank noch ergeben könnten. Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag gemeinsam klar festgehalten: Die letztendlichen, tatsächlichen Belastungen für den Staatshaushalt seien nicht absehbar, was die Haushaltspolitik in den nächsten Jahren berücksichtigen müsse. Aus den Jahren sind leider wenige Wochen geworden. Wir stehen heute vor der gewaltigen Aufgabe, die Bayerische Landesbank zu stützen. Dazu ist schnelles und entschlossenes Handeln nötig. Ich darf sagen, dass meine Fraktion die Anstrengungen der Staatsregierung nachdrücklich unterstützen wird, weil es hierzu leider keine Alternative gibt.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Die BayernLB ist - wir haben es heute schon gehört - eine systemrelevante Bank. Ihr Untergang wäre eine Gefahr für den gesamten Bankensektor und damit eine Gefahr für den Mittelstand in Bayern, der auf Kredite angewiesen ist, und letztendlich eine Gefahr für viele Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen und deren Familien. Darum geht es heute bei der Rettungsaktion. Der Einsatz von Steuergeldern dient dem Schutz der Bürger, nicht dem Schutz einiger Banker, die in ihrer Arbeit falsche Annahmen und Entscheidungen getroffen haben, und nicht dem Schutz von Politikern, die bei der Wahrnehmung ihrer Aufsichtspflichten sorgfältiger hätten sein müssen.

Die staatlichen Hilfen sichern nicht nur bei der Bank, sondern in ganz Bayern Arbeitsplätze und Existenzen. Dass das nur mit einem massiven Stellenabbau bei der Landesbank selbst möglich ist, bedauern wir sehr. Die FDP-Fraktion will sichergestellt sehen, dass

dieser Prozess für die Betroffenen möglichst planbar und sozialverträglich vonstatten geht.

(Beifall bei der FDP)

Trotz unserer Zustimmung zum Gesamtpaket will ich an dieser Stelle eines festhalten: Schuld an den Problemen der Landesbank ist die Finanzkrise. Schuld sind aber auch die zahlreichen strategischen und operativen Fehler derjenigen, die dort in der Vergangenheit Verantwortung trugen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir heute dem Rettungspaket zustimmen, dann tun wir das in der Erwartung, dass die Landesbank nach ihrer Restrukturierung und Stabilisierung aus der Verantwortung des Staates entlassen wird. Wir haben diese Forderung lange vor den ersten Anzeichen der Krise erhoben. Privatisierung ist für uns kein Ausweg, um das Schlimmste zu verhindern. Wir wollen sie aus grundsätzlichen Erwägungen.

(Beifall bei der FDP)

Uns allen dürfte klar sein, dass in der aktuellen Situation kein Käufer zu finden ist, niemand, der Geld in die Landesbank hinein gibt, und die bayerischen Steuerzahler hätten dann auch nicht die Chance, einen Teil des Geldes, das jetzt eingesetzt wird, wiederzusehen.

Für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, die mit unvorstellbaren Zahlen konfrontiert werden, - - Herr Maget, Sie dürfen nicht immer dem Reiz der großen Zahlen erliegen, wenn die Belastungen zu mehr und mehr aufaddiert werden. Die Multiplikation der Schulden mit dem Zinssatz, der dafür aufzubringen ist, das ist der Rahmen der zukünftigen Zinszahlungen.

(Franz Maget (SPD): 500 Millionen Euro!)

- Wir konnten am Wochenende das Drei- und Vierfache von den 500 Millionen Euro lesen, die Sie prognostiziert haben.

Meine Damen und Herren, wir sollten uns nicht der Hoffnung hingeben, dass die Bürgerinnen und Bürger für die Rettungsmaßnahme allzu großes Verständnis aufbringen. Die Bürger müssen erleben, dass ihnen seitens der aktuellen Bundesregierung Steuer-senkungen hartnäckig verweigert werden. Für strauchelnde Banken aber sind Rettungsschirme da. Dieses Missverhältnis lässt sich nur schwer erklären. Wir erwarten, dass die Ankündigungen endlich wahr werden und die Menschen durch gemeinsame Initiativen, auch aus Bayern heraus, tatsächlich bald mehr Netto vom Brutto haben.

(Beifall bei der FDP)

Die Krise der Landesbank und die Finanzmarktkrise sind eine Mahnung, die Anstrengungen in die richtige Richtung zu verstärken.

Meine Damen und Herren, es wäre wirklich zu kurz gesprungen, wenn es allein bei den Maßnahmen zur Rettung der Landesbank bliebe. Es gilt vielmehr, die Krise für Reformen zu nutzen. Leider müssen wir jetzt zu Zeiten des drohenden Abschwungs das nachholen, was während des zurückliegenden Aufschwungs versäumt wurde.

Auch die schwarz-rote Bundesregierung muss handeln. Eine Politik, die auf höhere Krankenkassenbeiträge und eine größere Steuerlast hinausläuft, ist genau das falsche Signal.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt ist eine Politik für mehr Wachstum gefragt und keine, die das Wachstum zusätzlich belastet.

Meine Damen und Herren, wir sollten uns davor hüten, aus der Schieflage der Landesbank die falschen Schlüsse zu ziehen. Der Staat ist nicht das Allheilmittel gegen alles und jedes. Was der Staat kann, das ist einen Rahmen zu setzen, sodass die Konjunk-

turkrisse kurz und weniger einschneidend wird. Der Staat kann nicht Nachfrageausfälle ausgleichen, und er kann auch keine Arbeitsplätze schaffen. Das können nur die Bürger selbst, indem sie konsumieren, und die Unternehmen, indem sie investieren. Der Staat kann hier nur unterstützen. Am besten geht das durch Steuersenkungen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir sollten nicht die Illusion aufkommen lassen, für die Finanz- und Konjunkturkrise sei unsere gemeinsam getragene soziale Marktwirtschaft verantwortlich. Wer das tut, verwechselt Ursache und Wirkung.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Am Beginn dieser Krise standen staatliche Eingriffe in den US-Immobilienmarkt. Manchmal lohnt es sich, zu überlegen, wo das alles herkommt. Jahrzehntlang war es erklärtes Ziel der Politik in den USA, dass auch Personen Wohneigentum erwerben konnten, die nach deutschen Maßstäben überhaupt nicht kreditwürdig wären. Die US-Notenbank sorgte mit einer dauerhaften Niedrigzinspolitik laufend für billiges Geld. Das war eine falsche Rahmensetzung durch die Politik und blieb nicht ohne Folgen. Die Banker entdeckten profitable neue Geschäftsfelder und die Bürger den Weg zum erträumten Eigenheim, auch wenn sie die Zins- und Tilgungslasten dafür nicht bezahlen konnten. So konnte der Markt für die faulen Immobilienkredite überhaupt erst entstehen, auf dem sich dann Geschäftemacher tummelten, die die Gewinne in die eigenen Taschen schaufelten und, wie wir heute wissen, die Risiken der Allgemeinheit aufbürdeten.

Als diese Kreditkrise dann im Wege der Refinanzierung bei deutschen Banken landete, setzte sich das Politikversagen auf unserer Seite des Atlantiks fort. Bankenaufsicht, Verwaltungs- und Aufsichtsräte, Vorstände sahen eben nicht, was auf uns zukam. Der Staat, das ist unsere feste Überzeugung, ist nicht der bessere Banker. Schauen wir uns die deutschen Banken an, die im Augenblick mit den meisten Problemen zu kämpfen haben: IKB, KfW, SachsenLB, WestLB, Landesbank Baden-Württemberg, BayernLB - alles Banken, bei denen die Politik Mitverantwortung trägt.

Angesichts dieser Bilanz müsste man eigentlich sogar zu der Einschätzung kommen, dass der Staat ein ganz besonders schlechter Banker ist.

(Franz Maget (SPD): 10 Milliarden!)

Nur hat er eben mehr Geld, um in Krisenzeiten als Sicherheitsgarant aufzutreten.

Wir Liberalen wissen, Herr Maget: Kein Markt funktioniert ohne klare Regeln, die von allen eingehalten werden müssen. Deshalb treten wir seit Jahrzehnten für Transparenz der Finanzmärkte ein. Wir stehen für eine klare Ordnungspolitik, deren Fehlen im Finanzsektor jetzt alle so bitter beklagen. Aus dem Grund stützen wir die Rettungsmaßnahmen der Bayerischen Staatsregierung. Das gehört zu unserer gemeinsamen staatspolitischen Verantwortung. Wenn eine Bank, deren Untergang unsere Volkswirtschaft erschüttern kann, in Gefahr ist, dann müssen wir handeln. Leider büßen jetzt die Bürger dafür, was die Politik in der Vergangenheit versäumt hat.

Meine Damen und Herren, gerade weil wir die Landesbank retten wollen, wollen wir mehr Klarheit über die Situation der Banken. Die Aufklärung muss weitergehen. Wir wollen wissen, ob bei riskanten Geschäften Kompetenzen eingehalten und Gesetze beachtet wurden. Wir wollen auch wissen, wo genau strategische und operative Fehler gemacht wurden. Wir haben als FDP diese Forderungen während der Koalitionsverhandlungen gestellt, und wir fordern sie auch jetzt. Wenn die Steuerzahler Milliarden Euro bezahlen müssen, dann haben sie auch ein Recht, zu erfahren, wie genau es dazu kommen konnte.

(Beifall bei der FDP)

Den neuen Umgang, die neue Informationspolitik, hat Herr Fahrenschon bereits eindrucksvoll bewiesen, indem er frühzeitig - nicht nach Wochen des Nichtstuns und Postengerangels - die Fraktionen eingebunden hat, ihnen die notwendigen Informationen gegeben hat, die neugegründete Kommission informiert hat, auch darüber, wie es

weitergehen wird in der Aufklärung und Aufbereitung durch frühzeitiges Zugehen auf alle, die in diesem Parlament sind. Dafür, Herr Finanzminister, unser herzlicher Dank.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Franz Maget (SPD): Das sollte selbstverständlich sein!)

- Selbstverständlich ist es nicht. In der Vergangenheit haben Sie doch anderes erlebt.

Vor dem Hintergrund unserer gemeinsamen Verantwortlichkeit ist es richtig, dass die Belastungen des Freistaates durch die Landesbank gesondert als entsprechender Sonderposten im Haushalt ausgewiesen werden. Denn dann wird nämlich klar, wo die Verantwortlichkeiten dafür liegen. Es sind die Schatten der Vergangenheit, die den Neuanfang für Bayern verdunkeln.

(Franz Maget (SPD): Wen meinen Sie denn? Meinen Sie die CSU?)

Wir als neue Regierungskoalition geben trotz der gewaltigen finanziellen Herausforderung unsere Pläne für die Zukunft nicht auf.

(Beifall bei der FDP)

Wir werden die im Koalitionsvertrag vereinbarten politischen Ziele - Investitionen in Schulen, in Lehrerstellen, in die innere Sicherheit - weiterverfolgen, ohne dafür im nächsten Doppelhaushalt neue Schulden aufzunehmen.

(Beifall bei der FDP)

Und wir wollen, dass jetzt die grundlegenden Voraussetzungen für ein tragfähiges Geschäftsmodell der BayernLB geschaffen werden, damit sie schnellstmöglich konsolidiert und zu einem späteren Zeitpunkt in private Hände überführt werden kann.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb muss sich die Bank auf Bayern konzentrieren und sich von ihrem riskanten Auslandsgeschäft verabschieden.

(Franz Maget (SPD): Was ist jetzt? Doch Privatisierung?)

Angesichts der Schieflage der Landesbank stecken wir unseren Kopf nicht in den Sand. Die Maßnahmen, die getroffen werden müssen, fallen uns schwer. Stellenabbau bedeutet für Tausende von Familien, dass sie in Zukunft ihr Familieneinkommen verlieren. Schulden durch zusätzliche Zinsbelastungen in Höhe von 10 Milliarden Euro sähen auch wir lieber in Zukunftsprojekte investiert. Wir sehen jedoch keine Alternative zu dem vorgeschlagenen Rettungspaket. Der Schutz der Sparkassen und die Versorgung des Mittelstandes, das sind die übergeordneten Ziele, die wir mittragen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Ich bitte den Kollegen Weidenbusch an das Redepult.

**Ernst Weidenbusch (CSU):** Frau Vizepräsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Vorrednerinnen und Vorredner, ich habe Ihnen, Ihren Reaktionen auf die Erklärung des Ministerpräsidenten, sehr sorgfältig zugehört: Sie haben ausgiebig Kritik geübt. Manches, ja einiges von dem, was Sie dabei gesagt haben, erscheint uns - auch wenn Sie teilweise mehr als ein bisschen übertrieben haben - aus heutiger Sicht zutreffend. Von dieser Bewertung will ich allerdings, Herr Kollege Maget und Frau Kollegin Bause, Ihre Vorwürfe der Unwahrheit, des Verschweigens und der Unehrllichkeit ausnehmen.

(Beifall bei der CSU - Franz Maget (SPD): Das hat Ihr Koalitionspartner genauso kritisiert. Ihr Koalitionspartner hat gesagt, schuld sei die Regierung der Vergangenheit gewesen. Das hat er gerade gesagt!)

Wir weisen diese Vorwürfe genauso zurück wie Schuldzuweisungen und persönliche Angriffe. Die Staatsregierung hat Fehler der beiden Eigentümer in der Vergangenheit eingeräumt und sich dafür entschuldigt. Das ist gut und das ist richtig.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Die Menschen in Bayern dürfen erwarten, dass Fehlentwicklungen der debattengegenständlichen Größenordnung Folgen haben, nämlich die Reflexion des eigenen Handelns, die Einsicht eigener Fehler und die Übernahme von Verantwortung. Der frühere Staatsminister der Finanzen, Prof. Dr. Kurt Faltlhauser - Sie, Herr Ministerpräsident, haben dies im Hohen Hause zitiert -, hat sich in der Geradlinigkeit, die die meisten von uns an ihm gekannt - wenn nicht geschätzt - haben, bei der bayerischen Bevölkerung entschuldigt und zu seiner Verantwortung für die Fehleinschätzungen und Fehlentwicklungen bei der BayernLB bekannt.

(Franz Maget (SPD): Und die anderen?)

Das reicht nicht, mag heute im Bayerischen Landtag manch einer und mögen auch viele Menschen in Bayern angesichts der von den Vorrednern bereits skizzierten Lage sagen. Aber bedenken Sie bitte: Alle Wortmeldungen, alle Medienberichte und alle Expertenmeinungen müssen vor der Geschichte erst noch Bestand haben. Wo waren die jetzt allgegenwärtigen Experten in den Jahren, als die ABS-Portfolios bei der BayernLB sukzessive angeschafft wurden?

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wo haben sie ihre ungehörten Warnungen veröffentlicht? Kolleginnen und Kollegen, wissen Sie es? -

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wissen Sie es? - Ich weiß es nicht.

Bei allem Sinn für mediengerechte Auftritte wissen wir alle, dass die Lage keine andere wäre, wenn Prof. Dr. Faltlhauser und Dr. Naser frühmorgens in New York mit den vermeintlichen Superstars der Wall Street auf der Jagd nach den allerletzten Finanzwelt-

Updates durch den Central Park gejoggt wären. Obwohl: Vielleicht hätten sie festgestellt, dass man gar nicht überall und nicht immer mithalten kann und dabei sein muss.

Das Ende der ABS-Engagements der BayernLB ist völlig offen. Noch weiß niemand, ob die Verluste der BayernLB am Ende vielleicht unterdurchschnittlich bleiben,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD - Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

ob man dann den Verantwortlichen überhaupt und allenfalls die Internationalisierung des Instituts vorwerfen kann.

(Franz Maget (SPD): Was machen wir, wenn es ein Gewinn wird?)

Bewegt sich der Verlust schlussendlich im Rahmen des statistischen Mittels? War die BayernLB ein Mitläufer im Rudel, eines von vielen Opfern auf dem Markt? Auch das wissen wir noch nicht. Oder - jetzt kommt der Teil, auf den Sie offenbar warten - stellt sich am Schluss die BayernLB, bezogen auf die Verluste der ABS-Portfolios, als der ganz große Verlierer der Finanzwelt dar? Dann ist wohl all Ihre Kritik berechtigt, aber erst dann. Machen wir uns nichts vor, auch wenn das im Gesamtzusammenhang untergehen wird: Insider wissen, dass die jetzige Rettungsaktion - natürlich in deutlich geringerem Umfang - in Zeiten einer internationalen Bankenkrise auch ohne die Verstrickung der BayernLB in die Subprime-Krise notwendig geworden wäre. Der Wegfall des Vertrauens der Kreditinstitute untereinander und das Verlangen des Marktes nach deutlich höheren Eigenkapitalquoten bei der Refinanzierung auf dem Geldmarkt, die negativen Effekte von Basel II, die Rating- und Währungseffekte wären auch dann aufgetreten, wenn die BayernLB nie auch nur ein ABS-Produkt erworben hätte.

Ich habe in fünf Fragen zusammengefasst, was mich in diesem Zusammenhang in Bezug auf die Politik bewegt:

(Zuruf von der SPD)

Diese fünf Fragen lauten: Hätte erstens die BayernLB die Finger von der bereits in den Achtzigerjahren begonnenen Internationalisierung vom Investmentbanking und dem späteren Erwerb von ABS-Produkten lassen müssen? Hätten zweitens die Verantwortlichen im Vorstand und im Verwaltungsrat der BayernLB die Risiken besser kennen und auf ihre Eingehung verzichten müssen? Hätte drittens der Verwaltungsrat der BayernLB dem Vorstand besser auf die Finger sehen und ihm vielleicht sogar misstrauen müssen? Hätte viertens die Staatsregierung auf einer detaillierten Information über die Geschäfte und die Entwicklung im Kabinett bestehen müssen? Ich möchte Sie mit meiner fünften Frage nicht provozieren, aber man darf sie auch nicht weglassen: Hätte auch die Opposition bereits in den Neunzigerjahren die Entwicklung erkennen können und vor ihr warnen müssen? Zu dieser Frage ist natürlich auch festzuhalten: FDP und Freie Wähler waren zum fraglichen Zeitpunkt nicht im Landtag vertreten.

Wir haben im Moment weder die Zeit noch die Ressourcen, die Vergangenheit, deren Bewältigung diese Fragen ausschließlich betreffen, zu bewältigen und kurzfristig im Detail aufzuarbeiten.

(Tobias Thalhammer (FDP): 1993 hat die FDP einen Antrag auf Privatisierung der Landesbank gestellt!)

Ich bin aber sicher, dass Sie, liebe Vertreterinnen und Vertreter der Opposition, sich zumindest an die ersten vier Fragen jederzeit erinnern werden können.

Aktuell sind wir alle gefordert, die akute Situation in den Griff zu bekommen: der Vorstand der BayernLB, die Staatsregierung und wir, das Parlament. Unsere Partner bei der BayernLB sind die bayerischen Sparkassen. Sechs von zwölf Verwaltungsräten werden von ihnen gestellt. Auch die Kompetenz und die Erfahrung dieses unseres Partners haben nicht ausgereicht, die jetzigen Entwicklungen zu verhindern. Ich bin sicher, dass man es auch vonseiten der Sparkassen gerne vermieden hätte, in diese Situation zu geraten, zu deren Bewältigung die Sparkassen nun nicht mehr selbst in der Lage sind. Ich bin

auch sicher, dass auch die bayerischen Sparkassen und ihre Spitzenvertreter zu ihrer Verantwortung für die jetzige Situation der BayernLB stehen.

Mit der vorgeschlagenen Lösung werden wir, der Bayerische Landtag, unsere Verbundenheit mit den bayerischen Kommunen in besonderer Weise unter Beweis stellen, auch wenn dieser Beweis vielleicht erst lange nach dem Ende der Bewältigung der Finanzkrise entsprechende Anerkennung finden wird. Die Freistellung der bayerischen Sparkassen von den Verpflichtungen, die von den Sparkassen durch ihre Vertreter im Verwaltungsrat in der BayernLB übernommen worden sind, ist die große Leistung des Freistaats Bayern an seine Landkreise, an seine Städte und seine Gemeinden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Diese Leistung allein ermöglicht den unbeeindruckten Fortbestand der bayerischen Sparkassen. Sie sind für die Prosperität Bayerns unverzichtbar, weil sie die kompetenten und verständigen Finanzpartner der Menschen in Bayern und der mittelständischen Firmen in Bayern sind. Das ist auch der Grund, warum wir diese Leistung gern erbringen. Herr Kollege Maget, Sie haben das ausdrücklich begrüßt; das war sehr aufrichtig von Ihnen.

Die vorrangige Verantwortung bei einem Kreditinstitut liegt - daran kann es keinen Zweifel geben - beim Vorstand. Die Führung der BayernLB ist eben gerade nicht durch die Politik, sondern durch den Vorstand erfolgt. Ich finde es daher nur konsequent, dass sich der Vorstand der BayernLB zu seiner Verantwortung bekennt.

(Beifall bei der CSU)

Bundespräsident Köhler hat in einer vielbeachteten Rede gefordert, aus Bankern müssten wieder Bankiers werden. Bankiers haben die Größe, Fehler einzugestehen, sie haben die Größe, ihr Handeln rückblickend auch kritisch zu bewerten. Die Menschen in Bayern, über deren Steuergelder wir hier und heute reden, haben nicht nur einen dahingehenden Anspruch, sie warten auch auf diese Reaktion. Ich darf an dieser Stelle noch-

mals Ihnen, Herr Ministerpräsident, danken, der Sie das Thema auf die politische Tagesordnung gesetzt haben und der Sie in einer Änderung der bisherigen Handhabung das Problem zunächst namhaft gemacht und dann dessen Lösung aktiv und mutig angegangen sind.

(Beifall bei der CSU)

Gerade weil Ihre Regierung erst so kurz im Amt ist, dass man sie eher mit der Lösung der Probleme als mit deren Entstehung in Verbindung bringen kann und wird, ist die von Ihnen ausgesprochene Entschuldigung bei den Menschen für die Fehler der Staatsregierung das richtige Zeichen. Viel zu lange ist uns schließlich als Miteigentümer nicht aufgefallen - oder wir wollten es vielleicht auch nicht sehen -, dass das, was da geschah, schon begrifflich mit einer Landesbank nicht mehr viel zu tun hatte und dass es in einem Ausmaß außerhalb der bayerischen Landesgrenzen stattfand, für das es allenfalls zu Zeiten des Bestehens der Gewährträgerhaftung eine Rechtfertigung gegeben haben mag. Dies alles muss uns Ansporn sein, in einer Weiterentwicklung des Landesbankgesetzes den Auftrag des Institutes so festzuschreiben, dass sich Fehler dieser Art nicht wiederholen, ja, nicht wiederholen können. Mittel dabei können eine wohlüberlegte Reform der Aufsicht über die Landesbank und sicher eine konkretere Fassung des Aufgabenbereiches und -gebietes sein.

Es zeigt sich jetzt auch, dass der Ministerpräsident mit Georg Fahrenschon als Staatsminister der Finanzen eine gute Wahl getroffen hat.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bis an die Grenze der psychischen und physischen Belastbarkeit hat er in den letzten Tagen und Wochen daran gearbeitet, uns, dem Bayerischen Landtag, heute dieses Lösungskonzept präsentieren zu können. Als die Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Krisenbewältigung bei der BayernLB zwar schon beschlossen, aber noch nicht installiert war, hat die Staatsregierung sozusagen im Vorgriff die Fraktionen in Person ihrer jeweiligen finanzpolitischen Sprecher bereits vertraulich über den Fortgang der

Dinge informiert. Zwischenzeitlich hat diese Kommission ihre Arbeit aufgenommen. Bereits am Tag nach der Konstituierung war der Finanzminister zusammen mit dem Vorstandsvorsitzenden Kemmer und dem Sparkassenpräsidenten Dr. Naser in der Kommission zu Gast, um das Sanierungspaket und seine Hintergründe darzustellen. Am morgigen Donnerstag werden Staatsminister Fahrenschon und Vorstandsvorsitzender Kemmer die Kommission detailliert über das künftige Geschäftsmodell informieren.

Der Ministerpräsident hat in diesem Landtag angekündigt, das Parlament ernst zu nehmen, die Diskussion mit ihm zu suchen, gerade weil er selbst stets ein überzeugter Parlamentarier gewesen ist. Seine Handhabung der Angelegenheit Landesbank zeigt, dass er es damit ernst meint. Wir als Landtag werden von der Staatsregierung so informiert, dass wir als Parlament die Diskussion mit der Exekutive führen können. Das Vorgehen des Ministerpräsidenten und seines Finanzministers war auch Vorbild für den Landesbankvorstand und die Sparkassenvertreter, es ihnen gleich zu tun. Herzlichen Dank auch den Vertretern der Landesbank und der Sparkassen für die Zusammenarbeit mit dem Parlament.

Ich möchte, Kolleginnen und Kollegen, den Dank ausdrücklich erstrecken auf alle Fraktionen des Landtags, insbesondere auch die Fraktionen der Opposition, die bei aller Notwendigkeit jeder Partei oder Nicht-Partei, sich im alltäglichen politischen Geschäft zu profilieren, das Interesse Bayerns, die Interessen der Mitarbeiter unseres Kreditinstitutes BayernLB, die Interessen der Menschen in Bayern nicht vergessen haben, die manches, was sie zum eigenen Nutzen hätten verwerten können, im Interesse der Sache für sich behalten haben und stattdessen in nichtöffentlichen Besprechungsrunden und Sitzungen auch mit ihren Fragen und Anregungen einen Beitrag zur Bewältigung der Situation bei der BayernLB geleistet haben. Es gehört sich, auch dafür Danke zu sagen.

Auch als Sie als Opposition letzte Woche das Gefühl hatten, zu lange geschwiegen zu haben, und die Staatsregierung Ihnen ein wenig zu schnell öffentlich zitiert wurde, haben Sie die Nerven bewahrt und Ihren Ärger hinuntergeschluckt. Auch dafür sage ich Danke schön. Dieses Zusammenstehen in ernster Lage wird naturgemäß nicht zu übertrieben

sanftem Umgang der Fraktionen dieses Landtags miteinander führen. Schon jetzt ist schließlich absehbar, dass die Neuausrichtung der BayernLB, deren konsequente Restrukturierung und Redimensionierung zwischen den Fraktionen erheblichen Diskussionsbedarf hervorrufen werden. Ich hoffe, dass wir diese Diskussion im zuständigen Gremium fortsetzen werden - dort gehört sie hin - zum Nutzen der Bank, zum Nutzen Bayerns, zum Nutzen der Menschen. Aber genau dafür sind wir als Parlamentarier schließlich gewählt. Wir sind dafür gewählt, miteinander zu diskutieren zum Wohle Bayerns. Die CSU-Fraktion ist fest entschlossen, auf gute Vorschläge vonseiten der Opposition offener zu reagieren, als das bisher der Fall war.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Die Bezeichnung des Sonderhaushaltstitels mit der Nummer 13 60 intendiert geradezu - diese Bemerkung mögen Sie mir als Jurist erlauben - den Bezug zum Bürgerlichen Gesetzbuch. Dort ist unter dem § 1360 die Verpflichtung zum Familienunterhalt geregelt. Die CSU-Fraktion wird dem Rettungsplan für die Bayerische Landesbank und dem heute eingebrachten zweiten Nachtragshaushalt zustimmen. Wir werden mitwirken an der zügigen parlamentarischen Behandlung, damit der Nachtragshaushalt noch vor Weihnachten verabschiedet werden kann. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Danke, Herr Kollege Weidenbusch. Darf ich jetzt die Kollegin Rupp für die SPD-Fraktion nach vorn bitten? - Danach kommt Herr Fahrenschoen an die Reihe.

**Adelheid Rupp (SPD):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die Lage der Landesbank ist äußerst dramatisch. Das ist uns allen durchaus bewusst, und es wird sich in diesem Parlament dem Gedanken gegenüber, dass hier Maßnahmen ergriffen werden müssen, die zu einer Lösung der Situation führen oder zumindest einen Weg beschreiten, der den Sparkassen und Bürgerinnen und Bürgern in Bayern Sicherheit gibt, sicher

niemand verschließen. Ob das hier nun der vorgegebene Weg ist, ist jedoch in Zweifel zu ziehen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben Kritik am Rettungsschirm des Bundes geäußert. Nun kann ich diese Kritik sogar in Teilen nachvollziehen. Mir ist aber unbegreiflich, dass Sie diese Kritik zwar heute hier äußern, aber damals, als der Rettungsschirm des Bundes in Berlin verhandelt wurde, keine Kritik angebracht haben. Meine Frage an Sie ist einfach: Hat die CSU in Berlin zu wenig Einfluss gehabt, als die Kriterien verhandelt wurden, um diese tatsächlich zu ändern? - Ich denke, dazu sollten Sie Stellung beziehen, weil Sie nämlich im Bund mit in der Verantwortung stehen. Sie haben diesen Rettungsschirm mit aufgespannt. Ich bitte doch um einen anderen Umgang mit dieser Frage.

(Beifall bei der SPD)

Weiter haben Sie geäußert, dass der Doppelhaushalt 2009/2010 unter den Belastungen nicht leiden wird. Dazu habe ich präzise Aussagen vermisst. Ich hätte gern Aussagen gehabt, die klar lauten, wir wollen mehr Lehrer für unsere Schulen, wir wollen die Ganztagschulen ausbauen, wir wollen die Hochschulen sanieren, wir wollen die Studiengebühren abschaffen und wir wollen eine kostenfreie Kinderbetreuung. All diese Dinge sind auf den Weg zu bringen, und da ist die Landesbank sicher kein Grund, dringend notwendige Zukunftsinvestitionen nicht zu tätigen.

Des Weiteren haben Sie heute hier - wir sind nicht überzeugt von dem, was Sie heute dargelegt haben - ein Geschäftsmodell präsentiert, das aus fünf Spiegelstrichen besteht. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ein Geschäftsmodell für eine Landesbank in einer derart schwierigen Situation, das hier reduziert auf fünf Spiegelstriche dargestellt wird, kann von uns so nicht bejaht werden. Das ist uns deutlich zu wenig.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben heute die Chance nicht genutzt, dieses Modell im Detail sowie ein kurzfristiges, mittelfristiges und langfristiges Sanierungskonzept vorzustellen. Eines solchen

Konzeptes würde es dringend bedürfen. Wenn man von den Parteien und den Bürgern und Bürgerinnen erwartet, zehn Milliarden Euro in die Hand zu nehmen, muss auf die Fragen nach dem Geschäftsmodell, nach dem Sanierungsbedarf und nach dem Sanierungskonzept deutlich mehr Wert gelegt werden, als Sie das heute in Ihrer Rede getan haben.

Des Weiteren erwarte ich von Ihnen ein klares Nein zur Privatisierung.

(Beifall bei der SPD)

Zunächst hat die CSU gemeinsam mit den Sparkassen und dem Landesbank-Vorstand die Landesbank fast in den Ruin getrieben. Jetzt soll der Bürger und die Bürgerin die Landesbank retten, damit sie dann anschließend von der FDP privatisiert werden kann. Wenn die private Bank dann wieder Probleme hat, soll schlussendlich wieder der Steuerzahler herhalten. Das kann kein Weg für die Landesbank in Bayern sein.

(Beifall bei der SPD)

Das widerspricht auch dem Geschäftsmodell; denn wenn Sie dem Geschäftsmodell eine Chance geben und tatsächlich glauben, dass es zukunftsfähig ist, gibt es keinen Grund, die Landesbank zu privatisieren. Entweder das Eine oder das Andere. Beides gleichzeitig ist aber absolut unlogisch.

Ich hätte auch mehr Aussagen in Richtung auf die Mitarbeiter erwartet, nicht nur eine Entschuldigung. Hier geht es um die materielle Existenz von Menschen. Ich hätte erwartet, dass Sie heute klare Ausführungen zur Sozialverträglichkeit und zum Umgang mit den Mitarbeitern machen. Ich hätte auch erwartet, dass Sie eine klare Aussage zum Sozialplan machen und hier insbesondere noch einmal erklären, dass die Personalvertretung künftig in einem neu zu konstruierenden Verwaltungsrat oder Aufsichtsgremium welcher Art auch immer einen Platz haben muss. Das ist nicht erfolgt. Dies ist übrigens eine Forderung, die die SPD bereits seit zehn Jahren stellt.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben sich auch nicht zum Aufsichtsgremium geäußert. Sie haben nicht erklärt, wie die Aufsicht künftig stattfinden soll. Wir brauchen diese Aufsicht, und zwar in anderer Art und Weise, als sie in der Vergangenheit erfolgt ist. Wir brauchen in dieser Aufsicht die Personalvertretung. Wir brauchen außerdem Sachverständige in dieser Aufsicht und - das sage ich für alle Oppositionsparteien - Vertreter der Opposition in diesem Verwaltungsrat oder wie auch immer zu nennenden Konstrukt. Das darf kein closed shop sein, in den niemand reinschauen darf. Wenn diese zehn Milliarden Euro fließen - ich gehe davon aus, dass der Landtag sie mit Mehrheit, in welcher Konstruktion auch immer, beschließen wird -, dann muss genau kontrolliert werden, wie die Geschäfte der Landesbank künftig getätigt werden. Das darf nicht mehr so ablaufen, wie es in der Vergangenheit war.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Ich erwarte, dass schnellstens ein Worst-Case-Szenario vorgelegt wird. Das muss nicht hier im Plenum, sondern das kann auch in der Kommission geschehen. An dieser Stelle möchte ich Herrn Kollegen Weidenbusch für eine gute und kollegiale Zusammenarbeit danken. Wir wollen wissen, welche Risiken das ganze Geschäft in sich birgt. Das erwarten wir. Wenn wir überhaupt noch einen Schritt auf Sie zugehen sollen, müssen Sie diese Kriterien erfüllen. Der Kollege von den Freien Wählern hat gesagt, die Sparkassen hätten die Verantwortung mitgetragen. Natürlich müssen die Sparkassen diese Verantwortung mittragen. Es liegt nicht in unserer Hand, Herrn Dr. Naser zu entlassen. Ich bitte aber alle Parteien im Bayerischen Landtag, darauf hinzuwirken, dass Herr Dr. Naser gehen muss. Es kann nicht sein, dass Einzelne zur Verantwortung gezogen werden und der Sparkassenverband so tut, als wenn er an dieser ganzen Geschichte nicht beteiligt gewesen wäre.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Die Brandmauer, die gegenüber den Sparkassen eingezogen wird, ist eine völlig richtige Maßnahme. Allerdings muss ich auch sagen: Personen, die diese Krise mitverursacht

und damit eine Mitverantwortung haben, haben in dem künftigen Konstrukt nichts mehr verloren.

Ich bitte die CSU, über eine Sache nachzudenken: Herr Kollege Huber ist der wirtschaftspolitische Sprecher der CSU. Er trägt die Hauptverantwortung dafür, was in den letzten Monaten passiert ist, zum Beispiel für die Nichtinformation und den Stil im Umgang mit der Opposition. Herr Kollege Fahrenschohn hat dies dankenswerterweise etwas anders gehandhabt. Herrn Huber zum wirtschaftspolitischen Sprecher zu machen, halte ich nicht für richtig und für die Bürgerinnen und Bürger in Bayern für eine komplette Zumutung.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben jetzt zwei Wochen Zeit, uns unter Berücksichtigung der von mir benannten Kriterien und Punkte zu überzeugen. Legen Sie ein detaillierteres Geschäftsmodell vor. Sorgen Sie dafür, dass für die Mitarbeiter tatsächlich Lösungen gefunden werden, die ertragbar sind. Wir wissen, dass diese Lösungen sicherlich nicht gut sein werden. Sorgen Sie dafür, dass diese einzelnen Punkte tatsächlich eingelöst werden und versuchen Sie, uns zu überzeugen. Ich bin mir sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger derzeit von diesem Zehn-Milliarden-Paket noch nicht überzeugt sind. Versuchen Sie, so redlich und so offen wie möglich mit dieser Situation umzugehen.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Vielen Dank, Frau Kollegin Rupp. Ich bitte jetzt Herrn Staatsminister Fahrenschohn nach vorn. Sie haben ums Wort gebeten.

**Staatsminister Georg Fahrenschohn (Finanzministerium):** Frau Vizepräsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich stehe heute in doppelter Funktion vor Ihnen, nämlich als Finanzminister des Freistaates Bayern und gleichzeitig als Verwaltungsratsvorsitzender der Bayerischen Landesbank. In beiden Funktionen werbe ich um Unterstützung.

Ich möchte eine Vorbemerkung machen, die mit der öffentlichen Debatte über eine Stabilisierungsmaßnahme für die siebtgrößte Bank in Deutschland in Zusammenhang steht. Einerseits ist diese öffentliche Debatte angesichts der Ausmaße und der Strukturen der Anteilseigner der Bayerischen Landesbank richtig und wichtig. Andererseits bitte ich aber alle Beteiligten, in der aktuell höchst labilen Situation der Weltfinanzmärkte, der Bankenlandschaft in Europa und Deutschland und auch der wirtschaftspolitischen Situation in Bayern verantwortungsvoll mit dieser öffentlichen Debatte über eine systemrelevante Bank umzugehen.

Ich möchte deshalb vor Unterstellungen warnen und bitte darum, die Debatte vorurteilsfrei zu führen. Frau Kollegin Rupp, das bezieht sich natürlich auch auf das Geschäftsmodell. Ich glaube, dass es zuviel verlangt ist, in einer öffentlichen Debatte über das Geschäftsmodell einer Bank zu referieren. Sie haben aber vollkommen recht: Dazu bietet die Kontrollkommission des Bayerischen Landtags die idealen Voraussetzungen. Wir werden deshalb schon morgen die Diskussion mit den Mitgliedern der Kontrollkommission führen, genauso, wie wir in der Vergangenheit aktiv den Landtag und damit die Vertretung der Anteilseigner der Bürgerinnen und Bürger Bayerns vorzeitig in Kenntnis gesetzt und ins Vertrauen gezogen haben.

In diesem Zusammenhang will ich mich ausdrücklich bei allen Fraktionsvorsitzenden, bei allen finanzpolitischen Sprechern und bei allen Mitgliedern der Kontrollkommission bedanken. Sie haben in den letzten Wochen einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass wir trotz höchst angespannter Lage am deutschen Finanzmarkt und in der Bayerischen Landesbank vertrauensvoll informieren und konsequent an der Lösung der Probleme arbeiten konnten. Ich bitte, uns diese Art der Zusammenarbeit auch in Zukunft anzubieten, weil wir nur dann auch den Bayerischen Landtag, die Parlamentarier, genauso aktiv einbinden können. Es handelt sich immer auch um eine Verantwortung gegenüber knapp 19.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dabei allein in München um 4.500 Mitbürgerinnen und Mitbürger des Freistaats Bayern.

Mir ist in der heutigen Debatte wichtig, noch einmal deutlich herauszuarbeiten, wie die Krise der Weltfinanzsysteme, aber auch die sich abzeichnende Krise der Wirtschaft in Deutschland und auf der Welt die Situation der Bayerischen Landesbank in den letzten Wochen erheblich verschärft hat. Der Betrag von 6,4 Milliarden Euro, der in der Verwaltungsratssitzung am 21. Oktober präsentiert wurde, der nötig war, um die Bank zu stabilisieren, hat sich in den letzten vier Wochen aus ganz unterschiedlichen Gründen auf 10 Milliarden Euro erhöht. Das geschah erstens deswegen, weil wir weiter negative Auswirkungen aus dem ABS-Portfolio auf die Gewinn- und Verlustrechnung der Bank haben, zweitens deswegen, weil die Bank aufgrund der prozyklischen Wirkung von Basel II gestiegenen Eigenkapitalanforderungen nachkommen muss, drittens deswegen, weil Währungseffekte, insbesondere der steigende Dollarkurs, das notwendige Eigenkapital, das die Bank vorzuhalten hat, um das Portfolio abzudecken, gestiegen ist, und viertens, weil der Lenkungsausschuss und der Leitungsausschuss des SoFFin ihre Arbeit - daran darf ich an dieser Stelle auch erinnern, am 21. Oktober hat der Verwaltungsrat in der laufenden parlamentarischen Beratung des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes vorgebracht - erst nach dem 21. Oktober aufgenommen haben. Erst danach sind wesentliche Festlegungen, die auch die Bayerische Landesbank betreffen, getroffen worden. So verlangt der SoFFin - der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung - für alle antragstellenden Banken eine Kernkapitalquote von 8 % und darüber hinaus die Einbeziehung der Marktrisikopositionen in die Berechnung des Kapitalbedarfs - die vierte und die fünfte Erhöhung des Eigenkapitals.

Meine Damen und Herren, um die besondere Herausforderung umfassend darzustellen, muss ich dem Bayerischen Landtag heute auch deutlich machen, dass der Betrag von 10 Milliarden Euro, der jetzt erforderlich ist, um die Bank zu stabilisieren, nur eine Momentaufnahme darstellt; denn, meine Damen und Herren, niemand - kein Abgeordneter, kein Mitglied einer Regierung, kein Banker und auch kein wirtschaftswissenschaftlicher Spezialist - kann heute abschätzen, wie sich die Weltwirtschaft weiterentwickelt, insbesondere ob Kreditnehmer in großem Umfang ausfallen; das hätte negative Auswirkungen auf unsere Bank. Genauso wenig werden Sie jemanden finden, der Ihnen erläutern

kann, wann endlich die milliarden- und abermilliardenschweren Unterstützungsprogramme der Vereinigten Staaten von Amerika, Europas, der nationalen Staaten in Europa und auch von Deutschland wirken. Das hätte nämlich positive Effekte auf die Situation der Bank.

Ich kann sehr wohl nachvollziehen, dass Sie heute die Frage danach stellen, wie sich das Geschäftsmodell der Bank als Lehre aus der Krise verändert. Ich will deshalb noch einmal darstellen, dass wir eine Drehung des Geschäftsmodells um 180 Grad vorhaben; denn, meine Damen und Herren, in Zukunft steht die Fokussierung auf Bayern, die Fokussierung auf Deutschland

(Franz Maget (SPD): Konkurrenz zu Sparkassen!)

und die Fokussierung auf europäische Nachbarstaaten und Regionen im Vordergrund. Die Bank wird sich ganz konkret zu 100 % aus dem asiatischen Raum zurückziehen. Die Bank wird ihren Auslandsstützpunkt in New York um 50 % reduzieren.

(Zuruf des Abgeordneten Sepp Daxenberger (GRÜNE))

Sie kann den Stützpunkt New York deshalb nicht aufgeben, weil wir in der Gewährträgerhaftung gegenüber dem Dollarraum stehen, und diese Haftung wird an der Repräsentanz und auch am aktiven Betrieb des Geschäfts am Börsenplatz New York verankert.

Wir konzentrieren uns in Zukunft auf nur noch vier Kerngeschäftsfelder: auf die Versorgung des Mittelstands mit Krediten, auf die Großkunden einschließlich institutioneller Kunden und natürlich auf die Sparkassen, auf das Geschäftsfeld gewerbliche Immobilien und auf interessante Privatkunden, und das alles in engster Abstimmung mit den bayerischen Sparkassen, weil wir auch in Zukunft die Girozentralbank für die bayerischen Sparkassen bleiben werden. Gleichzeitig trennen wir uns konsequent von langfristig nicht profitablen Aktivitäten. Wir werden das komplette Geschäftsfeld der sogenannten Financial Institutions, also der Geschäfte, die eben nicht mit der Realwirtschaft, nicht mit

dem Mittelstand, nicht mit gewerblichen Immobilien verbunden waren, sondern zur Finanzierung von Akteuren auf dem Finanzmarkt herangezogen wurden, konsequent schließen. Das ist eine wichtige Veränderung des Geschäftsmodells und eine zentrale Maßnahme, um auch die dringend notwendige Reduktion von Risikoaktiva, die wir in den Märkten haben und die uns jetzt zu Opfern der Finanzmarktkrise machen, durchzuführen.

Wir müssen schließlich signifikante Kosteneinsparungen und Effizienzsteigerungen in der Bank realisieren. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, uns allen ist sehr wohl bewusst, dass dieser Prozess mit schmerzlichen Einschnitten für die Bank und für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbunden ist.

Ich muss aber an dieser Stelle deutlich herausarbeiten, dass dieser Prozess unumgänglich ist, nicht allein aufgrund der schwierigen Lage der Bank, sondern auch deshalb, weil man uns die Einlage von Geld der Steuerzahler nur unter den Auflagen und unter der Aufsicht der Europäischen Kommission und des SoFFin erlaubt. Vor dem Hintergrund ist die Umstrukturierung ein zentraler Baustein für die Genehmigung unseres Stabilisierungspakts.

Die Änderung des Geschäftsmodells hat zum Kern, dass wir in Zukunft die Kunden in den Mittelpunkt der Tätigkeit der Bank stellen. Die wesentlichen Kunden werden in Zukunft nicht mehr Banken und Finanzdienstleister auf der ganzen Welt sein, sondern das werden Mittelständler, Unternehmen und Menschen aus Bayern, aus Deutschland und aus Europa sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, neben dieser Kundenfokussierung ist auch eine konsequente Restrukturierung und eine deutliche Verkleinerung erforderlich. Hierzu wird die BayernLB ihre Risikoaktiva um circa ein Drittel reduzieren. Gleichzeitig werden bestimmte Geschäftsaktivitäten zu 100 % aufgegeben. Dazu zählt neben dem Investment- und dem ABS-Portfolio das komplette, nicht kundenbezogene Geschäft. Diese organisatorische Umsetzung wird in der Ausgliederung einer selbstständigen Einheit,

die wir im nächsten Schritt zu definieren haben, vollzogen. In diesem Zusammenhang will ich in aller Kürze darauf eingehen, warum wir glauben, dass das Hilfsangebot des Bundes in einer Dimension nicht mit den notwendigen Schritten für die Bayerische Landesbank in Einklang zu bringen ist. Die Vertreter des SoFFin haben am Sonntag von uns verlangt, alle Aktivitäten der Bayerischen Landesbank, die mit Risiko verbunden sind, in eine selbstständige Einheit außerhalb der Bank auszugliedern, um damit alle Risiken zu 100% abzuschirmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei aller Wertschätzung für das Hilfspaket der Bundesrepublik Deutschland möchte ich dazu bemerken: Wenn Sie jegliches Kreditengagement, alle Kreditersatzgeschäfte, alle strukturierten Produkte aus einer Bank herausnehmen, die nicht strategischen Anteile der Bank dazustellen, das über das komplette Inland und Ausland durchdeklinieren, sind Sie zum einen wochen- und monatelang mit der Abgrenzung beschäftigt und zum anderen haben Sie am Ende eine sogenannte bad bank neben der eigentlichen Bank. Für die bad bank haben Sie die komplette Verantwortung. Für die eigentliche, übrig gebliebene Restbank finden Sie Tausende von privaten Investoren. Dafür brauchen Sie keine Bundeshilfe mehr. Deshalb war es richtig, meine Damen und Herren, dass wir am Sonntag die Entscheidung getroffen haben, das Angebot des Bundes für Liquiditätsgarantien zu nutzen, um den bayerischen Mittelstand mit Krediten zu versorgen, und das zweite daran gekoppelte Angebot der Bundesbeteiligung abzulehnen.

Ich will, Herr Maget, in aller Kürze auf den Nachtragshaushalt eingehen, weil mir wichtig ist, dass Sie an einer Stelle akzeptieren, dass wir auch an dieser Stelle transparent gearbeitet haben. Wir werden den zweiten Nachtragshaushalt 2008 einzig und allein dazu nutzen, um die Kreditermächtigung des Parlaments zu erbitten und um 10 Milliarden Euro aufnehmen zu können. Wir werden diese Ausgabeermächtigung für die Kapitalzufuhr an die BayernLB in Höhe der gesamten 10 Milliarden entsprechend in einem Sonderkapitel ausweisen. In diesem Jahr werden der BayernLB tatsächlich allerdings nur 3 Milliarden zugeführt. Dennoch brauchen wir im Nachtragshaushalt 2008 schon die

Ermächtigung für die zweite Tranche. Denn diese zweite Tranche in Höhe von 7 Milliarden muss bereits im ersten Quartal eingezahlt werden. Zu diesem Zeitpunkt wäre der Doppelhaushalt 2009/2010 auch bei unserem ehrgeizigen gemeinsamen Zeitplan noch nicht abgeschlossen. Wir werden daher eine Ausgabeermächtigung im zweiten Nachtragshaushalt 2008 nutzen, die dann nach 2009 übertragen werden kann. Die vorgesehene Kapitalerhöhung werden wir in vollem Umfang über Kreditaufnahmen finanzieren. Entsprechend der Ausgabeermächtigung ist daher auch eine Kreditermächtigung über den gesamten Betrag der Kapitalzuführung enthalten.

Für die zweite Säule, Herr Abgeordneter und Fraktionsvorsitzender Maget, für die Abschirmung des ABS-Portfolios in Höhe von insgesamt 4,8 Milliarden brauchen wir zwei Ermächtigungen. Weil wir derzeit nach Berechnungen der Bank von einer tatsächlichen Inanspruchnahme der Garantien in Höhe von 1,625 Milliarden Euro ausgehen müssen, benötigen wir in dieser Höhe eine Verpflichtungsermächtigung. Sie wird ebenfalls im Sonderkapitel aufgenommen. Der Herr Ministerpräsident hat schon vorhin davon gesprochen, dass wir momentan in der Bewertung möglicher Ausfälle auf eine Höhe zwischen 2,5 und 3 Milliarden Euro ausgerichtet sind.

(Franz Maget (SPD): Wie finanzieren Sie das?)

Über den restlichen Beitrag in Höhe von 3,175 Milliarden Euro wird die im Haushaltsgesetz enthaltene Garantieermächtigung dann angepasst.

Ausgaben für die Abschirmung sind weder im zweiten Nachtrag 2008 noch im Doppelhaushalt 2009/2010 zu veranschlagen.

(Franz Maget (SPD): Aber wenn die Verpflichtungsermächtigung eintritt?)

Denn die Bundesaufsicht verpflichtet uns, eine erste Zwischenabrechnung erst im Jahr 2011 durchzuführen. Sinn und Zweck des Schirmes ist es nämlich, das gesamte ABS-Portfolio in der Höhe abzuschirmen, wie es die Bundesbank, die Aufsicht und auch der SoFFin von uns verlangen. Dann müssen wir dem amerikanischen Immobilienmarkt

auch die Zeit geben, sich entsprechend zu entwickeln. Weil wir heute nicht wissen, wie viele Ausfälle hinter jedem einzelnen Geschäft stehen, brauchen wir die Zeit von drei bzw. sechs Jahren, um am Ende die Bank heute vor einer nach meinem Dafürhalten zu optimierenden Bewertungsmethode zu schützen. Denn diese Debatte müssten wir eigentlich in Deutschland, in Europa führen: Haben wir damals, in den Jahren 1980 und folgende, richtig gehandelt, als wir uns beim HGB darauf konzentriert haben, die realen Werte zu hinterlegen und auf die reale Bewertung von Kunden und Geschäften Wert gelegt haben? Gehen wir nicht mit der Kopie der amerikanischen Grundphilosophie, auf den Tageswert zu setzen, in die falsche Richtung? - Denn sobald wir keinen Tageswert haben, müssen wir quasi virtuelle Abschreibungen durchführen, die uns am Ende vielleicht gar nicht ins Haus stehen.

(Franz Maget (SPD): Wozu brauchen Sie die Verpflichtungsermächtigungen?)

- Die Verpflichtungsermächtigungen brauche ich, damit der Schirm, den wir für das ABS-Portfolio aufzuspannen haben und der die Grundvoraussetzung dafür ist, dass wir in der Bank arbeiten können, zu 25 % bezogen auf das ABS-Portfolio - knapp 20 Milliarden - auch hält und die möglichen Ausfälle abdeckt. Ich kann nicht einen Schirm erklären, ohne die Garantie für eventuelle Ausfälle im Haushalt zu hinterlegen.

(Franz Maget (SPD): Und wenn Sie die Ausfälle finanzieren müssten?)

Frau Präsidentin, ist das eine Zwischenfrage? - Dann hätte ich die Bitte, dass Sie meine Redezeit kurz anhalten.

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Wenn der Kollege Maget eine Zwischenfrage stellen möchte, sollte er sie anmelden. Zwischenrufe sind aber auch erlaubt, lieber Herr Kollege Fahrenschon, die allerdings den Gedankengang des Redners nicht stören dürfen. Wenn dem so sein sollte, bitte ich den Herrn Kollegen Maget natürlich, den Geschäftsgang einzuhalten.

**Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium):** Ich bin ständig bemüht, die Abgeordneten in die Gedankengänge des Finanzministers einzubinden.

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Danke schön, Herr Fahrenschon.

**Franz Maget (SPD):** Ich werde versuchen, dem Geschäftsgang genau zu folgen. - Wenn Sie eine Garantie im Haushalt haben und einen Teil dieser Garantie aber ausdrücklich neu als Verpflichtungsermächtigung definieren, müssen wir doch damit rechnen, dass davon tatsächlich Gebrauch gemacht wird. Wenn von dieser Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1,6 Milliarden Euro tatsächlich Gebrauch gemacht werden muss, ist doch die Frage, wie Sie diese Verpflichtungsermächtigung auf der Einnahmenseite gegenfinanzieren.

**Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium):** Herr Maget, da kommt mir nun die Tatsache entgegen, dass die Frage, wann es zu Ausfällen in dem Portfolio kommt, den Rahmen des Doppelhaushalts 2009/2010 sprengt. Das ist so ähnlich wie bei der Betrachtung der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung. Der Schirm läuft über sechs Jahre. Diese Maßnahme ist mit Bundesbank und wird mit Europäischer Kommission abgestimmt. Denn wir alle wissen, dass wir dem amerikanischen Immobilienmarkt diese Zeit geben müssen.

(Franz Maget (SPD): Ja, aber wie finanzieren Sie das?)

Die BaFin, die Bankenaufsicht, verlangt von mir, dass ich im Jahr 2011 eine erste Zwischenbilanz erstelle. Ich weiß nicht, wie viele Ausfälle entstehen. Wenn sie entstehen, muss ich sie finanzieren. Deshalb steht eine Verpflichtungsermächtigung im Nachtragshaushalt. Sie reicht aber in den übernächsten Doppelhaushalt hinein. Bis dahin müssen wir in der Lage sein, die entsprechend angelaufenen Ausfälle zu schultern. Die Bank übernimmt die ersten 1,2 Milliarden; der Freistaat steht danach in der Verpflichtung, die Ausfälle zu tragen.

(Franz Maget (SPD): Richtig. Also, Sie wissen es nicht!)

- Lieber Herr Maget, ich weiß nicht, wer in drei Jahren Fraktionsvorsitzender der SPD ist; genauso wenig weiß ich, wie in drei Jahren die Ausfälle im ABS-Portfolio der Bayerischen Landesbank sind.

(Beifall bei der CSU - Franz Maget (SPD): Der Fraktionsvorsitz bei der SPD ist aber weniger riskant!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme deshalb zum Schluss. Ich bitte Sie, zu akzeptieren, dass wir heute nicht in der Lage sind, uns mit der Frage auseinanderzusetzen, wie sich die Landschaft der Landesbanken weiter entwickelt.

(Franz Maget (SPD): Gar nichts wissen wir!)

Lieber Herr Maget, Sie haben in Ihrer Rede auch zwei Alternativen referiert: Sie haben einerseits ganz den Beschluss des SPD-Bundesvorstands folgend die eine Landesbank für ganz Deutschland gefordert. Gleichzeitig haben Sie sich ein kleines Hintertürchen offengelassen und gesagt: Es können auch zwei oder drei sein.

(Franz Maget (SPD): Es können auch zwei sein!)

Lieber Herr Maget, deshalb schlage ich Ihnen vor, dass wir gemeinsam über den Stabilisierungspakt des Freistaates Bayern reden. Setzen wir uns als Erstes damit auseinander, wie wir die Krise bewältigen, wie wir die Bank stabilisieren, wie wir die Sparkassen schützen und wie wir die Kreditversorgung des bayerischen Mittelstands sicherstellen.

Lassen Sie uns zweitens darüber beraten, wie wir die Bank drehen können, wie wir von der alten Strategie wegkommen, die uns in allen Bereichen Schwierigkeiten macht, und wie wir den Fokus auf die Kunden, auf Bayern, auf die Sparkassen und am Ende auf ein gesundes Geschäft richten können. Lassen Sie uns zum Dritten an dieser Strukturdebatte teilhaben. Ich glaube, wir haben jetzt erst die Pflicht, die Bank zu stabilisieren und das Geschäftsmodell gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu entwickeln. Erst dann sind wir in der Lage, die philosophische Debatte darüber zu führen, ob eine, zwei oder drei Landesbanken in Deutschland noch eine Chance haben.

(Beifall bei der CSU)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Bevor ich Herrn Aiwanger bitte, für die Freien Wähler ans Rednerpult zu kommen, möchte ich in meiner neuen Funktion Personen in der Ehrenloge begrüßen. Der ehemalige Landtagspräsident, Herr Glück, ist hier. Es trifft sich wunderbar, dass ich Sie in der Ehrenloge begrüßen darf. Ebenfalls begrüßen darf ich Herrn Fischer-Heidlberger vom Obersten Rechnungshof und Herrn Dr. Vogele.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Ich begrüße Sie ganz herzlich. Sie brauchen heute viel Sitzfleisch und viel Geduld, Sie haben sich aber eine sehr spannende Sitzung ausgesucht. Jetzt Herr Aiwanger.

**Hubert Aiwanger (FW):** Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Gesetz zum Nachtragshaushalt steht eine dürre Zahl, nämlich die Zahl zehntausend. In Klammern steht darüber, dass es Millionen sind. 10 000 Millionen Euro stehen hier zur Debatte. Ich glaube, mit dieser Zahl ist der Wechsel des Landes Bayern vom vermeintlichen Musterknaben zum kranken Mann von Deutschland, wenn nicht zum kranken Mann von Europa symbolisiert. Ich will das so drastisch formulieren, weil damit ein Gebilde in sich zusammengebrochen ist, das lange Zeit aufrecht erhalten wurde, dessen dramatisches Ende wir heute noch nicht überblicken. Die Freien Wähler haben Neuwahlen ins Spiel gebracht. Ich glaube, das ist nicht ganz abwegig. Wenn wir die Situation, die zu dieser Entwicklung geführt hat, analysieren, müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass Leute am Werk waren und mit Milliarden jongliert haben, denen ich persönlich nicht einmal einen Hund eine Woche lang zum Füttern anvertrauen würde.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine Damen und Herren, hier wurde bar jeden gesunden Menschenverstands herumgezockt. Hier wurden Milliarden versenkt, und diese Worte wiederhole ich nicht zum ersten Mal. Besonders entrüstet mich, dass hier von Transparenz gesprochen wird und

davon, dass die Opposition mit einbezogen werde. Man bedankt sich bei uns, dass wir die Maßnahmen weitestgehend zumindest einsehen oder sogar mittragen werden. Ich verstehe aber nicht, dass wir bis heute keine Aufstellung auf den Tisch bekommen haben, in der wenigstens annäherungsweise steht, wann in welche Papiere investiert worden ist und wer dafür die Verantwortung getragen hat. Keiner weiß, ob es 30 Milliarden, 50 Milliarden oder 58 Milliarden sind. Das muss doch nachvollziehbar sein. Auch bei aller Rücksicht auf den Beginn einer neuen Regierungskoalition - zwei Monate sind jetzt ins Land gezogen - muss das gesagt werden. Es war schon vor der Wahl bekannt, dass Vieles in einer Schiefelage war. Herr Naser hat sich damals auch noch nicht entblödet zu sagen, er hätte das zum damaligen Zeitpunkt so nicht sagen können, weil er sonst das Landtagsergebnis beeinflusst hätte. Meine Damen und Herren, schon damals war Einiges bekannt. Wir haben es nicht geschafft, innerhalb dieser zwei Monate die Zahlen auf den Tisch zu bekommen. Das fordere ich namens der Freien Wähler hier und heute in aller Dringlichkeit ein.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wir wollen schnellstmöglich klare Zahlen auf den Tisch und nicht wieder ein Verwirrspiel, das sich mit der Frage beschäftigt, wie wir weitermachen, ob wir fusionieren oder nicht oder ob wir privatisieren oder nicht. Das ist der zweite, um nicht zu sagen der dritte Schritt. Wir wollen die Zahlen auf den Tisch. Wann ist in welche Papiere investiert worden? Das ist doch wichtig für das momentane Krisenmanagement. Ich weiß nicht, ob die Herren, die in der politischen Verantwortung stehen, wie zum Beispiel der Herr Finanzminister, eine genaue Aufschlüsselung haben. Wenn sie das nicht haben, ist es fahrlässig, hier irgendwelche Szenarien in den Raum zu stellen. Wenn sie diese Zahlen aber haben, erwarte ich, dass auch wir sie bekommen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meinetwegen sollen sie uns unter einem gewissen Schirm genannt werden, damit sie nicht morgen in der "Bild" stehen. Aber selbst damit müssen wir leben können, dass die

Öffentlichkeit, die mit diesen Vorgängen auch konfrontiert wird, darüber in Kenntnis gesetzt wird. Zumindest muss jetzt einmal das Parlament informiert werden.

Der zweite Schritt ist die Verantwortung. Es wurden Werner Schmidt und Herr Huber als damaliger Verwaltungsratsvorsitzender genannt, der damals die politische Verantwortung übernommen hat. Meine Damen und Herren, damit ist für mich die Galerie der Verantwortlichen noch nicht zu Ende. Egal ob es ein Sparkassenpräsident Naser ist, oder ob es andere Damen und Herren sind, die im Verwaltungsrat federführend vertreten waren, hier muss Aufklärung erfolgen, die Verantwortlichen müssen ans Rednerpult und schildern, wann sie was gewusst haben. Sonst würden wir immer nur unter Ausschluss der Betroffenen verhandeln. Die Leute, die hier mit einbezogen werden können, müssen dem Parlament, zumindest der Kommission, die an der Aufklärung arbeitet, Rede und Antwort stehen.

(Zurufe von der CSU)

- Bitte Ruhe hinten auf den billigen Plätzen!

(Heiterkeit bei den Freien Wählern - Widerspruch bei der CSU - Alexander König (CSU): Das sollte aber gerügt werden!)

Meine Damen und Herren, Sie haben es nicht nötig, hier noch dazwischenzurufen. Auch das sollten wir einmal geraderücken. Wir wollen darauf hinweisen, dass wir durchaus bereit sind, hier auch Verantwortung zu übernehmen. Wenn wir aber in diesem Ausmaße verantwortlich wären und Sie uns eintauchen könnten, garantiere ich Ihnen, dass Sie uns in Weihwasser ertränken würden. Das wäre Ihre Vorgehensweise. Deswegen bitte ich Sie, nicht dazwischenzurufen.

(Beifall bei den Freien Wählern - Alexander König (CSU): Feindbilder!)

Transparenz ist also eingefordert. Die Situationsanalyse ist für mich noch nicht klar, weil wir noch nicht wissen, wo was in welchem Umfang investiert worden ist. Das muss schnellstens auf den Tisch.

Dann können wir eine Zukunftsprognose machen, wie es weitergeht. Dazu brauche ich nicht der ganz große Banker zu sein. Ich brauche auch kein schlechtes Gewissen zu haben, wenn es heißt, wir sollen erst diese Landesbank sanieren und dann privatisieren. Das ist ein Konzept, das in sich nicht schlüssig ist.

Ich will aber auch noch einen politischen Gedanken mitnehmen. Wir sagen, Ziel des Krisenmanagements sollte es heute sein, dass der Freistaat das Desaster übernimmt, um die Sparkassen und damit die Kommunen und den Mittelstand zu schützen. Das heißt, die Kommunen und der Mittelstand genießen politisch eine hohe Priorität, was wir als Freie Wähler sehr begrüßen.

Wenn ich für die zukünftige Ausrichtung des neuen Parlaments nur einen politischen Gedanken mitnehmen kann, ist es folgender: Der Mittelstand und die Kommunen sind wie ein rohes Ei zu behandeln, und das nicht nur jetzt, um das Einspringen des Freistaates Bayern für dieses Desaster zu rechtfertigen. Das gilt auch für alle anderen Gesetze. Das geht von der DSL-Debatte bis hin zur Debatte über ausbildungsfähige Jugendliche oder über die Erbschaftsteuer und alle anderen Themen, die wir in Zukunft zu behandeln haben. Ich bitte, dieses politische Procedere bei allen Gesetzen durchzuhalten, über die der Freistaat zu entscheiden hat. Auch dabei bitte ich immer wieder zu hinterfragen, wie sich diese Entscheidungen auf die Kommunen und auf den Mittelstand auswirken. Diese sind der letzte Rettungsanker, um zu verhindern, dass dem Freistaat Bayern Schlimmeres passiert. Wir wissen, dass wir in der Vergangenheit zu sehr auf die Großkonzerne gesetzt haben. Wir haben zu sehr auf Banker gesetzt, die ihr Geld nicht wert waren. Jetzt müssen wir uns von unten her wieder hocharbeiten. Dazu brauchen wir die Kommunen, dazu brauchen wir den Mittelstand. Wir müssen politisch alles in die Wege leiten, um diesen Gewährträgern für eine gute Zukunft Bayerns zuzuarbeiten. Das ist meine politische Botschaft.

Jetzt ist die Zeit reif, die Kritik der Opposition nicht fünfmal wiederholen zu müssen, sondern wirklich Transparenz zu leben und zu dokumentieren. Nur so werden wir hier gemeinsam herauskommen, sonst gehen wir gemeinsam unter.

(Beifall bei den Freien Wählern und bei Abgeordneten der SPD)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Um eine Wortmeldung hat Herr Staatsminister Zeil von der FDP gebeten. Danach ist Herr Kollege Hallitzky an der Reihe.

**Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich für die Staatsregierung noch einige wenige Bemerkungen insbesondere aus wirtschaftspolitischer Sicht machen. Ich möchte meine Ausführungen in drei Abschnitte teilen: Erstens: Die allgemeinen Auswirkungen der Finanzmarktkrise. Zweitens: Die Vergangenheit der Bayerischen Landesbank. Drittens: Die Zukunft.

Zum Ersten. Meine Damen und Herren, wenn wir uns vergegenwärtigen, welche gewaltigen Auswirkungen wir allein in Europa durch diese Weltwirtschafts- und Finanzmarktkrise erleben, dann übersteigen die Zahlen häufig unsere Vorstellungskraft. Das hat Herr Kollege Maget mit seinem Zahlenbeispiel verdeutlicht. Gestern beispielsweise wurde mir gemeldet, dass allein in Europa, einschließlich der Schweiz, inzwischen Abschreibungen in Höhe von 214,7 Milliarden Euro vorliegen. Die notwendigen Kapitalerhöhungen liegen danach bei 238 Milliarden Euro. Das zeigt die gesamte Dimension. Ich finde es wichtig, dass wir daraus die richtigen Schlüsse gemeinsam ziehen. Ich bin dem Ministerpräsidenten dafür dankbar, dass er sich für eine Besinnung auf die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft ausgesprochen hat. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass die Grundprinzipien - Regelungen, Rahmenbedingungen und Transparenz - in die internationalen Finanzmärkte transportiert werden.

In einem möchte ich allerdings eine kleine Korrektur anbringen, weil es sich hier um ein Steckenpferd von mir handelt, Herr Ministerpräsident. Der Neoliberalismus ist die Wiege der sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall bei der FDP - Widerspruch und Lachen bei der SPD)

Er sollte deshalb nicht mit Marktradikalismus gleichgesetzt werden.

(Beifall bei der FDP)

Ich bitte um Verständnis, aber als einer der Nachfolger des Vaters der sozialen Marktwirtschaft lege ich darauf Wert. Ich spreche von einem der hochrangigen Neoliberalen dieses Landes: von Ludwig Erhard.

(Harald Güller (SPD): Oh, oh! - Franz Maget (SPD): Oh mein Gott!)

Auch die Sprache ist verräterisch. Wir reden von der Realwirtschaft, doch was heißt das? - Das heißt, dass andere, offensichtlich abgehoben in einer virtuellen Finanzwelt, Geschäfte gemacht und diese Prinzipien vergessen haben.

(Franz Maget (SPD): Genau das hat er gemeint! Genau so hat er es gemeint!)

Deswegen ist es so wichtig, dass wir uns auf die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft und darauf besinnen, wie wir mit der sozialen Marktwirtschaft umgehen.

(Franz Maget (SPD): Das hat er doch gemeint!)

Der zweite Punkt: Vergangenheit bei der BLB.

(Franz Maget (SPD): Seehofer hat doch das Gegenteil vorgetragen! Was soll ich jetzt glauben? Ich bin verwirrt! Ich kenne mich nicht mehr aus!)

Meine Damen und Herren, ich könnte es mir einfach machen und darauf hinweisen, Herr Kollege Maget, dass die FDP-Fraktion schon 1993, vor allen anderen, die Frage gestellt hat, ob die Landesbank überhaupt ein vernünftiges Geschäftsmodell hat. Damals waren wir noch allein.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wäre man uns damals gefolgt, auch Sie sind uns damals nicht gefolgt, dann wäre uns vielleicht einiges erspart geblieben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP - Lachen des Abgeordneten Franz Maget (SPD))

Ich finde es aber trotzdem richtig, dass wir Transparenz üben. Herr Kollege Aiwanger, ich bin Ihnen für Ihren Hinweis dankbar. Auch die Koalitionsfraktionen werden hierzu anschließend einen Antrag vorlegen. Es geht um eine Transparenz, die auch die Verantwortlichkeit aufzeigt und erkennen lässt, was wann in der Vergangenheit entschieden worden ist. Es ist für uns alle absolut notwendig, diese Transparenz zu üben.

(Hubert Aiwanger (FW): Bis wann ist das denn zu erwarten? Heuer noch?)

Ich bin froh, dass wir heute diesen Antrag vorlegen, und ich hoffe, dass Sie ihn unterstützen. Ich halte es für richtig und angemessen, dass der Herr Ministerpräsident die Entschuldigung der Staatsregierung ausgesprochen hat.

Dritter Punkt: Zur Zukunft. Wir könnten uns jetzt zurücklehnen und sagen, das alles ist Vergangenheit. Es geht jetzt aber darum, dass das gesamte Parlament seine Verantwortung für die Zukunft erkennt, ohne irgend jemand für die Vergangenheit freizusprechen. Was ich hier gehört habe, war teilweise auch der Versuch - das habe ich zumindest bei einigen herausgehört -, der Verantwortung auszuweichen. Meine Damen und Herren, was jetzt notwendig ist, ist eine gemeinsame Kraftanstrengung, die jede Regierung, egal, wie sich zusammensetzen würde, zu schultern hätte.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Wir tun dies auch aus wirtschaftspolitischer Sicht, denn es geht darum, die Sparkassen, eine wichtige Säule unseres Bankensystems, und damit die Mittelstandsfinanzierung abzusichern, um die Liquidität unserer Wirtschaftsunternehmen auch in der jetzigen Lage zu gewährleisten. Ich bin absolut der Meinung, und das haben wir auch in der Koalitionsvereinbarung festgehalten, dass wir als Gesetzgeber, als Eigentümer dieser Bank, festschreiben müssen, dass internationale Risikogeschäfte künftig nicht mehr zulässig sind.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CSU)

Ich möchte noch ein Wort zu den Mitarbeitern sagen. Das ist etwas, was uns alle am meisten schmerzt: Hier verlieren Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz. Die Entschuldigung für Fehlentscheidungen in der Vergangenheit gilt deshalb vor allem gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die zum allergrößten Teil für diese Entwicklung nichts können.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend sagen, jetzt geht es vor allem darum, dass wir das Vertrauen gerade auch in diese Bank wieder herstellen, aber auch in das Finanzsystem insgesamt. Ich bitte jeden, und hier schließe ich mich den Worten des Finanzministers an, die Worte gut abzuwägen. Wir haben eine gemeinsame Verantwortung, durch diese Schwierigkeiten hindurchzukommen. Ich bekomme täglich irgendwelche Ratschläge, auch kluge. Der Ministerpräsident hat die klugen Ratschläge so mancher Ökonomen hier angesprochen. Uns wird gesagt, was man ordnungspolitisch alles tun und lassen sollte. Ich möchte dazu klar sagen, und das hat auch der Fraktionsvorsitzende der FDP deutlich gemacht, wir werfen unsere ordnungspolitischen Prinzipien nicht über Bord. Wir sagen, dass wir auch darauf hinarbeiten müssen, dass der Einsatz der Steuergelder, wenn möglich, irgendwann zurückkommen muss. Dann werden wir auch über die Option einer Teilprivatisierung oder einer Privatisierung sprechen. Das ist doch selbstverständlich. Jetzt ist aber eine Anstrengung des gesamten bayerischen Parlaments erforderlich. Da sollte sich niemand aus der Verantwortung stehlen. Diese Anstrengung ist vergleichbar mit dem Bundesschirm, den die Bundesregierung aufgespannt hat. Wir brauchen die gemeinsamen Anstrengungen, damit wir für den Freistaat Bayern, für seine Bürgerinnen und Bürger und für den Mittelstand die richtige Entscheidung treffen. Zu diesem Nachtragshaushalt gibt es deshalb, trotz aller Unwägbarkeiten, die ich durchaus zugestehe, keine Alternative. Ich darf deshalb noch einmal für die Mitglieder der FDP im Kabinett herzlich bitten: Gehen Sie diesen Weg mit. Es geht hier um die Verantwortung für unser Land, der wir uns gemeinsam stellen müssen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Danke, Herr Staatsminister. - Ein Hinweis an die Fraktionen: Nachdem die Redezeit vonseiten der Staatsregierung um sieben Minuten überschritten worden ist, steht diese Redezeit selbstverständlich allen anderen Fraktionen, auch Ihnen, Herr Hallitzky, der Sie noch nicht aufgerufen worden sind - zur Verfügung. Jetzt dürfen Sie.

**Eike Hallitzky (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal eine Bemerkung an Herrn Aiwanger, der sich eben Ruhe auf den billigen Plätzen gewünscht hat. Herr Aiwanger, ich sitze selbst in der letzten Reihe. Ich muss Ihnen sagen, das hilft oft, den Überblick zu bewahren, möglicherweise besser, als auf den Sperrsitzen in Reihe eins zu sitzen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von der CSU: Genau!)

- Da stimmt sogar der Kollege zu.

Damit die BayernLB zum 1. Januar 2009 nicht geschlossen wird, ist der Bayerische Landtag heute und in den nächsten zwei Wochen gefordert, noch vor Weihnachten ein Rettungspaket zu schnüren. Auch die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sieht eine schnelle Absicherung der Bayerischen Landesbank aus Gründen der Gewährträgerhaftung, wegen ihrer Bedeutung für die Sparkassen und der Bedeutung für die Realwirtschaft als alternativlos an. Dass wir aber heute in dieser dramatischen Finanzsituation sind, dafür trägt die Staatsregierung die alleinige politische Verantwortung und ihre Mitglieder im Verwaltungsrat gemeinsam mit dem damaligen Bankenvorstand auch die wirtschaftliche und möglicherweise persönliche Schuld. Das werden wir in der Kommission und eventuell auch vor Gericht aufzuarbeiten haben.

Dass wir aber heute so unter Zeitdruck stehen, hat auch etwas damit zu tun, dass die Staatsregierung schon immer, zumindest bis zur Landtagswahl, aus Gründen zum einen des Größenwahns des Mächtetern-Global-Players Bayern und zum anderen insbesondere im Vorfeld der Landtagswahl aus billigen parteipolitischen Motiven heraus agierte. Der Zeitdruck hat damit zu tun, dass die CSU-Staatsregierung sich aus diesen Gründen

über Jahre hinweg jeder Aufarbeitung und jeder Umstrukturierungsinitiative verweigert hat. Das ging bei den Diskussionen los um den Zusammenschluss der HypoVereinsbank bis zu den frühzeitigen Initiativen von unserer Fraktion, auf den Kauf der Hypo Group Alpe Adria zu verzichten oder die Zusammenarbeit mit der LBBW zu suchen. Trotz dieser von der Staatsregierung zu verantwortenden dramatischen Situation sind die GRÜNEN als verantwortliche Finanzpolitiker natürlich bereit, konstruktiv an der Debatte um die finanziellen Folgen der Lasten in Milliardenhöhe mitzuwirken. Konstruktiv, das heißt Ja zum Umfang des Rettungspakets, konstruktiv, das heißt Ja zur Schonung der Sparkassen. Konstruktiv heißt aber nicht, auch dann zuzustimmen, wenn Sie, die Staatsregierung, also der Rechtsnachfolger und zum Teil auch der politische Nachfolger sowie aus dem Verwaltungsrat auch einzelne persönliche Nachfolger der Versager, auf Risikokapital vom Bund verzichten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, drei Milliarden Euro Eigenkapital vom Bund - das sind knapp 10 % des Staatshaushaltes - ist keine Summe, auf die der Freistaat verzichten kann. Angesichts unseres angespannten Staatshaushaltes, angesichts des äußerst volatilen Gesamtzustandes der Bank ist es unverantwortlich, wenn die Bayerische Staatsregierung das Paket allein stemmen will.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für uns kommt hier wieder diese historisch verhängnisvolle Kombination von einer gefährlichen Bereitschaft zum Risiko und einer "Bayern-kann-alles-besser"-Mentalität hervor. Es ist diese Mentalität, diese Kombination, die die BayernLB erst in die heutige Lage gebracht hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen nicht, dass Bayern gutes Geld dem schlechten Geld hinterher wirft. Deswegen können wir nicht zustimmen, wenn in Verhandlungen nicht jede Möglichkeit bis ins Letzte ausgereizt wird, den Bundesschirm, soweit es irgend geht, zu nutzen, um das Risiko für unsere Steuerzahlerinnen und Steuerzahler soweit als möglich zu begrenzen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von der CSU)

- Es ist nicht komplett genutzt worden. Soweit uns die Erkenntnisse zugänglich sind, ist es nicht komplett genutzt worden. Herr Fahrenschon hat gesagt, am Sonntag habe sich die Arbeitsgrundlage geändert, weil dann der SoFFin gesagt habe, man brauche ein Bankkonzept, das nicht machbar ist. Unser Kenntnisstand von vorher ist ein anderer. Wir können auch nicht mehr wissen, weil wir das in der Kommission noch nicht detailliert behandelt haben. Der Stand, den wir haben, ist aber der, dass Bayern nicht alles ausgereizt hat, um diesen Bundesschirm hinsichtlich der Nutzbarkeit des Bundesgeldes als Risikokapital für sich zu nutzen.

Zudem - das ist der zweite Punkt - sehen die GRÜNEN die Inanspruchnahme des Bundesschirmes nicht wie Sie als Risiko, sondern als große Chance für die Neuordnung der Landesbanken in Deutschland, die notwendig ist. Denn der damit verbundene Anspruch des Bundes auf Mitsprache bei der künftigen geschäftspolitischen Ausrichtung der BayernLB würde die Staatsregierung erst zu dem zwingen, was wir schon lange wollen, nämlich zu einer Abkehr von einer kleinstaatlerischen Landesbankenpolitik, die auch heute in dem Konzept wieder auftaucht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre Politik ist es, die die notwendige Konsolidierung der Landesbanken bis heute verhindert hat. Die Bundesregierung würde aber auch zum Sachverwalter der Interessen der Sparkassen, die durch die Eigenkapitalerhöhung durch das Land in Zukunft ihren eigenen mitbestimmenden Einfluss auf die Landesbank verlieren. Diesen Sachverwalter - ich komme gleich dazu - werden die Sparkassen noch bitter brauchen. Damit sind wir nämlich bei dem Geschäftsmodell, mit dem Sie die Zukunft für die BayernLB gewinnen wollen. Ich sage Ihnen: Dieses Geschäftsmodell ist nicht tragfähig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Finanzminister, wenn wir uns heute darüber unterhalten müssen, so ist das keine, wie Sie das gegenüber Herrn Maget dargestellt haben, philosophische Debatte über das Geschäftsmodell, sondern sie ist existenziell für die Bank, und diese müssen wir schon heute führen; wir können sie nicht vertagen.

Richtig an Ihrem Konzept ist, dass die Mittelstandsfinanzierung stärker in den Fokus der Landesbank gehört. Dass Sie heute konzedieren müssen, dass das nicht so war, ist ein Schuldeingeständnis, nämlich dass die Bank mit dem Einverständnis der CSU im Verwaltungsrat gegen genau diesen Auftrag, der Ihnen Artikel 2 Landesbankengesetz ohnehin zuweist, nämlich die Strukturförderung, in der Vergangenheit massiv verstoßen hat. Hätten sie es nicht, bräuchten Sie in diesem Punkt keine Neuausrichtung.

Falsch ist aber, dass sich allein daraus ein Konzept für die Zukunft der BayernLB ergibt. Im internationalen Vergleich ist Deutschland bereits heute overbanked. Das ist unstrittig. Für das, was Sie Konzept nennen, gibt es in der bayerischen Finanzrealität überhaupt keinen nennenswerten Markt, jedenfalls keinen, der die Existenz selbst einer stark geschrumpften Landesbank auch nur annähernd rechtfertigen könnte. Wenn Sie also die Landesbank so ausrichten wollen, wie Sie es in den letzten Tagen behauptet haben, dann geht das doch nur, indem Sie in eine klare Konkurrenz zu den Sparkassen in Bayern treten. Anders ist das nicht möglich. Die Umsätze der Landesbank im Bereich des Mittelstandes werden zu ganz großen Teilen den bayerischen Sparkassen verloren gehen. Sparkassen und eigenständige Bayerische Landesbank - es geht nur eines von beiden. Beides geht nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist das Konzept nicht tragfähig. Und deshalb wäre es auch so wichtig, dass es nach einer Phase der Konsolidierung zu einer Fusion von BayernLB und LBBW kommt. - Der Hinweis, zwei Kranke machen noch kein Gesundes, ist völlig richtig - Diese Fusion lässt nicht eine neue große Südbank entstehen, sondern wäre ein erster großer Schritt dazu, dass wir die Landesbanken in Deutschland

künftig in Deutschland insgesamt neu aufstellen, und zwar mit einer auf verschiedene Standorte fokussierten funktionellen Bündelung ihrer Aufgaben; ich glaube, Herr Seehofer hat es einleitend als eine Variante genannt. Die Wahrheit ist bitter, aber für mehr als eine Bank deutscher Länder ist in diesem Land auf Dauer kein Platz und deshalb ist Ihr Konzept nicht tragfähig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Landesbanken eignen sich nicht als Spielwiese für landespolitische Ambitionen. Das hat die BayernLB zuvörderst, aber auch einige andere Landesbanken in Deutschland bewiesen. Diese Zeit der Eitelkeiten muss endlich vorbei sein. Mir drängt sich nicht unmittelbar der Eindruck auf, dass dies die Staatsregierung und, namentlich, der Bayerische Ministerpräsident auch so sähen, wenn er sich - mit eigenen Worten - auch in Zukunft als Zepterträger, also als König der Landesbank sieht. Diese Zeit ist vorbei, Herr Seehofer. Verantwortliche Politik bedeutet nicht, dass derjenige, der das Schiff niemals zu steuern vermochte, den Steuerzahlern an Bord sagt: Tanzt mal vorerst weiter, ich jedenfalls gehe als Letzter von Bord, wenn wir untergehen. - Verantwortliche Politik ist es vielmehr, wenn Sie, weil Sie es nicht können, die Hilfe anderer auch bei der Neukonzeption in Anspruch zu nehmen. Dazu fehlt in diesem Konzept der Ansatz. Deshalb werden wir nicht zustimmen können.

Den zweiten Grund habe ich einleitend genannt. Das ist, dass Sie nicht alles ausgereizt haben, um Risiko auf den Bund zu übertragen. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als nächster Redner hat Herr Karsten Klein das Wort.

**Karsten Klein (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die internationale Finanzkrise hat die Weltwirtschaft fest im Griff, und die Bayerische Landesbank ist aufgrund der Finanzkrise, aber auch aufgrund einer ganzen Reihe

von Fehlentscheidungen in einer schwierigen Lage. Der bayerische Staat ist Miteigentümer, aber er ist auch in der Gewährträgerhaftung. Dies alles in aller Kürze macht einen Rückzug aus der Bank aktuell nicht möglich und ist auch nicht sinnvoll.

Ich weiß, dass wir beim Thema Privatisierung am Ende der Konsolidierungsphase verschiedener Meinung sind. Aber ich denke, gerade die aktuelle Krise zeigt, dass in Deutschland private Banken alle Probleme besser meistern als die Reihe der Staatsbanken, die sich bei den Problemen ganz vorn einreihen.

(Beifall bei der FDP)

Interessant ist auch, dass es jetzt auf den bayerischen Staat ankommt, denn niemand sonst ist in der Lage und - das muss auch gesagt werden - bereit dazu, diesen Kraftakt zu vollziehen.

Ich glaube, nicht nur uns von der FDP-Fraktion, sondern auch allen anderen in diesem Hause wäre es lieber, wenn wir um diese 10 Milliarden Euro Neuverschuldung herumkämen. Aber zur Rettung der Landesbank ist das eben unumgänglich. An der Stelle sei natürlich auch darauf hingewiesen, dass Kommunen und Mittelstand mit der FDP in der Regierung einen starken Partner haben.

(Beifall bei der FDP)

Wir werden auch bei den anderen Entscheidungen darauf achten. Hier kommen gelegentlich Beiträge, wo das etwas infrage gestellt wird. Das sage ich auch an die Reihen der Freien Wähler gerichtet.

Wir haben eine außerordentlich schwierige wirtschaftliche Lage in Deutschland, in Europa und international. Sie macht auch unangenehme und schwierige Schritte nötig. Gerade aus den Reihen der GRÜNEN und der SPD kommt gerade in wirtschaftlich schwierigen Lagen die Forderung, dass sich der Staat nicht zurückzieht aus Investitionen in Bildung und Forschung, in Infrastruktur. Deswegen ist es mehr als geboten, diese 10 Milliarden Euro über eine Sondermaßnahme zu finanzieren.

Wir kommen an dieser Neuverschuldung leider nicht vorbei, das habe ich schon gesagt. Wir als FDP werden dem Nachtragshaushalt zustimmen. Ich hoffe und denke, dass wir mit den Maßnahmen, die jetzt beschlossen wurden, die Landesbank so weit bekommen können, dass sie eines Tages privatisiert werden kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Nächster Redner ist Herr Kollege Thomas Mütze.

**Thomas Mütze (GRÜNE):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe noch 19 Minuten, die werde ich nicht ausreizen, ich verspreche es Ihnen. Lieber Kollege Klein, Sie haben darauf hingewiesen, dass die Finanzierung durch eine Sondermaßnahme geschehen soll, die außerhalb des Haushalts steht, aber im Nachtragshaushalt jetzt verabschiedet werden soll und natürlich auch von den Bürgerinnen und Bürgern Bayerns finanziert werden muss, ob wir wollen oder nicht. Von daher: Geld bleibt Geld.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, ich bin heute der letzte Redner zu diesem Thema.

(Alexander König (CSU): Fast!)

- Fast der letzte. Deshalb erlaube ich mir, ein Resümee zu ziehen.

Was lernen wir, wenn es überhaupt erlaubt ist, das bei einer Summe von 10 Milliarden Euro, die wir jetzt finanzieren müssen, zu sagen? Wofür ist es gut gewesen, wofür ist dieser Tag gut gewesen?

Der erste Schluss, den wir ziehen können, ist: Konservative können nicht mit Geld umgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Harald Güller (SPD): Das haben wir schon gewusst!)

- Das haben wir schon länger gewusst, liebe Kolleginnen und Kollegen in der Opposition, aber offensichtlicher als in der Landesbankenkrise oder in der Finanzkrise wurde es noch nie.

Konservative können nicht mit Geld umgehen. Ich will auch nennen, woran man das festmachen kann: Sachsen LB, WestLB, LBBW und jetzt unsere BayernLB, alles Staatsbanken, die in konservativ regierten Länder sitzen.

Natürlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben alle Banken Verluste zu tragen. Natürlich haben alle Geschäfte betrieben, die sie nicht verstanden haben. Aber gerade in den konservativ regierten Ländern hat man besonders gierig nach den hohen Renditen gegriffen.

(Zuruf von der CSU: KfW!)

- Was die KfW angeht, lieber Kollege, da sitzen auch Schwarze im Verwaltungsrat. Von daher sind Sie genauso dabei wie alle anderen. Diese Verantwortung können Sie auch nicht wegreden.

Was die Entschuldigung betrifft, finde ich es sehr ehrenwert, Herr Ministerpräsident, dass Sie den Brief des ehemaligen Finanzministers vorgelesen haben. Aber für diejenigen, die es betrifft, die Bürgerinnen und Bürger Bayerns und vor allen Dingen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BayernLB, ist das doch eher eine Beleidigung, ein Schlag ins Gesicht angesichts der Folgen, die sie jetzt zu tragen haben.

(Renate Dodell (CSU): Wie man es macht, ist es nicht recht!)

Das Zweite, das wir lernen, ist: Wir werden in den nächsten Jahren den Gürtel enger schnallen müssen. Das ist heute auch deutlich geworden. Schuld daran sind die Zahlungen, die wir ab jetzt, ab dem nächsten Haushalt leisten müssen. Ich rede nicht, Herr Finanzminister, von den Zahlungen für die Rückstellungen, von denen Sie sagen: Wir wissen noch nicht, wie hoch sie sein werden. Nein, ich rede von den Zinsen, die wir für die 7 Milliarden Euro, die wir aufnehmen, sofort, in den nächsten beiden Jahren zahlen

müssen. Davon habe ich in beiden Reden, weder vom Ministerpräsidenten noch von Ihnen, etwas gehört. Bei 7 Milliarden Euro rechnen wir mit 350 Millionen Euro Zinszahlungen jedes Jahr plus dem Geld, das für die wegfallenden Dividenden aus den Fonds, auch etwa 35 Milliarden Euro jedes Jahr, in den Haushalt eingestellt werden muss.

(Erwin Huber (CSU): Millionen!)

- Millionen. Entschuldigung. Herr Huber, vielen Dank. Das sind Mittel, die uns jedes Jahr fehlen. Dazu kommen ab 2011 die mindestens 1,6 Milliarden Euro, von denen der Ministerpräsident schon gesagt hat, dass wir damit rechnen müssen, dass diese Garantien auch in Anspruch genommen werden.

Warum sage ich das, liebe Kolleginnen und Kollegen? Ich bin seit fünf Jahren da, und die Jahre waren für mich die Sparjahre - so will ich sie einmal nennen. Ich erinnere mich noch gut an die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Stoiber: Sparen - Reformieren - Investieren. Kolleginnen und Kollegen, was folgte, war ein unglaublicher Sparkurs, der viele Initiativen in Bayern knapp an ihr Ende geführt hat, der Investitionen in Bildung nicht möglich gemacht hat, der die Infrastruktur in Bayern geschwächt hat. Jetzt, nach diesen Sparjahren, kriegen dieselben Leute gesagt: Jetzt brauchen wir 10 Milliarden Euro für die BayernLB, und jetzt wird gerade weitergespart. Das heißt, die Studentinnen und Studenten, die gestern auf die Straße gegangen sind und Schilder hochgehalten haben: "Ich wollt, ich wär ne Bank", haben völlig recht. Sie haben die Sparjahre hinter sich gebracht und müssen weiter ihren Beitrag dazu leisten, dass wir die Auswüchse dieser Krise finanzieren.

Einsparungen gab es in Bayern hochgerechnet 1 Milliarde Euro in der Struktur. Ich weise auf ein kleines Beispiel hin: Gestrichen wurde das Bayerische Oberste Landesgericht. 1,5 Millionen Euro hat diese Streichung pro Jahr gebracht. Das ist viel Geld, aber im Verhältnis zu der Zahl, die wir heute verabschieden, heißt das, dieses Landesgericht hätte 6666 Jahre weiterbetrieben werden können. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist also alles eine Frage der Sichtweise.

Heute erhöhen wir unseren Schuldenstand - das darf auch nicht unerwähnt bleiben - mit einem Federstrich um fast 50 %. Ein Land wie Bayern, das bis jetzt 24 1/2 Milliarden Euro Schulden hatte und sich stets gerühmt hat, wie gut man im Gegensatz zu anderen Ländern sei, erhöht heute seine Schulden also mit einem Federstrich um fast 50 %. Das muss auch gesagt werden. Damit greift die Kritik an anderen Bundesländern, diese könnten das nicht, Bayern habe die "schwarze Null" und die anderen hätten defizitäre Haushalte, ab heute auch nicht mehr. Hochmut, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, kommt eben vor dem Fall. In diesem Fall stürzt aber ein ganzes Land mit Ihnen.

Sehr geehrter Herr Finanzminister, ich habe Verständnis dafür, dass Sie die Bank in ein ruhigeres Fahrwasser steuern, dass Sie die Bank aus den Schlagzeilen heraushalten möchten. Ich bin auch froh, dass heute Sie an dem Schaltknüppel im Finanzministerium sitzen und nicht Ihr Vorgänger, Herr Huber; denn mit Ihnen ist wenigstens die Garantie gegeben, dass man uns informiert und als Teil dieses Landtages versteht, der dazu beitragen will, dass die BayernLB nicht weiter in diese Krise gerät, und der vielleicht einen anderen Weg sieht oder andere Möglichkeiten nutzen möchte. Darüber bin ich sehr froh.

Ich habe aber kein Verständnis dafür, dass Sie sagen, niemand könne wissen, was auf uns zukomme, und Sie die Problembewältigung auf 2011 verschieben wollen, weil etwaige Verluste nicht bekannt seien. Wir müssen im März und April des nächsten Jahres den kommenden Doppelhaushalt verabschieden. Wir wollen wissen, welche Auswirkung die Krise auf den Doppelhaushalt der nächsten Jahre haben und was auf die bayerischen Bürger zukommen wird. Ich habe versucht darzustellen, dass in mindestens dreistelliger Millionenhöhe Investitionsmittel für Bildung und den Klimaschutz fehlen werden. Die Gelder, die wir sehr gut gebrauchen könnten, fließen in Zinszahlungen - nur in Zinszahlungen. Von Tilgung, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat noch niemand gesprochen.

Wir als Opposition wollen klare Aussagen. Wir hoffen, dass die beginnende neue Offenheit gegenüber der Opposition weiter geht und bieten die Zusammenarbeit an, auch wenn wir diesen vorgeschlagenen Weg nicht mitgehen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Nächster und letzter Redner in der Aussprache: Alexander König. Bitte schön, Herr Kollege König.

**Alexander König (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wird man eines Tages auf die heutige Debatte zurückblicken, wird man fragen, ob die Mitglieder dieses Hohen Hauses dieser historisch großen Verantwortung, die sich heute stellt, gerecht geworden sind.

(Zuruf des Abgeordneten Sepp Daxenberger (GRÜNE))

Mir ist bewusst, dass es für die Mitglieder des Hohen Hauses eine unterschiedliche Ausgangssituation gibt, weil viele neu hier sind und viele mit der Problematik der Landesbank neu konfrontiert werden. Gleichwohl, Kolleginnen und Kollegen, sind wir alle miteinander aufgefordert, in dieser historischen Stunde dieser schwierigen Verantwortung gerecht zu werden.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wer hat die denn angerichtet?)

- Natürlich gibt es unterschiedliche Rollen. Ihre Rolle, Herr Kollege Dr. Dürr, ist seit vielen Jahren hier bekannt. Ich glaube aber, dass gerade heute Ihre Rolle unangemessen ist.

Heute geht es darum, miteinander Verantwortung zu übernehmen

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

und zwar nicht für das, was in der Vergangenheit war

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

- vielleicht sollten Sie zunächst zuhören, bevor Sie dazwischenschreien -,

sondern für das Land in seiner Gesamtheit, also für das, was morgen, übermorgen, nächste Woche und in Zukunft sein wird.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das hätten Sie vor einem halben Jahr sagen sollen!)

Daran, Herr Kollege Dr. Dürr, schließt die Frage an, ob das Hohe Haus bereit sein wird, im Nachtragshaushalt die erforderlichen zehn Milliarden Euro zur Stärkung des Eigenkapitals der Bayerischen Landesbank bereitzustellen. Das ist eine wesentliche Frage, weil - das sollten mittlerweile alle nach den Reden, die heute bereits gehalten wurden, verinnerlicht haben - es um eine existenzielle Angelegenheit geht.

Es geht nicht nur um die Existenz der Bayerischen Landesbank und der dort Beschäftigten, sondern es geht darüber hinaus um die Frage, wie es mit unseren Banken in ihrer Gesamtheit in Bayern, mit unserer Wirtschaft, mit unseren typischen mittelständischen Firmen, die bei unseren Banken vor Ort Kreditnehmer sind, weitergehen wird. Es gibt Zusammenhänge, die alle erkennen sollten. Außerdem ist zu fragen, wie es mit unseren Kommunen weitergehen wird, die ebenso wie der Freistaat Bayern gegebenenfalls in die Gewährträgerhaftung kommen, wenn sie nicht bereit sind, diesen Schritt zu gehen. Die Zahl wurde bereits genannt. Ich wiederhole sie nur. Der Ministerpräsident sprach von mindestens 100 Milliarden Euro, möglicherweise einige Milliarden Euro darüber, an Gewährträgerhaftung, die eintreten würde, wenn das Hohe Haus mehrheitlich nicht willens oder in der Lage wäre, die einzig mögliche Entscheidung zu treffen und das Eigenkapital unserer Landesbank auf acht Prozent aufzustocken. Diese Frage steht heute im Mittelpunkt, und sie ist in die Zukunft gerichtet.

Daneben ist es legitim, alle anderen Fragen zu stellen, die auch die Vergangenheit angehen. Das tun wir auch. Lesen Sie unseren Dringlichkeitsantrag, dem ich bitte zustimmen. Herrn Aiwanger will ich in Erinnerung rufen, was in dem Dringlichkeitsantrag steht, weil er Zahlen angefordert hat. Dazu haben wir die "Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Krisenbewältigung bei der BayernLB" eingerichtet. Dazu fordern wir die Regierung auf, zusammen mit den Verantwortlichen der Landesbank Position zu beziehen und uns über alles zu informiere, was wir wissen wollen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE) und der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Zunächst geht es um die entscheidende Frage: Sind Sie - auch Sie, Herr Dürr - bereit, dieser Verantwortung gerecht zu werden und die Landesbank und alles, was daran hängt - man getraut sich kaum auszusprechen, was das alles ist -, zu stützen? - Oder würden Sie den ungünstigsten Fall in Kauf nehmen wollen, dass die Gewährträgerhaftung eintritt? 100 Milliarden Euro spricht sich leicht. Aber denken Sie an Ihre Firmen in Ihrem Landkreis und Wahlkreis, an die dort Beschäftigten, die Kreditnehmer, die Banken vor Ort und an die Gemeinden zu Hause. Daran bitte ich zu denken. Wir wollen dieser Verantwortung gerecht werden.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Genauso wie wir das sehen, sehen das auch die Kollegen der FDP. Kollege Hacker hat klar gesagt, dass es leider keine Alternative gebe. So ist es. Kollege Klein hat es genauso formuliert. Bei Herrn Pohl schwang eine Bedingung mit. Deshalb bin ich nicht ganz schlau daraus geworden, Herr Kollege Pohl, wie sich die Freien Wähler verhalten werden. Sie sagten, der vorgeschlagene Weg wäre der einzige Weg. Sie sagten am Ende Ihrer Ausführungen, es käme für Ihr Abstimmungsverhalten darauf an, ob geklärt werden könne, ob man den Bedingungen, die Sie ausgeführt haben, gerecht werden könne. Das können wir noch klären. Der Nachtragshaushalt wird noch beraten. Ich appelliere schon heute an Sie, Herr Pohl, Herr Aiwanger und an die Kolleginnen und Kollegen der Freien Wähler, dieser Verantwortung gerecht zu werden und diesen Weg mitzugehen.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Kollege König, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Pohl? - Bitte schön, Herr Kollege Pohl.

**Bernhard Pohl (FW):** Herr Kollege König, sind Sie bereit, unsere Bedingungen zu erfüllen und gemeinsam mit uns einen Weg zu gehen und damit unsere Zustimmung zu bekommen, oder wollen Sie den Weg alleine gehen? Im letzten Fall brauchen Sie unsere Zustimmung nicht.

**Alexander König (CSU):** Herr Kollege Pohl, wir appellieren an alle, das hat der Ministerpräsident deutlich gemacht. Wir appellieren an jeden Einzelnen und jede Einzelne, der jeweils persönlichen Verantwortung gerecht zu werden und den in dieser Situation einzigen möglichen alternativlosen Weg zu beschreiten. Leider sind wir gar nicht mehr in der Situation, lange darüber diskutieren zu können, ob wir es so oder so machen. Es drängt nämlich die Zeit. Auch das ist schon hinreichend deutlich geworden. Von daher, Herr Pohl, würden wir uns schon freuen, wenn Sie nicht nur in Ihrem eigenen Interesse, weil nach Ihrer Verantwortung auch irgendwann einmal gefragt werden wird, sondern auch im Interesse der Verantwortung des Hohen Hauses in seiner Gesamtheit diesen Weg mitgehen würden.

Herr Kollege Aiwanger - ich will es nicht bewerten, sondern Sie nur zitieren -, Sie stellten die Frage, ob Bayern der "kranke Mann Europas" werden würde. Ich will Sie daran erinnern, dass wir zum 31.12.2007 eine Pro-Kopf-Verschuldung von roundabout 1800 Euro gehabt haben. Mit diesem dramatischen Beschluss über eine Neuverschuldung in Höhe von 10 Milliarden Euro im Nachtragshaushalt wird die Neuverschuldung um etwa 800 Euro pro Nase ansteigen. Dann sind wir etwa bei 2600 Euro pro Kopf.

(Hubert Aiwanger (FW): Warum ist das nicht schlimm?)

Ich möchte Sie nur daran erinnern, Herr Kollege Aiwanger, damit Sie das in Ihren weiteren Reden landauf, landab vielleicht freundlicherweise einbauen. Im Vergleich dazu liegt die Pro-Kopf-Verschuldung in den westdeutschen Ländern bei 5700 Euro. Ich will da überhaupt nichts beschönigen. Ich sage es noch einmal: Es ist dramatisch, was wir hier tun müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FW))

Ich bitte aber schon, die Relationen nicht völlig aus dem Blick zu verlieren, sondern jeweils richtig wiederzugeben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Frau Bause konnte uns leider keine Zustimmung signalisieren. Sie kann im Moment leider nicht da sein. Sie fragte: Macht dieser Plan Sinn? Ich kann an die Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN nur in derselben Art und Weise appellieren. Wir haben im Moment keine Alternative. Wenn Sie eine wissen - das muss ich leider mal so sagen -, dann verraten Sie uns diese bitte ganz schnell. Herr Dürr, nicht im nächsten oder übernächsten Jahr, sondern jetzt. Jetzt, wo wir die Entscheidung treffen müssen. Wenn Sie die Verantwortung mittragen wollen, dann tragen Sie sie bitte mit. Wenn nicht, dann müssen Sie sich leider sagen lassen, dass Sie offensichtlich noch in keiner Weise willens oder in der Lage sind, tatsächlich Verantwortung hier oder irgendwann einmal - wovon Sie ja träumen - Regierungsverantwortung zu übernehmen.

(Zuruf des Abgeordneten Sepp Daxenberger (GRÜNE))

Sehr differenziert waren die Wortbeiträge der SPD. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Maget hat uns ein großes Misstrauen ausgesprochen, was mich nicht überrascht. Wir haben ja schon öfter die Diskussion über das Thema Landesbank hier geführt. Sie haben uns auch gesagt, Herr Kollege Maget, wir hätten keinen Plan. Dass dies, gerade was die Vergangenheitsbewältigung angeht, ein wichtiges Thema ist, da gebe ich Ihnen sehr recht. Aber ich frage Sie schon, Herr Kollege Maget, ob es ausreicht, nur in die Vergangenheit zu schauen, ob die, die jeweils den richtigen Plan hätten haben müssen, ihn jeweils zum richtigen Zeitpunkt hatten, ob alle Beteiligten im Boot waren und alles getan haben, was man tun kann usw. oder zum heutigen Zeitpunkt nur zu sagen: Da ist kein Plan. Wäre es nicht eher verantwortlich, zu sagen: Ich setze mich mit diesem Plan wirklich ernsthaft auseinander. Und wenn ich keinen besseren weiß - das ist der entscheidende Punkt, Herr Maget, - dann bin ich bereit, in dieser historisch schwierigen Situation diesen Plan mitzutragen und ihm zuzustimmen, auch wenn die eine Ecke oder Kante vielleicht nicht ganz meinem Gusto entspricht. Denn auch das ist Verantwortung.

Sie sagten, Sie bäten darum, Verantwortung zu übernehmen, wenn ich Sie da richtig zitiere und das richtig aufgenommen habe. Genau das mache ich hier. Ich appelliere auch an Sie, Herr Maget, und an die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, hier

Verantwortung zu übernehmen. Natürlich gibt es verschiedene Rollen in diesem Parlament. Das wissen wir, viele von uns sind ja schon mehrere Jahre hier. Wir, die wir die Regierung tragen, spielen eine eigene Rolle und treffen Mehrheitsentscheidungen, und Sie sind dagegen. Wir tragen oft alleine die Verantwortung. Aber bei diesem Punkt, wo es um 10 Milliarden Euro geht, um die Existenz der Landesbank, um Gemeinden, Firmen, Sparkassen, da möchte ich Sie schon fragen, Herr Maget, ob Sie nicht Lust hätten, mit Verantwortung zu übernehmen,

(Franz Maget (SPD): Ja! Hätten wir! Wie darf ich das verstehen?)

zumal Sie an uns appelliert haben, Verantwortung zu übernehmen.

(Harald Güller (SPD): Ist die Koalition jetzt schon am Ende?)

Sie sagten, Herr Maget, es ist nicht gut, und es wird auch nicht gut. Das war nämlich das Problem mit Ihrem Redebeitrag. Herr Maget, wenn Sie freundlicherweise noch einen Moment zuhören würden.

(Franz Maget (SPD): Ich höre zu! Ich höre alles!)

Ich bin gleich fertig, was Ihren Redebeitrag angeht. Aber eines bitte ich Sie zu bedenken. Sie sagten, es ist nicht gut, und es wird nicht gut. Sie haben sich in Ihrem Redebeitrag vor allem aufgehalten mit Kritik am Gestern, an dem, was war. Das ist ja legitim. Da werden wir alle miteinander noch viel zu reden haben. Sie wussten auch schon ganz genau, dass das, was übermorgen ist, nämlich der Plan, der ab morgen im Detail hier besprochen werden wird, auch nicht gut sein wird.

(Franz Maget (SPD): Das weiß Herr Seehofer selber!)

Jetzt kommt die Frage, Herr Maget. Ein Zeitpunkt fehlt in der Zeitschiene, und zwar der wichtigste. Was gedenken Sie, was gedenken die Damen und Herren der SPD-Fraktion jetzt zu tun? Wollen Sie die Verantwortung mit übernehmen? Wollen Sie dem Nachtragshaushalt zustimmen, ja oder nein? Wollen Sie den Weg mit uns zusammen be-

schreiten, den zugegebenermaßen schwierigen Weg, den teuren Weg, zu dem es allerdings keine Alternative gibt?

(Franz Maget (SPD): Das stimmt nicht! - Harald Güller (SPD): Das stimmt nicht!)

Oder wollen Sie einfach nur dagegen sein? Das ist nicht ganz klar geworden. Das ist bei Ihnen nicht klar geworden und auch bei der Nachrednerin Frau Kollegin Rupp nicht deutlich geworden. Frau Rupp sagte zwar, es muss ein Weg beschritten werden, dem sich niemand verwehren kann, aber sie hat im Nachsatz dazugesagt: Ob der Weg der richtige ist, das sei zu bezweifeln.

Also, Herr Maget, ich weiß nach Ihrer Wortmeldung und der von Frau Rupp nicht, ob Sie dafür oder dagegen sind. Ich sage Ihnen noch einmal, wenn Sie einen besseren Weg sehen, dann nutzen Sie bitte jetzt die Stunde. Jetzt ist der Zeitpunkt. Sagen Sie uns bitte sofort Ihre Alternative, wie wir das Problem genauso gut mit Ihrem Weg lösen können. Wenn Sie aber keinen anderen Weg wissen, dann stimmen Sie bitte unserem Weg zu.

In diesem Sinne, Kolleginnen und Kollegen - ich bin jetzt im elften Jahr hier und auch andere Kolleginnen und Kollegen, die noch länger zurückschauen können, werden mir recht geben - sage ich, dass wir in eine fast historisch einmalige schwierige Situation gekommen sind. Aber ich kann nur sagen, wir müssen diese Situation bewältigen. Ich appelliere an Sie - ich höre vor allem aus der SPD-Fraktion heraus, dass es unterschiedliche Meinungen zu dem Vorgehen gibt, ob man dem Weg, zu dem es eigentlich keine Alternative gibt, zustimmen sollte oder einfach dagegen sein sollte - ich bitte Sie dringend, schlafen Sie noch einmal darüber; beim Nachtragshaushalt dauert es ja noch ein paar Tage, bis Sie die Hand heben müssen. Heute geht es erst einmal um den Dringlichkeitsantrag. Bitte überdenken Sie noch einmal sehr ernsthaft, ob Sie dieser Verantwortung gegenüber den Gemeinden, gegenüber den Firmen, gegenüber den Sparkassen, gegenüber der Landesbank, gegenüber den Beschäftigten bei der Landesbank gerecht werden wollen oder ob Sie, wie bisher immer, einfach nur dagegen sein wollen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Vielen Dank, Herr Kollege König. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat nun das Wort der Herr Ministerpräsident.

**Ministerpräsident Horst Seehofer:** Liebe Kolleginnen, Liebe Kollegen! Ein Punkt hat mich besonders gefreut, nämlich dass Kollege Zeil die Liberalität so auslegt, wie es in meiner Partei seit 60 Jahren praktiziert wird, nämlich im Sinne von Ludwig Erhard.

(Staatsminister Martin Zeil: Wir fusionieren noch nicht!)

Deshalb arbeiten wir auch so gut zusammen.

Offenheit und Transparenz - das kann ich zusagen - , werden so bleiben, wie es bei diesem Thema durch meine Regierung uneingeschränkt bereits gehandhabt worden ist. Es gibt allerdings eine Grenze. In dem Moment, wo eine wirtschaftliche oder finanzielle Information marktrelevant für die Landesbank würde, und zwar zu ihrem Nachteil, haben wir bisher das Instrument gewählt, dass wir die Fraktionsvorsitzenden in vertraulicher Form unterrichtet haben und künftig die Kommission unterrichten werden. Ich habe mich heute schon dafür bedankt, dass diese Vertraulichkeit gewahrt wurde, was in politischen Kreisen schon erwähnenswert ist. Was aber nicht geht, ist , dass Verantwortliche informiert werden, dass sich eine neue Zahlenbasis anbahnt, also wissen, dass wir an der Sache arbeiten, und aus den Gründen, die ich genannt habe, im Interesse der Bank Verschwiegenheit vereinbart wird, aber in der Öffentlichkeit gesagt wird, dass wir nichts tun. Das geht nicht. Ich müsste mich dann öffentlich äußern. Das würde unser gemeinsames Ziel, vernünftig zusammenzuarbeiten, untergraben. Das war in den letzten Wochen so. Ich habe nie darauf reagiert. Das möchte ich hier im Parlament sagen.

Ich habe meinen Finanzminister gleich am Anfang, in dem Moment, als ich die Information bekam, die Zahl 6,4 Milliarden Euro vom 23. Oktober wird sich verändern, gebeten, unverzüglich die Fraktionsvorsitzenden des Bayerischen Landtags zu unterrichten. Und

dann lese ich ungern, dass gesagt wird, wir tun nichts. Das ist ein bisschen schwierig. Ich sage heute, ich werde mich am Freitag zum dritten Mal in sehr, sehr kurzer Zeit mit den Ministerpräsidenten der Länder treffen, die Landesbanken haben. Im Gegensatz zur öffentlichen Bewertung geht es da nicht um die Prolongierung der Handlungsunfähigkeit, weil überall Eitelkeiten unterwegs sind, sondern es sind veritable, unterschiedliche Denkschulen unterwegs. Da muss man sehr genau überlegen - Sie werden im Entscheidungsprozess alle damit konfrontiert -, was man tut. Ich sage nur, wir treffen uns zum dritten Mal. Alle Denkschulen werden von uns diskutiert, angefangen von der Privatisierung über die funktionale Aufteilung bis hin zur regionalen Aufteilung. Da gibt es eine Grenze, weil es immer um Bankinterna geht. Diese Prozesse können wir nicht öffentlich begleiten, weil sie zum Nachteil der jeweiligen Bank wären, um das noch einmal klarzustellen. Bei diesem Weg bleiben wir.

Zweitens: Was die Mitarbeiter betrifft, besteht von mir die Bitte an den Vorstand und auch an den Verwaltungsrat, das, was bei den Mitarbeitern an Umstrukturierung notwendig ist, in absolut sozialverträglicher Weise zu tun. Ich darf hier dem Parlament bereits sagen - Sie werden es morgen in der Kontrollkommission bei der Vorstellung des Geschäftsmodells selbst erfahren -, dass diese Restrukturierung am Anfang im ersten und zweiten Jahr sogar teurer ist als die Einsparung, weil man sie sozialverträglich gestaltet und wir es bei der Landesbank mit arbeitsrechtlichen Situationen zu tun haben, bei denen die Sozialverträglichkeit einen nennenswerten finanziellen Aufwand bedeutet. Das sage ich für Deutschland. Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass es wegen der sozialen Gegebenheiten in den jeweiligen Ländern außerhalb Deutschlands ein ganzes Stück schwieriger ist. Aber für Deutschland kann ich diese Zusage machen.

Drittens, zur Vergangenheit und ihre Aufbereitung: Ein klein wenig habe ich zum Koalitionsantrag beigetragen, dass diese Vergangenheit aufbereitet wird, und zwar ergebnisoffen und schonungslos. Ich darf hier dem Parlament sagen, dass ich bisher keine andere Information zur Verfügung gehabt habe als Sie auch. Ich bin genauso daran interessiert, zu erfahren, wann was von wem entschieden worden ist. Darauf hat die

Öffentlichkeit einen Anspruch, und darauf hat auch das Parlament einen Anspruch. Zum Kernanliegen meines Kabinetts gehört es, dass diese Offenheit und diese Transparenz auch in den sensiblen Bereichen praktiziert werden; deshalb auch der Antrag der Koalitionsfraktion, in dem diese Aufbereitung ausdrücklich Gegenstand ist.

Zum Verwaltungsrat und seiner Zusammensetzung: Der Finanzminister ist beauftragt, dem Kabinett einen Vorschlag zu machen. Natürlich werden wir als Eigentümer schauen, dass der Eigentümer im Interesse seines eigenen Vermögens die Mehrheit hat. Aber wir sind in Bezug auf die Zusammensetzung sehr offen. Darüber werden wir debattieren. Einen Punkt habe ich entschieden: Ich lege Wert darauf, dass wegen der Umstrukturierungen kein Arbeitnehmervertreter aus der Staatskanzlei, sondern ein Arbeitnehmervertreter aus der Bank im Verwaltungsrat sitzt, damit Informationen gewährleistet sind und signalisiert wird, dass wir die Beschäftigten offen einbeziehen wollen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben heute wohl nicht die letzte Debatte über dieses Thema geführt - nicht deshalb, weil es neue Zahlen gibt, sondern weil es die Komplexität der Angelegenheit erfordert, dass wir uns wohl in regelmäßigen Abständen mit dem Thema beschäftigen werden.

Ich bin aus manchen Einlassungen nicht ganz schlau geworden. Aber ein Fazit kann man ziehen: dass wir neben manchen Fehlentwicklungen und Fehleinschätzungen Opfer der Größe dieser Landesbank geworden sind. Die Landesbank war und ist in dieser Größe im Grunde auf der ganzen Welt nicht beherrschbar.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ja, das machen wir, schön langsam. Die lautesten Kühe geben die wenigste Milch, das ist ein alter bayerischer Grundsatz.

(Beifall bei der CSU)

Wenn wir - bei welcher Verantwortlichkeit auch immer - jetzt gemeinsam zu dieser Auffassung kommen, dass die Größe mit ein Problem dieser Bank war, die verändert werden soll, kann ich auf den ersten Blick nicht ohne Weiteres nachvollziehen, dass, lieber Herr Kollege Maget, die Alternative zu dem Bestehenden eine bundesweite Bank mit etwa 100.000 Mitarbeitern und einer Holding darüber sein soll.

(Franz Maget (SPD): 100.000, wer sagt das? Das muss doch nicht so groß sein!)

- Sie wissen, dass sich Ihre Partei nachhaltig für eine Holding für die ganze Bundesrepublik Deutschland ausspricht, in der dann die Bayerische Landesbank aufgeht. Ich rede auch darüber. Aber unser Prinzip bei dem Geschäftsmodell und bei der Organisation sollte eine alte Menschheitserfahrung sein: Übertrage einer größeren Einheit nichts, was eine kleinere genauso gut erledigen kann.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich bin nach dieser Lehre nicht ohne weiteres ein Anhänger der Idee - denn die Größe war unser Problem -, jetzt wieder in erster Linie für ganz Deutschland einer Megaeinrichtung mit einer Holding drüber, mit den Positionen und Funktionen, die es da gibt, und darunter Zweigstellen das Wort zu reden. Ich bin von diesem Vorschlag nicht sehr begeistert. Trotzdem habe ich dem Kollegen Rüttgers, der für diese Denkschule die Federführung hat, zugesagt, dass wir darüber reden, denn reden kann jedem eine Erweiterung seines Horizonts bescheren. Aber ich möchte hier nur sagen: Wir reden, aber ich sehe darin noch kein Konzept, das wir in Bayern anstreben sollten. Vielleicht bringen hier die Überlegungen und Gespräche neue Erkenntnisse. Das ist ein gewisser Widerspruch.

Frau Kollegin Rupp hat gesagt, über das Geschäftsmodell müssten wir genauer informiert werden. Das wird morgen in der Kontrollkommission geschehen. Sie haben gesagt, der Weg sei falsch. Aber wenn sie unser Modell übernommen hätten, wäre alles in Ordnung. Ihr müsst jetzt also unter euch klären: Gilt jetzt das Modell Rupp oder das Modell

Maget? Ist der Weg richtig oder ist das Modell richtig? Das war ein kleiner Widerspruch. Aber darüber wollen wir miteinander diskutieren.

Ich bedanke mich für diese ob der Ernsthaftigkeit des Themas durchaus erträgliche Debatte. Ich verstehe, dass daraus natürlich politisch Funken geschlagen werden sollen. Ich bin jetzt das 29. Jahr in einem Parlament tätig. Aber insgesamt war es eine der Situation angemessene Debatte.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FW))

- Lieber Herr Aiwanger, ich freue mich über die differenzierte Haltung der Freien Wählerschaft. Die Bedingungen, die Sie gestellt haben, waren wieder ein bisschen anders, als sie der Herr Pohl gestellt hat. Wir bleiben darüber im Gespräch. Aber dafür, dass Sie überhaupt differenziert einsteigen und sagen, wir sind bereit, auch Verantwortung zu übernehmen, wenn die Lösungen und die Richtungen stimmen, möchte ich mich bedanken. Darauf werden wir zurückkommen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Gemäß § 148 der Geschäftsordnung ist der Entwurf des zweiten Nachtragshaushaltsgesetzes 2008 dem Ausschuss für Staatshaushalt- und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen.